

U n t e r r i c h t u n g

durch die Landesregierung

zu Nummer 5 des Beschlusses des Landtags vom 22. Februar 1991 zu Drucksache 11/5053 (Plenarprotokoll 11/96, S. 6982)

**Bericht über den Stand und die mögliche Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Rheinland-Pfalz
(Berichtszeitraum: Januar 2016 bis Dezember 2017)**

Dem Präsidenten des Landtags mit Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 7. Dezember 2018 übersandt.
Federführend ist die Staatskanzlei.

**Bericht über den Stand und die mögliche Weiterentwicklung der
grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Rheinland-Pfalz**

Berichtszeitraum: Januar 2016 bis Dezember 2017

	Seite
Vorwort	5
Oberrhein	
1. Oberrheinkonferenz	6
1.1 Plenum und Präsidium	6
1.2 Arbeitsgruppen	10
Erziehung und Bildung	11
Gesundheit	13
Jugend	15
Klima und Energie	17
Kultur	18
Landwirtschaft	18
Raumordnung	20
Umwelt	23
Verkehr	25
Wirtschaft	28
2. Trinationale Metropolregion Oberrhein	29
3. PAMINA	35
4. Interreg V A „Oberrhein“	44
5. Netzwerke	51

Großregion

1. Gipfeltreffen	52
2. Arbeitsgruppen und Ausschüsse	55
Arbeitsmarkt	55
Bildung und Erziehung	57
Energie	61
Hochschulwesen und Forschung	63
Internationale Unternehmensförderung	65
Jugend	66
Katasterämter / Kartografie	67
Koordinierungsausschuss Räumliche Entwicklung	68
Landwirtschaft und Forsten	72
Sicherheit und Prävention	73
Statistische Ämter	74
Tourismus	75
Umwelt	78
Verein Kulturraum	81
Verkehr	83
3. Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion	85
4. Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle	88
5. Interreg V A „Großregion“	89
6. Netzwerke	98

Euregio Maas-Rhein

Interreg V A „Euregio Maas-Rhein	105
----------------------------------	-----

Bilaterale Kooperationen

1. Région Grand Est	106
2. Luxemburg	122
3. Belgien	128

Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	132
---	------------

Vorwort

Rheinland-Pfalz liegt in der Mitte Europas mit gemeinsamen Grenzen zu Frankreich, Belgien und Luxemburg. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit spielt daher seit vielen Jahren eine wichtige Rolle in der Politik der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Sie unterstützt die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen, Unternehmen, Schulen und Hochschulen – vor allem aber den Austausch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern. Die Menschen sollen das Leben im Grenzraum als Chance wahrnehmen für weitere Möglichkeiten, die sich ihnen hierdurch eröffnen. Die Vorteile, die Europa bietet, sind auf diese Weise konkret und alltäglich erlebbar.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beschäftigt sich mit Themen, die die Menschen ganz direkt in ihrem Alltag betreffen: Leben und Arbeiten, Bildung und Weiterbildung, Sprache und Kultur, aber auch Verkehr, Wirtschaft, Sicherheit, Umwelt, Energie und Tourismus. Über die Jahre sind die Kooperationsräume zu gemeinsamen Lebens-, Wirtschafts- und Kulturräumen zusammengewachsen, die Vorbildcharakter für ein gemeinsames Europa haben.

Die Zusammenarbeit trägt nicht nur dazu bei, Ressourcen besser zu nutzen und gemeinsamen Herausforderungen besser begegnen zu können, sie stärkt auch das Vertrauen untereinander.

Gemäß Beschluss Nr. 5 des rheinland-pfälzischen Landtags vom 22. Februar 1991 (Drucksache 11/5053, Plenarprotokoll 11/69) erstattet die Landesregierung regelmäßig Bericht über den Stand und die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Der vorliegende Bericht ist eine Fortschreibung der Aktivitäten der Landesregierung aus den Vorjahren. Er umfasst den Zeitraum 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2017.

Oberrhein

1. Oberrheinkonferenz

Die Deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz (ORK) bildet den institutionellen Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein. Zu den Mitgliedern der Oberrheinkonferenz zählen die Regionen Mittel- und Südbaden, die Südpfalz, die Région Grand Est (Bas-Rhin und Haut-Rhin) und fünf Nordwestschweizer Kantone. Ihre Hauptaufgabe ist, die Zusammenarbeit zwischen den Regierungs- und Verwaltungsbehörden zu koordinieren. Zudem fördert die Oberrheinkonferenz die stetige Weiterentwicklung der trinationalen Beziehungen und setzt sich dafür ein, sich in Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abzustimmen und gemeinsame Projekte auf den Weg zu bringen.

Im Berichtszeitraum 2016/2017 stand die Oberrheinkonferenz zunächst unter Schweizer und anschließend unter Französischer Präsidentschaft.

1.1 Plenum und Präsidium

Die Schweizer Präsidentschaft unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten des Kantons Basel-Stadt, Dr. Guy Morin, stand unter dem Motto „Zusammen leben, lernen und arbeiten!“. Hauptschwerpunkte bildeten die Förderung der beruflichen Mobilität und Beschäftigung am Oberrhein, die Entwicklung von gemeinsamen Projekten und Maßnahmen in den Bereichen Klima und Energie sowie die Weiterentwicklung des Gesundheitsraumes Oberrhein.

Schweizer Vorsitz

Die erste Präsidiumssitzung fand am 18. März 2016 in Basel statt. Ein inhaltlicher Fokus lag auf dem Vorprojekt zum Schienenanschluss des EuroAirports Basel-Mulhouse-Freiburg. Das Präsidium betonte, dass das Interreg-Projekt eines der vorrangigen grenzüberschreitenden Verkehrsprojekte am Oberrhein darstellt, da der EuroAirport für die internationale Erreichbarkeit sowie den Wirtschaftsraum Oberrhein von zentraler Bedeutung ist.

Des Weiteren wurde über die erfolgreiche Genehmigung eines Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) „European Campus“ in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein berichtet. Der von den fünf EUCOR-Universitäten gegründete EVTZ „European Campus“ stellt ein bisher einmaliges

Projekt in Europa dar. Zukünftig arbeiten die Universitäten in den Bereichen Forschung und Bildung sowie bei der Einstellung von Personal und in der Öffentlichkeitsarbeit noch enger zusammen. Die Universität Koblenz-Landau arbeitet in zahlreichen Projekten eng mit dem Universitätsverbund zusammen.

Weitere Themen waren u. a. das Szenario eines Blackouts am Oberrhein, die Territorialreform in Frankreich und das 20-jährige Bestehen des Gemeinsamen Sekretariats der Oberrheinkonferenz.

Im Anschluss an die Präsidiumssitzung besuchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die „Ausstellung zur kleinen Außenpolitik des Kantons Basel-Stadt“. Anlässlich der Schweizer Präsidentschaft der Oberrheinkonferenz widmete sich die Ausstellung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (sog. kleine Außenpolitik) des Kantons Basel-Stadt.

Die zweite Präsidiumssitzung unter schweizerischer Präsidentschaft fand am 17. Juni 2016 in Porrentruy im Kanton Jura statt. Ein inhaltlicher Schwerpunkt aus dem Bereich Gesundheit war zum einen die Verbreitung exotischer Stechmücken aus Südostasien in der Oberrheinregion, welche durch den internationalen Warenhandel nun auch in Europa verbreitet sind. Bis zum Frühjahr 2016 wurde die asiatische Stechmücke an verschiedenen Orten der Oberrheinebene nachgewiesen, etwa in Freiburg, Heidelberg, Schiltigheim, Bischheim und Strasbourg-Neudorf. Der Expertenausschuss „EPIRHIN“ befasst sich mit den Bekämpfungsstrategien. Zum anderen wurde die Lancierung des Interreg V A-Projekts TRISAN begrüßt.

Weitere Themen aus dem Bereich Klima und Energie waren der großflächige und grenzüberschreitende Stromausfall am Oberrhein und der geplante 2. Trinationale Klima- und Energiekongress am 25. November 2016 in Lörrach. Eingerichtet wurde ein neuer Expertenausschuss „Tierwohl und Tiergesundheit“. Erste Resultate sollen im Herbst 2017 in Form eines Kolloquiums vorgelegt werden, um Ansätze für die mögliche Weiterführung der Arbeiten zu präsentieren.

Schließlich wurden noch Themen wie der Ausbau der Rheintalbahn, die Anerkennung grenzüberschreitender Metropolregionen in den Leitbildern und Handlungsstrategien der Raumentwicklung in Deutschland und die verstärkte Projektförderung von Akteuren der Zivilgesellschaft behandelt. Vorgestellt wurden die Ergebnisse des trinationalen Bürgerdialogs 2016 in Freiburg.

Am 9. Dezember trafen sich die drei Delegationen zum abschließenden Plenum des Jahres 2016 in Liestal im Kanton Basel-Landschaft. Zum Ende der Schweizer Präsidentschaft zog Dr. Guy Morin Bilanz über die geleistete Arbeit im Rahmen der Oberrheinkonferenz. So konnte beispielsweise der Bekanntheitsgrad des Euregio-Zertifikates erhöht, die Basis für eine gemeinsame Gesundheitsplattform gelegt sowie die Arbeit von GeoRhena erfolgreich fortgesetzt werden.

Weiterer Tagesordnungspunkt war die Vorstellung der Statistikbroschüre „Oberrhein – Zahlen und Fakten 2016“. Die Zahlen konstatieren eine beständig positive Entwicklung und Attraktivität der Region am Oberrhein. Beispielsweise ist die Zahl der Erwerbstätigen seit 2008 um 3,3 % und die Zahl der Übernachtungen von 2011 bis 2015 um 7,7 % gestiegen.

Den Schwerpunkt im Bereich Gesundheit bildete die Berichterstattung über die Empfehlungen für die Jahre 2017 bis 2027 zur Stärkung der Gesundheitsförderung in der Oberrheinregion. Mit den Empfehlungen wird das Ziel verfolgt, die Gesundheit und das Wohlbefinden der oberrheinischen Bevölkerung bis zum Jahr 2027 deutlich zu bessern.

Daneben beschäftigte sich das Plenum u. a. mit der Ausbreitung der Tigermücke, dem 2. Trinationalen Klima- und Energiekongress, dem Agglomerationsprogramm Basel, der Kontingentierung für Grenzgängerinnen und Grenzgängern sowie der Beteiligung von Frauen an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen am Oberrhein. Die Oberrheinkonferenz gründete hierzu ein trinationales Frauennetzwerk.

Französischer Vorsitz

Nach dem Wechsel der Präsidentschaft tagte am 23. Juni das einzige Präsidium im Jahr 2017 unter Französischem Vorsitz. Zu Beginn der Sitzung warf der zu diesem Zeitpunkt amtierende Präsident, Jacques Garau, einen Blick auf den Zwischenstand der geplanten Ziele. Besondere Themenschwerpunkte der Präsidentschaft waren beispielsweise die grenzüberschreitende Ausbildung, der Expertenausschuss „Tierwohl und Tiergesundheit“, das Projekt zur landwirtschaftlichen Ausbildung „AGRO Form“ sowie die Durchführung eines Projekts im Bereich der Mehrsprachigkeit.

Aus aktuellem Anlass wurde ausführlich über die Hambacher Konferenz zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich

am 6. April 2017 berichtet. Im weiteren Sitzungsverlauf erfolgte die Vorstellung des schriftlichen Berichts zum Kongress vom 7. Dezember 2016 „Blackout – großflächiger grenzüberschreitender Stromausfall“. Das Präsidium verwies darauf, dass sich die Arbeitsgruppe anhand der gewonnenen Erkenntnisse Gedanken über die Auswirkungen sowie die Maßnahmen zur Prävention und Bewältigung eines möglichen Blackouts am Oberrhein machen sollen.

Weitere Inhalte der Präsidiumssitzung waren u. a. die Themen Tierwohl und Tiergesundheit, grenzüberschreitende Einsätze in der alltäglichen Hilfeleistung, das Projekt „Zeitenwende“ des Netzwerks Museen sowie aktuelle Entwicklungen im Bereich der statistischen Raumbewertung.

Die Französische Präsidentschaft endete mit dem Plenum am 1. Dezember 2017 in Guebwiller. Insgesamt litt die Präsidentschaft unter vielen personellen Wechsell, die einerseits durch die Parlamentswahlen und andererseits durch die Gebietsreform in Frankreich bedingt waren. Trotz dieser Herausforderung konnte in einigen Bereichen die Zusammenarbeit verstärkt werden. Besonders erfolgreich war beispielsweise die Zusammenarbeit im Landwirtschaftsbereich, insbesondere im Expertenausschuss „Tierwohl und Tiergesundheit“. So fand am 8. November 2017 ein Tierwohlokolloquium mit knapp 200 Vertreterinnen und Vertretern der Nutztierbranche (Landwirte, Tierärzte, Nichtregierungsorganisationen u. v. m.) statt.

Die Oberrheinkonferenz befasste sich in dieser Sitzung auch mit dem Thema Raumordnung. Aufgrund der Gebietsreform in Frankreich sind die Regionen verpflichtet, sich bis Juli 2019 einen Regionalplan, auf Französisch SRADDET (Schéma régional d'aménagement de développement durable et d'égalité des territoires), zu geben. Der Région Grand Est ist hierbei wichtig, ebenfalls die zuständigen Behörden in den Nachbarländern zu beteiligen. So fand am 20. November 2017 unter Beteiligung der deutsch-französischen Behörden das „Seminar SRADDET – Grenzüberschreitende Fragen“ statt.

Ein weiteres Schwerpunktthema war die grenzüberschreitende Mobilität in der Oberrheinregion. Der umfassende Beschluss im Bereich Verkehr ist als Ergebnis der Hambacher Konferenz zu verstehen. Ein inhaltlicher Fokus des Beschlusses liegt u. a. auf den fehlenden grenzüberschreitenden regionalen Schienenquerverbindungen, den sogenannten „Missing Links“ (z. B. Freiburg – Colmar, Südpfalz – Straßburg). Die Oberrheinkonferenz hat zusammen mit dem Ober-

rheinrat einen Brief an die EU-Kommissarin für Verkehr, Violeta Bulc, und die EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Corina Crețu, geschrieben, um die Europäische Union von der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln für die Reaktivierung der Missing Links zu überzeugen.

Besonders erfreulich war der Bericht über die Entwicklungen des TRION-climate e. V. Das 2015 gegründete Klimanetzwerk zeichnet sich durch ein beachtliches Engagement in den vergangenen Jahren aus. Dies bestätigte nicht nur die gewachsene Mitgliederanzahl, sondern auch der Bericht über die vielfältigen Aktivitäten. Seit der Vereinsgründung im Mai 2015 hat TRION-climate insgesamt zehn Konferenzen, zwei Energiebesichtigungen und drei Mitgliedervollversammlungen durchgeführt und sich an sechs Energiefachmessen beteiligt. Die Oberrheinkonferenz hat die Fortführung der Finanzvereinbarung für den Zeitraum Juli 2018 bis 2021 beschlossen.

Die Delegierten tauschten sich zudem über weitere Inhalte aus, z. B. über 25 Jahre Euregio-Zertifikat, das Interreg V A-Projekt TRISAN, das neue Mandat des Forums Kultur sowie die Projektgruppe Kommunikationssicherheit.

Rheinland-Pfalz zeichnete im Berichtszeitraum für zwei Arbeitsgruppen verantwortlich: „Raumordnung“ und „Umwelt“.

Weitere Informationen unter:

<https://www.oberrheinkonferenz.org/de/>

1.2 Arbeitsgruppen

Die Arbeitsebene der Oberrheinkonferenz setzt sich aus mehreren Arbeitsgruppen zusammen, in denen sich Fachleute der deutschen, französischen und schweizerischen Partnerbehörden zum regelmäßigen Austausch treffen. Dabei hat jede Arbeitsgruppe zum Teil mehrere Expertenausschüsse für spezifische Themen gebildet.

Das Gemeinsame Sekretariat der Oberrheinkonferenz in Kehl ist mit der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung der Präsidiumssitzungen und des Jahresplenums sowie deren Nachbereitung betraut. Es koordiniert die Arbeiten zwischen den Arbeitsgruppen, Expertenausschüssen und den Beschlussgremien. Zudem leistet es Öffentlichkeitsarbeit für die Oberrheinkonferenz.

Durch einen intensiven Kontakt zu anderen an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beteiligten Akteuren trägt das Gemeinsame Sekretariat zu einer Qualitäts- und Effizienzsteigerung der Tätigkeiten der Oberrheinkonferenz bei. Jede Delegation entsendet einen Referenten in das Gemeinsame Sekretariat, das von einer Mitarbeiterin unterstützt wird.

Der Koordinationsausschuss als Träger des Gemeinsamen Sekretariats kontrolliert die Finanzen und das Budget des Gemeinsamen Sekretariats. Er ist gleichzeitig das Vermittlungsgremium zwischen Sekretariat und Präsidium. Im Koordinationsausschuss werden die inhaltlichen Weichen für die politische Arbeit der Oberrheinkonferenz gestellt.

Am 7. und 8. Dezember 2017 fand bereits zum dritten Mal auf Einladung der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz ein gemeinsames Arbeitstreffen der Leiterinnen und Leiter der Arbeitsgruppen des Gipfels der Großregion und der Oberrheinkonferenz statt. Tagungsort war der Campus Landau der Universität Koblenz-Landau. Übergeordnetes Ziel war, den Austausch zwischen den beiden Kooperationsräumen in der Großregion und am Oberrhein zu fördern, Erfahrungen zu teilen, Synergien zu nutzen und gemeinsame Initiativen – wo sinnvoll – auf den Weg zu bringen.

Das Treffen widmete sich inhaltlich der Nachhaltigen Entwicklung – aus umweltbezogener, sozialer und wirtschaftlicher Sicht. Interdisziplinäre Themen wie Innovation, grüne Technologien, Agrarökologie, Bildung, Klimawandel und Energiewende wurden in vier Workshops vertieft diskutiert und bearbeitet.

Erziehung und Bildung

Gemäß des genehmigten Mandats der Arbeitsgruppe „Erziehung und Bildung“ unter französischem Vorsitz entwickelten die beteiligten Regionen unterschiedliche binationale und trinationale Projekte. Für Rheinland-Pfalz ergaben sich unter der Leitung unterschiedlicher Expertenausschüsse (école voisine; échange, Expertenausschuss Sekundarstufen I und II) für einzelne Schularten nachfolgend beschriebene Projekte.

Im Projekt „école voisine“ lag der Schwerpunkt auf der Umsetzung des Portfolios der Übergänge und in der Vorbereitung der Pilotierung des Interreg V A-Projektes „Le Passe-Partout“ (ein digitales Onlinespiel mit offener Konzeption unter Beteiligung von Baden-Württemberg / der Région Grand Est und Rheinland-

Pfalz), begleitet hinsichtlich der Fortbildung durch das Medienzentrum Landau sowie das Stadtmedienzentrum Karlsruhe.

Schwerpunkt im Bereich der Mehrsprachigkeit war der trinationale Mehrsprachenkongress in Straßburg, eine gemeinsame Aktion zwischen Projekt échange und école voisine von „Europa in die bunte Welt“ sowie das Projekt „Albert Schweitzer“.

Initiiert wurde mit der Realschule plus Bad Bergzabern das Projekt „Eine Natur – zwei Sprachen (Bildung für nachhaltige Entwicklung – BNE). Schülerinnen und Schüler aus den KOA-Klassen (Keiner ohne Abschluss) pflanzen gemeinsam mit ihren Partnern (Collège Wissembourg) Bäume und planen eine gemeinsame Gartenbepflanzung. Im Rahmen „Vernetzte Lebenswelten – Digitales Lernen im Rahmen des Netzwerkes BNE am Oberrhein“ wurde mit dem Pädagogischen Landesinstitut und dem Biosphärenreservat Pfälzerwald / Nordvogesen ein Konzept entwickelt mit der Kombination Berufsorientierung – Forstwirtschaft in Frankreich und Deutschland. In binationalen Begegnungen der Lehrkräfte wird die Arbeit in Tandems vorbereitet und die mobilen Angebote – zweisprachig – in die bestehenden Lehrpläne eingefügt. Um Französisch für Schülerinnen und Schüler attraktiver zu gestalten und dadurch die Motivation zu erhöhen, wurde gemeinsam mit dem Pädagogischen Landesinstitut eine Initiative gestartet, um themengebunden Französisch als Verkehrssprache zu erleben.

Schwerpunkt aller Projekte war die Erweiterung der Sprachenkompetenz, Berufsorientierung, Interkulturalität sowie der Einbindung der digitalen Medien.

Schwerpunkt der Arbeitsgruppe war die Umsetzung der Charta der Mehrsprachigkeit, kombiniert mit den Schwerpunkten Sprachkompetenz, Berufsorientierung sowie interkulturelle Bildung.

Das Projekt „Écoles voisines – Nachbarschulen“, das schon seit vielen Jahren erfolgreich umgesetzt wird, wurde in den Jahren 2016 und 2017 fortgesetzt und hat sowohl Schulprojekte als auch Lehrerfortbildung beinhaltet. Im Bereich Fortbildung für Lehrkräfte beschäftigten sich die Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer mit dem themenbezogenen und integrativen Ansatz des frühen Sprachenlernens und der Einführung des interaktiven Spieles „Passe-Partout“, das ausgehend vom Tischspiel „Weltenbummler“ zum digitalen Spiel weiterentwickelt wurde. Es bietet neben der spielerischen Anwendung des Französischen auch

die Möglichkeit, das Gebiet des Oberrheines kennenzulernen und eigenes Wissen über dieses Gebiet mit anderen zu teilen.

2017 fanden im Gebiet des Oberrheines drei Lancierungsseminare statt. Dabei handelte es sich um drei Fortbildungsseminare, die erstens den Austausch der in der Partnerschaftsarbeit befindlichen Lehrkräfte beförderte, zweitens inspirierende Projekte im Bereich Schulaustausch und grenzübergreifendes Arbeiten vorstellte und drittens die Möglichkeit bot, neue Partnerschaften zu begründen. Die nächsten Lancierungsseminare sollen im Jahr 2019 stattfinden.

Die Erarbeitung eines Konzeptes zur grenzübergreifenden Hospitation von Lehrkräften der Sekundarstufen I und II wurde begonnen.

Das Projekt „Vernetzte Lebenswelten“ wurde 2017 begonnen. Es verfolgt das Ziel, Lehrerinnen und Lehrer in der Südpfalz und aus der Oberrhein-Region im Bereich der BNE fortzubilden, gemeinsame Projekte und Aktivitäten zu entwickeln und gleichzeitig über thematische und projektorientierte Arbeit dem Französisch- bzw. Deutschlernen neuen Schwung zu geben.

Gesundheit

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie (MSAGD) vertritt das Land Rheinland-Pfalz in der Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik im Kooperationsraum der Oberrheinkonferenz.

Die Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik beschäftigte sich im Berichtszeitraum mit den Themen:

- Grenzüberschreitendes Ärztehaus;
- Grenzüberschreitende Krankenhauskooperationen;
- Fachkräftesituation in Pflegefachberufen;
- Rettungswesen;
- Projekt TRISAN.

Die Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik hat folgende Expertenausschüsse gebildet:

- Gesundheitsversorgung;

- Prävention und Gesundheitsförderung;
- Gesundheitsbeobachtung;
- EPIRHIN.

Projekt TRISAN

Derzeit werden im Rahmen des Interreg V A-Projektes TRISAN zwei Personalstellen sowie Sachkosten gefördert. Die Projektverantwortlichen beim Euro-Institut Kehl haben die Aufgabe, sämtliche ambulanten und stationären medizinischen Versorgungsstrukturen im Mandatsgebiet der ORK zusammenzustellen und Kooperationsmöglichkeiten zu eruieren. Im vergangenen Jahr gab es 100 Anfragen von Gesundheitsdienstleistern an TRISAN. Zudem wird eine Pflegestudie erarbeitet. Zu den Themen, die sich als zentral herausgestellt haben, zählen: Silver Development / Auswirkungen des demografischen Wandels, Ehrenamt, Fachkräftemangel, bilinguale Ausbildung, Zugang zur Versorgung für Menschen mit Behinderung sowie Mitnahmerechte.

Weiterhin befasst sich das TRISAN-Projekt mit konkreten Fragestellungen der Rettungsdienste am Oberrhein (Kapazitäten, Rettungsmittel, Einsatzwege, gegenseitige Inanspruchnahme, Behandlungskapazitäten geeigneter Krankenhäuser), aber auch mit Abrechnungsfragen bei grenzüberschreitender Behandlung (sowohl bei Privatpatienten wie auch bei Patienten in der gesetzlichen Krankenversicherung). Ziel dieses Teilprojektes von TRISAN ist die Schaffung von Behandlungsmöglichkeiten ohne das Erfordernis von Vorabgenehmigungen zur Behandlung im Ausland.

Im Übrigen sind die allgemeinen Ausführungen zur Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Großregion auf das Mandatsgebiet der Oberrheinkonferenz übertragbar. Auch hier wird zumindest ansatzweise über die Bildung einer Interregionalen Gesundheitsbeobachtungsstelle nachgedacht, die nur beim Zustandekommen einer gemeinschaftlichen Finanzierung durch die verschiedenen Teilregionen zum Tragen kommen kann. Auch gibt es verstärkte Anstrengungen einer Kooperation des französischen Krankenhauses Wissembourg mit den rheinland-pfälzischen Kliniken in der Südpfalz im Sinne einer formalen grenzüberschreitenden Krankenhausplanung in Teilbereichen. Aktuell steht das Angebot des Hôpital de Wissembourg im Raum, deutschen Frauen aus Rheinland-Pfalz verstärkt die Möglichkeit zu geben, dort zu entbinden.

Jugend

Ziel der Arbeitsgruppe ist es, gute Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen am Oberrhein zu schaffen und bei Kindern und Jugendlichen ein grenzüberschreitendes Bewusstsein zu fördern. Der gemeinsame Lebensraum Oberrhein soll durch (Jugend-)Begegnungen erfahrbar gemacht und interkulturelle Kompetenzen erworben werden. Die Arbeitsgruppe versteht sich als strategisches Gremium, das die operative Arbeit der beiden Expertenausschüsse „Multiplikatorenvernetzung“ und „Projektförderung“ begleitet und unterstützt.

Einzelne Schwerpunkte werden je nach vorsitzendem Land bearbeitet. Durch die Expertenausschüsse werden die Mandatsziele operationalisiert. Der Vorsitz der Arbeitsgruppe lag bis Ende 2017 bei der Schweiz. Das Mandat wurde nach Diskussionen erneuert und überwiegend fortgeschrieben. Die Vorsitzende Sarah Wyss versuchte verstärkt Öffentlichkeitsarbeit über Soziale Medien zu implementieren und hielt die Kontakte zu den Arbeitsgruppen „Erziehung und Bildung“, „Sport“ sowie zu dem PAMINA-Jugendnetzwerk. Ein weiterer Fokus lag vorrangig auf der Multiplikatorenarbeit am Oberrhein.

Expertenausschuss Multiplikatorenvernetzung

Die Multiplikatoren am Oberrhein sollen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sensibilisiert und für die Durchführung grenzüberschreitender Projekte motiviert und befähigt werden. Vernetzung und Qualifizierung haben das Ziel, grenzüberschreitende Aktivitäten in der Jugendarbeit zu steigern. Vielfältige Veranstaltungen konnten im Berichtszeitraum durchgeführt werden:

- Ein Workshop zu internationaler Mobilität in Straßburg;
- Zwei Aktionstage mit dem Eurodistrikt PAMINA in Form von Projektbörsen;
- Eine Projektbörse für Akteure der Flüchtlingshilfe des Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau;
- Ein Seminar zu Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der Pfalz.
Jugendliche und junge Heranwachsende rücken immer stärker in den Fokus rechtsextremer Akquise. Rechte Kleidung, Musik und die damit einhergehenden identitätsstiftenden Haltungen sind Teil einer neuen Subkultur. Im Semi-

nar zu Rechtsextremismus und Rechtspopulismus konnten sich die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugendarbeit in der Grenzregion informieren, sich über die Erscheinungsformen in den Partnerregionen austauschen und diskutieren, inwieweit Jugendarbeit entgegenwirken kann.

Expertenausschuss Projektförderung

Grenzüberschreitende Projekte und Begegnungen von jungen Menschen im Oberrheingebiet sollen ermöglicht werden, um u. a. interkulturelle Kompetenzen zu fördern. Dazu bezuschusst der Expertenausschuss bi- oder trinationale Jugendprojekte unterschiedlichster Art, wie z. B. Konzerte, Freizeiten, Hip-Hop-Workshops oder sportliche Veranstaltungen. Die Jugendlichen sollen möglichst an der Planung und Durchführung beteiligt sein. Diese Projekte werden unter Berücksichtigung bestimmter Auswahlkriterien vergleichsweise unbürokratisch mit bis zu 4.000 Euro gefördert. Im Regierungspräsidium Freiburg liegt die geschäftsführende Stelle, die den mit jährlich 20.000 Euro ausgestatteten Fördertopf verwaltet. Über einen Internetauftritt werden die vorliegenden Anträge eingestellt und von den Partnerinnen und Partnern diskutiert. Entscheidungen zur Förderung werden gemeinsam getroffen.

Im Berichtszeitraum wurden Zuschüsse für 31 Projekte beantragt und letztlich 19 davon gefördert. Ein Projekt wurde abgelehnt, fünf Anträge wurden zurückgezogen; in drei Fällen musste eine Förderung im Nachhinein abgelehnt werden, da die Projekte nicht mehr konform mit den Förderrichtlinien waren, ein Projekt benötigte die Förderung durch den Jugendfonds nicht mehr und zwei Projekte mussten ins Jahr 2018 verschoben werden.

Auch rheinland-pfälzische Projekte wie das Projekt „Zirkus ohne Grenzen“ konnten gefördert werden. Bei dem Projekt „Zirkus ohne Grenzen“ hatten deutsche und französische Jugendliche die Möglichkeit, sich als Zirkusartistinnen und -artisten auszuprobieren. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden fünf Tage trainiert und führten die selbst entwickelten Choreografien bei einem deutsch-französischen Grillfest vor ihren Familien auf. Das Zirkusprojekt wurde vom deutsch-französischen Verein „Aktiv ohne Grenzen / actif sans frontières e. V.“ organisiert.

Folgende Projekt wurden mit rheinland-pfälzischer Beteiligung 2016 bis 2017 gefördert:

- Europe Spirit Songwriting Seminar + Concerts 2016;
- Red Horse Festival: European Band Meeting 2016 (durch den Eurodistrikt PAMINA);
- Zirkus ohne Grenzen 2016;
- Europe Spirit Songwriting Seminar + Concerts 2017;
- Red Horse Festival: European Band Meeting 2017 (durch den Eurodistrikt PAMINA);
- Zirkus ohne Grenzen 2017;
- Trinationales Angeln für Jugendliche.

Damit konnte eine deutliche Steigerung rheinland-pfälzischer (Jugend-) Beteiligung an grenzüberschreitenden Projekten am Oberrhein im Vergleich zu den vorherigen Berichtszeiträumen erreicht werden.

Weitere Informationen unter:

<https://www.oberrheinkonferenz.org/de/jugend/jugendprojektfonds.html>

Klima und Energie

Mit dem Ziel, den ressourcenschonenden Umgang mit Energie weiterzuentwickeln, fand am 25. November 2016 der 2. trinationale Klima- und Energiekongress in Lörrach statt. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Energiewirtschaft trafen sich zum Wissensaustausch im Themengebiet der Wärmenetze und der Nutzung von Abwärme am Oberrhein.

Am 7. Dezember 2016 organisierte die Kommission „Klima und Energie“ gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Katastrophenhilfe und dem Expertenausschuss Technologische Risiken sowie mit Unterstützung der Regio Basiliensis und TRION-climate e. V. die trinationale Tagung „Blackout“. Der Kongress zeigte mögliche Ursachen eines Blackouts auf und sensibilisierte für die weitreichenden Auswirkungen und Folgen eines solchen Ereignisses in den verschiedenen Lebensbereichen.

Kultur

Einen wesentlichen Faktor seiner Zusammenarbeit sieht das Forum Kultur in der grenzüberschreitenden Information und dem Austausch auf der Arbeitsebene über die Voraussetzungen, Ziele und Unterschiede der Kulturarbeit in den Nachbarländern. Nur auf dieser Basis können sinnvolle und zielführende Impulse in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gefördert werden. Dieses Ziel wurde durch Informationsaustausch in regelmäßigen Sitzungen erreicht.

Auf Wunsch der französischen Präsidentschaft wurde zur Förderung der Vernetzung von Hochschulen mit Kulturschwerpunkten eine Bestandsaufnahme der entsprechenden Hochschulen im Mandatsgebiet der Oberrheinkonferenz vorgenommen und eine verlinkte Liste zu Adressen, Ansprechpartnern, Studienschwerpunkten, Kooperationen und Projekten erstellt.

Das Forum Kultur ließ sich über die Planungen zum Kulturzentrum Art'Rhenan, eines Kulturhauses auf der Rheininsel bei Neuf Brisach / Breisach durch Vertreter der Communauté de Communes Pays Rhin-Breisach und der Stadt Breisach unterrichten.

Das Forum Kultur befasste sich zudem mit dem 1998 von der Arbeitsgruppe Kultur der Oberrheinkonferenz initiierten Museums-PASS-Musées, dessen Geschäftsführer, Gilles Meyer, über die Entwicklung des Passes seither informierte und die Zukunftsstrategie 2025 sowie die Pläne für das 20-jährige Jubiläum 2018/2019 vorstellte.

Das Forum Kultur nahm Kontakte mit dem Expertenausschuss „Tourismus“ auf und erörterte Überlegungen zur Neuinstallation eines Kulturfonds in der Nachfolge des oberrheinischen Theateraustausch-Fonds.

Landwirtschaft

Die Arbeitsgruppe „Landwirtschaft“ der Oberrheinkonferenz befasste sich in den Jahren 2016 und 2017 schwerpunktmäßig mit nachstehenden Themen:

- Erstellung einer vergleichenden Studie bezüglich der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2014 bis 2020, die in einer vergleichenden Gesamtübersicht münden werden;

- Gründung eines Expertenausschusses „Tierwohl und Tiergesundheit“ und Veranstaltung eines Kolloquiums am 8. November 2017, an dem fast 200 Akteure der Tierzuchtbranche (Institutionen, Landwirte, Berufsorganisationen, Tierärzte, Lehrkräfte, Nicht-Regierungsorganisationen, Händler, Verbraucherverbände) teilnahmen;
- Treffen am 28. Juni 2017 mit der Arbeitsgruppe „Landwirtschaft und Wald“ der Großregion. Austausch u. a. über folgende gemeinsame Themen:
 - Pestizid-Richtlinie (Veröffentlichung einer Übersicht über die Umsetzung der Richtlinie im „Grand Est transfrontalier“)
 - Vergleichende Studie zur Umsetzung der GAP;
- Unterstützung zweier Interreg V A-Projekte zur Agrarökologie am Oberrhein:
 - Agrarökologie „Forschung“ (Ziel 2 des Interreg V A-Programms)
 - Agrarökologie „Innovative Verfahren und Schulung (Ziel 6 des Interreg V A-Programms);
- Erarbeitung einer Stellungnahme der Arbeitsgruppe zur Gründung einer grenzüberschreitenden landwirtschaftlichen Ausbildung, die das Thema der Agrarökologie bearbeitet;
- Beitrag zu einer vergleichenden Studie zur sogenannten Pestizid-Richtlinie im Grenzgebiet der Région Grand-Est.

Expertenausschuss Jagd

Ein Themenschwerpunkt des Expertenausschusses „Jagd“ im Berichtszeitraum war das Thema „Umgang mit den Großraubwildarten Luchs und Wolf in Deutschland, Frankreich und der Schweiz bzw. in den Teilregionen der Oberrheinkonferenz“. Beispiele für das Monitoring der beiden Arten sowie der Herdenschutz durch Schutzhunde oder mechanische Abwehrmaßnahmen wurden besprochen. Das Rehwild war hinsichtlich Vorkommen, Jagdstrecken, Bejagung und Wildschäden ein weiterer Themenschwerpunkt.

Auch mit der Afrikanischen Schweinepest (ASP) hat sich der Expertenausschuss beschäftigt, da eine mögliche Einschleppung der ASP aus den osteuropäischen Ländern für Wild- und Hausschweine derzeit eine ständige Gefahr darstellt.

Mitglieder im Expertenausschuss „Jagd“ waren Vertreter der Jagdverbände, landwirtschaftlicher Verbände, der Landwirtschaftsverwaltung sowie der Jagd- und Forstbehörden. Für Rheinland-Pfalz nahmen Vertreter der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft (FAWF) und der oberen Jagdbehörde an den Arbeitsbesprechungen teil.

Expertenausschuss Tierwohl und Tiergesundheit

Der Expertenausschuss „Tierwohl und Tiergesundheit“ wurde 2016 gegründet. Schwerpunkte waren die Erarbeitung eines Netzwerkes für Meldungen im Seuchenfall und einer Übersicht zu den Tierwohlfördermaßnahmen in der Oberrheinregion.

Raumordnung

Die im Berichtszeitraum im Jahr 2016 noch unter rheinland-pfälzischem Vorsitz und ab 2017 unter französischem Vorsitz stehende Arbeitsgruppe Raumordnung hat die laufenden Initiativen auf der Grundlage des aktuellen Mandats weiter verfolgt.

Im Mittelpunkt der Arbeiten 2016/2017 stand unter dem Aspekt der Stärkung des territorialen Zusammenhalts auch weiterhin die Förderung einer kohärenten grenzüberschreitenden Raumentwicklung, um den Oberrheinraum im europäischen und internationalen Wettbewerb stärker zu positionieren. In Folge der französischen Gebietsreform werden hier zukünftig neue Herausforderungen zu bewältigen sein.

Weiter verfolgt wurde die fachliche Begleitung der Umsetzung der „Willenserklärung zur Förderung der gegenseitigen Information und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Raumplanung am Oberrhein“.

Im Jahr 2016 wurde insbesondere der Austausch zwischen der Arbeitsgruppe „Raumordnung“ der Oberrheinkonferenz und der Kommission „Verkehr und Raumordnung“ des Oberrheinrates weiter vertieft. Neben der gegenseitigen

regelmäßigen Teilnahme an den Sitzungen fand ein projektbezogener Austausch mit dem Expertenausschuss „Nahverkehr“ des Oberrheinrates statt.

Fortgesetzt wurden die Vorarbeiten zur Überprüfung des Fortschreibungsbedarfs des Raumordnerischen Orientierungsrahmens. Das Lastenheft wurde weitgehend finalisiert und ein Präsidiumsbeschluss wurde herbeigeführt.

Dominierend im Berichtszeitraum war die Begleitung des Interreg V A-Projektes „GeoRhena – ein GIS-Kompetenzzentrum auf Geoportalbasis“, welches im Zeitraum Juli 2015 bis Juni 2018 aus dem Interreg A-Programm „Oberrhein“ kofinanziert wurde und die Debatte über die Weiterführung und Institutionalisierung nach Ablauf der Interreg-Förderung.

Ein Thema, welches die Arbeitsgruppe „Raumordnung“ noch über einen längeren Zeitraum beschäftigen wird, ist die Aufstellung auf französischer Seite eines „Schéma Régional d'Aménagement et de Développement Durable du Territoire (SRADDET)“ für die Région Grand Est. Im Zuge der französischen Gebiets- / Territorialreform (NOTRe-Gesetz vom 7. August 2015 zur territorialen Neuordnung der Republik) wurde zum 1. Januar 2016 u. a. die Anzahl der französischen Regionen nahezu halbiert und die Regionen haben die Kompetenzen für die Bereiche Wirtschaftsförderung / Wirtschaftsentwicklung sowie Raumordnung neu übertragen bekommen. Weitere Regelungen betrafen u. a. die Departments sowie die Metropolregionen.

Das SRADDET ist eine Art regionaler Raumordnungsplan bzw. regionaler Entwicklungsplan, den die neu gegründete Région Grand Est nunmehr erstmals verpflichtend für ihr gesamtes Territorium aufstellt bzw. aufstellen muss. In den einschlägigen Unterlagen ist er wie folgt übersetzt: „Regionaler Leitplan für Raumentwicklung, Nachhaltigkeit und Gleichstellung der Gebiete“. Dabei umfasst der SRADDET gemäß Planvorgabe einen strategischen Teil (bestehend aus Bestandsaufnahme, Herausforderungen und strategischen Zielen, alles kartografisch visualisiert), einen textlichen Teil (untergliedert in thematische Kapitel mit allgemeinen Vorschriften) sowie als Anlage den obligatorischen Umweltbericht und weitere Bewertungs-Schemata (u. a. zu Abfall).

Das SRADDET soll, so heißt es, einen verbindlichen Charakter haben, dem Subsidiaritätsprinzip entsprechen und ist nicht als Ersatz für die SCoT's („Pläne zur territorialen Kohärenz“, in etwa vergleichbar mit deutschen regionalen Raum-

ordnungsplänen / Regionalplänen, bzw. eher regionalen Flächennutzungsplänen gedacht. Diese müssen nach Inkrafttreten des SRADDET jedoch angepasst werden. Wie genau die Verbindlichkeit vor Ort wirkt bzw. ob man das SRADDET in etwa mit den deutschen Landesentwicklungsprogrammen / -plänen vergleichen kann, ist nicht abschließend geklärt. Vor diesem Hintergrund fand unter Mitwirkung der Arbeitsgruppe „Raumordnung“ am 20. November 2017 in Straßburg ein grenzüberschreitender Workshop zum SRADDET und konkret zu den Themen Raumordnung / Raumentwicklung, Verkehr und Mobilität, Umwelt und Energie statt.

Neben den strategischen, länger laufenden Themen und Projekten hat sich die Arbeitsgruppe „Raumordnung“ im Berichtszeitraum zu folgenden Themen und Projekten allgemein ausgetauscht:

- Vorstellung des aktuellen Standes des Kantonalen Richtplanes des Kanton Basel-Stadt;
- Aktuelle Entwicklungen im Bereich statistische Raumbewertung;
- Black-out: Prüfung der möglichen Auswirkungen oder Risiken eines langandauernden grenzüberschreitenden Stromausfalls und Austausch über Maßnahmen und Planungen zur Prävention und Bewältigung solcher Auswirkungen.

Neu erarbeitet und genehmigt wurde auch das Mandat 2017 bis 2019 der Arbeitsgruppe „Raumordnung“. Die Arbeitsgruppe war eingebunden in die unter Federführung der Arbeitsgruppe „Umwelt“ stehende Aktualisierung des „Leitfadens zur grenzüberschreitenden Beteiligung bei umweltrelevanten Vorhaben sowie Plänen und Programmen“.

Expertenausschuss GeoRhena

Im Berichtszeitraum wurde der Expertenausschuss „GeoRhena“ unter der Fachaufsicht der Arbeitsgruppe „Raumordnung“ weitergeführt. Der Expertenausschuss hat im Berichtszeitraum gemäß Mandat die Arbeitsgruppe „Raumordnung“ kartografisch unterstützt und die Umsetzung des Interreg V A-Projektes „GeoRhena“ begleitet. Daneben hat GeoRhena in bewährter Form den Arbeitsgruppen und der jeweiligen Präsidentschaft der Oberrheinkonferenz u. a. zu den verschiedensten Themen zugearbeitet und neue Karten entwickelt.

Angesichts der Diskussion über die Verstetigung des GeoRhena-Projektes steht auch zukünftig der Austausch mit dem GIS-Projekt der Großregion (GIS-GR) hinsichtlich der Überprüfung von Synergien auf der Tagesordnung. Die Arbeitsgruppe „Raumordnung“ und die weiteren potenziellen Finanzierer arbeiten in Fragen der Verstetigung von GeoRhena ab 2018 eng mit dem Expertenausschuss zusammen.

Weitere Informationen unter:

<http://www.georhena.eu/>

Umwelt

Die seit 1975 bestehende Arbeitsgruppe „Umwelt“ behandelt Themen des Umwelt- und Naturschutzes im räumlichen Zuständigkeitsbereich der Oberrheinkonferenz.

Grundlegendes Ziel der Arbeitsgruppe ist es, durch stetigen Informationsaustausch eine Koordinationsfunktion sowie eine strategische Lenkungsfunktion für die Expertenausschüsse zu gewährleisten.

Sie tauscht Informationen und Erfahrungen mit anderen Gremien unter dem Dach der Oberrheinkonferenz aus, insbesondere mit der Arbeitsgruppe „Landwirtschaft“ und seinem Expertenausschuss „Jagd“, der Arbeitsgruppe „Raumordnung“, der Kommission „Klima und Energie“, ferner mit der Kommission „Landwirtschaft und Umwelt“ des Oberrheinrates. Sie berücksichtigt Arbeiten anderer Gremien und die Ergebnisse von Projekten, die den Umweltbereich betreffen. Sie informiert ihrerseits Gremien und Projektträger, die von ihren Arbeiten betroffen sind.

Im Jahr 2016 aktualisierte die Arbeitsgruppe „Umwelt“ den „Leitfaden zur grenzüberschreitenden Beteiligung an umweltrelevanten Vorhaben sowie Plänen und Programmen“ und blickte mit einer Publikation zum 30. Jahrestag der „Sandoz-Katastrophe“ auf dieses Ereignis zurück, das damals in dramatischer Weise aufzeigte, dass es im Bereich Umwelt und Katastrophenschutz enger abgestimmte und trinationale Maßnahmen bedarf. Zudem organisierte der Expertenausschuss „Technologische Risiken“ gemeinsame Inspektionen in den drei Ländern und diente als Plattform für den ständigen Kontakt und schnellen Erfahrungsaustausch der zuständigen Fachleute.

Am 28. November 2016 fand in Freiburg eine Auftaktveranstaltung mit Workshops zum Aufbau eines BNE-Netzwerks am Oberrhein nach Vorbild der Großregion statt. Folgeprojekte waren ein Austausch der Naturführer am Oberrhein im April und September 2017. Im Oktober 2017 kam es im Rahmen einer Konferenz zum Thema „Digitales Lernen“ zu einer Vernetzung mit der Arbeitsgruppe „Erziehung und Bildung“.

Der Expertenausschuss „Luchs“ wurde im Oktober 2017 gegründet, um grenzüberschreitend zu dokumentieren und zu bewerten, wie sich die Population der Luchse verhält. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für Akzeptanz.

Der Expertenausschuss „Ökologie und Naturschutz“ hat eine Karte der Naturschutzgebiete und grenzüberschreitenden ökologischen Verbindungen im Mandatsgebiet der Oberrheinkonferenz erstellt. Auch wurden eine Karte mit den Hindernissen der grenzüberschreitenden ökologischen Verbindungen und eine Karte der Projekte, die dazu beitragen könnten, die ökologische Kontinuität zu verbessern, erarbeitet. Ein weiteres Thema war der Schutz des Triels.

Der Expertenausschuss „Luftreinhaltung“ beschäftigte sich intensiv mit der Vorbereitung des Interreg-Projektes Atmo-Vision, das darauf abzielt, neue Instrumente für Institutionen und Verwaltungen im Oberrheingebiet bereitzustellen, um die Treibhausgas- und Luftschadstoffbelastung zu verringern.

Der Expertenausschuss „Wasserressourcen“ befasste sich mit dem Interreg-Projekt „ERMES-Rhin“. Dieses untersucht die Entwicklung der Grundwasserqualität im Oberrheingraben von Basel bis Mainz-Wiesbaden und erarbeitet Empfehlungen zur Reduktion historischer und neuartiger anthropogener Schadstoffe.

Auch arbeitete der Expertenausschuss an der Festlegung von Indikatoren zur Überwachung der Maßnahmen zum Schutze des Grundwassers im Oberrheingraben. Projektziel ist, eine Vielzahl verfügbarer umweltrelevanter Einzelinformationen zusammenzuführen, zu verdichten und als allgemein verständliche Indikatoren darzustellen. Die Indikatoren beschreiben die Entwicklung der qualitativen Beschaffenheit des Grundwassers im Oberrheingraben, die zur Verschlechterung der Grundwasserqualität beitragenden anthropogenen Aktivitäten und die Wirksamkeit von Maßnahmen, die den belastenden Aktivitäten entgegen wirken sollen. Sie bieten damit eine Hilfestellung für Entscheidungsträger und erlauben

es, der Öffentlichkeit allgemein verständliche Informationen zu diesem Themenbereich zur Verfügung zu stellen.

Verkehr

Neben den Anfang 2015 als prioritär eingestuften Verkehrsprojekten berühren folgende Projekte den rheinland-pfälzischen SPNV / ÖPNV-Verkehrsraum:

- **Zukunftsstudie zu den grenzüberschreitenden Anbindungen und Verbesserung des notwendigen rollenden Materials:** Die auf eine mittelfristige Perspektive angelegte Studie zielt darauf ab, den Bedarf an grenzüberschreitenden Bahnverbindungen zwischen der Région Grand Est, dem Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und den Schweizer Kantonen zu ermitteln, um festzulegen, welche Verbesserungen am rollenden Material vorgenommen werden müssen (Kapazität, Interoperabilität). In Rheinland-Pfalz sind hiervon die Relationen Neustadt / Weinstraße – Wissembourg und Wörth – Lauterbourg betroffen. Über eine Umsetzung ist im Vorfeld der nächsten Ausschreibungen zu entscheiden;
- **Verbesserung der bestehenden Bahnverbindung zwischen Wörth und Strasbourg:** Das Projekt zielt darauf ab, das Angebot auf dieser Strecke (derzeit mit Anschluss in Lauterbourg) zu verbessern. Ein guter Anschluss wäre dann mit der Straßenbahn Wörth – Karlsruhe möglich. Bereits jetzt bestehen drei direkte Zugverbindungen am Wochenende zwischen Wörth und Strasbourg;
- **Entwicklung von PAS'Frontière-Instrumenten für die Güterzüge im grenzüberschreitenden Verkehr:** Das Projekt zielt darauf ab, einen Prozess zwischen deutsch-französischen Netzbetreibern und ein dazugehöriges Instrument für Schulungen / Informationen zu entwickeln, um den grenzüberschreitenden Verkehr im Oberrheingebiet zu erleichtern.

Ziel einer nachhaltigen Verkehrspolitik für den Oberrhein ist es, eine gute Mobilität aller Bevölkerungsschichten und der Wirtschaft in einer umweltverträglichen Weise zu gewährleisten. Um dies zu erreichen, benennt das Leitbild differenzierte Teilziele und Handlungsfelder.

Hierbei sollen folgende Prämissen gelten:

- Die Beeinflussung des Mobilitätsverhaltens im Sinne der Nachhaltigkeit;
- Die Verringerung der Belastungen durch Verkehrsemissionen der jeweiligen Verkehrsträger auf ein klima- und menschenverträgliches Niveau;
- Die Beseitigung von Engpässen bei der Erreichbarkeit der Regionen als Ganzes und ihrer Teile untereinander, auch durch attraktive grenzüberschreitende Verbindungen im öffentlichen Personenverkehr, möglichst durch aufeinander abgestimmte integrale Taktfahrpläne;
- Die Ausrichtung der Entwicklung an den Achsen des öffentlichen Verkehrs;
- Die Zugänglichkeit der Städte mit ihren vielfältigen Angeboten und Arbeitsplätzen;
- Die gute und werthaltige Gestaltung der öffentlichen Räume und ihrer Verkehrsanlagen als Voraussetzung für eine hohe Lebens- und Aufenthaltsqualität;
- Die grenzüberschreitende Abstimmung der Infrastrukturentwicklung, insbesondere auch zur Bewältigung des Transitverkehrs;
- Die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im Inland und grenzüberschreitend;
- Die grenzüberschreitende Kooperation bei Verwaltungsverfahren, Bedarfsermittlung, Gestaltung und Umsetzung unter angemessener und frühzeitiger Beteiligung der Bevölkerung;
- Die frühzeitige Nutzung fortschrittlicher Technologien.

Verbesserung des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs zwischen der Südpfalz und der Région Grand Est

Die Strecken Wörth – Lauterbourg und Neustadt – Wissembourg werden derzeit im Rahmen des sog. „Südpfalznetz“ mit Dieseltriebwagen der DB Regio AG grundsätzlich im Stundentakt bedient. Wegen der andersartigen Leit- und Sicherheitstechnik in Frankreich können diese Fahrzeuge nicht über Lauterbourg und Wissembourg hinaus nach Strasbourg verkehren, obwohl dies im Sinne der

grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wünschenswert wäre. Lediglich an den Wochenenden verkehren zwei durchgehende Zugpaare Neustadt – Wissembourg – Strasbourg mit französischen Triebwagen, die auch die deutsche Leit- und Sicherungstechnik besitzen.

Der Expertenausschuss „Personenverkehr“ der Oberrheinkonferenz hat sich mehrfach mit der Frage des grenzüberschreitenden Fahrzeugeinsatzes speziell auch auf diesen Strecken und auch mit der Fahrplanabstimmung befasst. Nach derzeitigem Stand können die heute eingesetzten Fahrzeuge nicht mehr auf französische Leit- und Sicherheitstechnik umgerüstet werden. Auch auf französischer Seite stehen – abgesehen vom angesprochenen Wochenendverkehr – derzeit keine entsprechenden Fahrzeuge zum Einsatz für Deutschland bereit. Bei der Fahrplanabstimmung konnte der dafür in Rheinland-Pfalz zuständige Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd zusammen mit dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar leider auch keine wesentlichen Fortschritte erreichen.

Unter Leitung der Région Grand Est wurde im Rahmen des Programms Interreg V A „Oberrhein“ eine entsprechende Studie in Auftrag gegeben.

Rheinbrücke Karlsruhe – Wörth

Beide Planfeststellungsbeschlüsse für den baden-württembergischen und den rheinland-pfälzischen Teil der Planung für die zweite Rheinbrücke sind erlassen. Gegen beide Planfeststellungsbeschlüsse wurden Klagen eingereicht.

Häfen

Die neun Häfen des Oberrheins, Ludwigshafen, Mannheim, Karlsruhe, Kehl, Straßburg, Colmar / Neuf-Brisach und RheinPorts Basel-Mulhouse-Weil haben sich im Rahmen des gemeinsamen Projekts „Upper Rhine, a connected corridor“ zusammengeschlossen. Mit der Unterstützung der Europäischen Union erarbeiten sie eine gemeinsame Strategie, um sich auf das Wachstum der erwarteten Verkehrsvolumen an den Hafenplattformen in den kommenden 20 Jahren vorzubereiten. Die Zusammenarbeit der Häfen des Oberrheins ist ein Musterprojekt der Verkehrspolitik der Europäischen Kommission. Diese hat das Bestreben, einen nachhaltigen Transport und Verkehr in Europa zu entwickeln, indem die CO₂-Emissionen bis 2050 um 60 % reduziert werden. Die Umsetzung

erfolgt durch eine modale Verlagerung von Transporten auf die Schiene und die Wasserstraße.

Wirtschaft

Aufgabe der Arbeitsgruppe ist, die Aktivitäten ihrer Expertenausschüsse zu koordinieren und zusammenzuführen. In den Expertenausschüssen bestehende Initiativen wurden weiter vorangetrieben oder aktualisiert, dies gilt insbesondere für die Identifikation von Problemen bei der grenzüberschreitenden Tätigkeit von Unternehmen aufgrund der Umsetzung der Arbeitnehmerentsenderichtlinie.

Expertenausschuss Statistik

Die Statistischen Ämter von Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Grand Est sowie der fünf Kantone der Nordwestschweiz arbeiten seit mehr als 20 Jahren im Expertenausschuss „Statistik“ zusammen. Deren Daten stehen im Kontext unterschiedlicher kultureller Gegebenheiten. Sie werden so weit wie möglich harmonisiert.

Ein zentrales Ergebnis der Kooperation ist die Herausgabe der Broschüre „Oberrhein – Zahlen und Fakten“. Sie enthält auf mehr als 50 Seiten Daten zu den Themen Gebiet, Bevölkerung und Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Die Verhältnisse in den Teilregionen des Oberrheingebietes werden darin zweisprachig in Tabellen, Grafiken und Karten veranschaulicht. Die Publikation erscheint seit 2006 zweijährlich.

Expertenausschuss Grenzgänger

Aufgabe des Expertenausschusses ist es, bestehende Hemmnisse und praktische Schwierigkeiten für Grenzgängerinnen und Grenzgänger am Oberrhein zu bestimmen, Lösungen zu finden bzw. eine zielgerichtete Information der Betroffenen zu ermöglichen, z. B. im Hinblick auf Änderungen der nationalen Rechtsvorschriften und des Europarechts. Im Hinblick auf die Bedeutung der Deutschen Rentenversicherung Rheinland-Pfalz als wichtigste Verbindungsstelle der Rentenversicherung zu Frankreich liegt der besondere rheinland-pfälzische Fokus der Mitarbeit im Expertenausschuss bei den Renten und der Alterssicherung.

2. Trinationale Metropolregion Oberrhein

Der Oberrhein versteht sich als Exzellenzraum mit Modellcharakter im Herzen Europas. Er zeichnet sich durch ländlich geprägte Räume aus, die durch ein dichtes Netz von Städten ergänzt werden, von denen einige Ausstrahlungskraft über die nationalen Grenzen hinaus besitzen. Um die gemeinsamen Stärken bestmöglich zu nutzen und weiter auszubauen, unterzeichneten Vertreterinnen und Vertreter aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz am 10. Dezember 2010 die Offenburger Erklärung, mit der die Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO) ins Leben gerufen wurde. Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik arbeiten seitdem gemeinsam an der weiteren positiven Entwicklung des Dreiländerraums. Ziel der „Strategie 2020 für die Trinationale Metropolregion Oberrhein“ ist es, die Koordination zwischen den traditionellen Akteuren weiter zu verbessern und sich für neue Partner zu öffnen, um Plattformen und Netzwerke aufzubauen und gemeinsam die vorhandenen Potenziale voll auszuschöpfen sowie die verfügbaren Ressourcen zu bündeln.

Weitere Informationen unter:

<http://www.rmtmo.eu/de/>

Säule Wissenschaft

Im Rahmen des Programms Interreg V A „Oberrhein“ wurde vom Euro-Institut Kehl als Projektträger im Jahr 2016 ein Antrag „Koordinationsbüro der Säule Wissenschaft der TMO – Einrichtung einer Dienstleistungs- und Koordinationsplattform für die Säule Wissenschaft der Metropolregion Oberrhein“ erfolgreich eingereicht und genehmigt.

Dieses Büro koordiniert das Abstimmungsverfahren zur Festlegung und Bestimmung strategischer Großprojekte für die Forschungsregion Oberrhein, insbesondere

- die Ansiedlung eines grenzüberschreitenden Kompetenzzentrums für Nachhaltigkeit und einer europäischen Großforschungsinfrastruktur,
- die Gründung von „TriRhenaTech“ als Allianz der deutschen Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Fachhochschulen sowie der Ingenieurhochschulen neben den Universitäten, zur weiteren Intensivierung der Kooperation in Forschung und Lehre und

- die Einrichtung des „European Campus“, getragen von den im EUCOR-Netzwerk zusammengeschlossenen Universitäten (Karlsruhe, Straßburg, Freiburg, Mulhouse und Basel), in der eine neue Qualität der Zusammenarbeit vorangetrieben wird.

Des Weiteren betreut das Koordinationsbüro die Wissenschaftsoffensive am Oberrhein, die 2016 mit ihrem zweiten Projektauftrag nach 2011 fortgeschrieben wurde. Insgesamt wurden bei diesem Aufruf 22 Projektvorschläge eingereicht. Sieben dieser Projekte wurden von den wissenschaftlichen Experten, den regionalen Partnern der Wissenschaftsoffensive und den Partnern des Interreg-Programms ausgewählt und starteten im Frühjahr 2017.

In den sieben Exzellenzprojekten der Wissenschaftsoffensive 2016 arbeiten rund 30 Forschungslabore aus den oberrheinischen Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen zusammen. Gemeinsam entwickeln sie Anwendungen in den Bereichen erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz, nachhaltige Mobilität und Fahrzeugbau, Informations- und Kommunikationstechnologien, Gesundheit und Medizintechnik. Damit soll der Wissens- und Technologietransfer aus der Forschung in Wirtschaft und Gesellschaft vorangebracht und der Standort Oberrhein gestärkt werden. Insgesamt sind auch über 30 Unternehmen als Partner in den verschiedenen Projekten beteiligt.

Folgende Projekte wurden mit Beteiligung rheinland-pfälzischer Hochschulen ausgewählt:

- PHOTOPUR – Photokatalytische Reinigung von pestizidbelastetem Wasser aus dem Weinbau (Projektträger ist das Institut für Umweltwissenschaften, Universität Koblenz-Landau, Campus Landau);
- SPIRITS – Entwicklung von intelligenten 3D-gedruckten interaktiven Robotern zur interventionellen Radiologie und Chirurgie (Projektpartner ist die Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz);
- HNBI – Entwicklung eines numerischen Kopf- / Halswirbelsäule-Verletzungsprädiktionswerkzeuges (Projektpartner ist die Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz).

Weitere Informationen unter:

<https://science.rmtmo.eu/de/wissenschaftsoffensive/wissenschaftsoffensive-2016/>

Universität Koblenz-Landau

Die Universität Koblenz-Landau hat sich weiterhin aktiv und umfassend an den Aktivitäten der Säule Wissenschaft der TMO beteiligt und Rheinland-Pfalz in der Wissenschaftskooperation am Oberrhein vertreten. Das Präsidialkollegium der Universität Koblenz-Landau hat ab April 2017 einen eigenen TMO-Beauftragten ernannt: Prof. Dr. Ralf Schulz, den ehemaligen Vizepräsidenten des Campus Landau, der in seiner Amtszeit die Kooperationen am Oberrhein vertieft hatte.

Im Berichtszeitraum 2016 bis 2017 war die Universität Koblenz-Landau an mehreren Projekten der grenzüberschreitenden Wissenschaftskooperation am Oberrhein beteiligt. Die meisten wurden durch das Programm Interreg V A „Oberrhein“ gefördert und in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern von EUCOR durchgeführt:

- SERIOR – Aufbau der Trinational Graduate Academy Security-Risk-Oriented, Projektträger Universität Koblenz-Landau, Projektleiter: Prof. Dr. Ralf Schulz (Gesamtbudget: 3,8 Mio. Euro, Laufzeit: 2016 bis 2018) – es zählt zu den vier strategischen Eucor-Projekten: <https://www.serior.eu/>;
- URCforSR – Upper Rhine Cluster for Sustainability Research, Projektträger Universitäten Freiburg und Basel, Lokaler Projektkoordinator: Prof. Dr. Oliver Frör (Gesamtbudget: 4,5 Mio. Euro, Laufzeit: 2016 bis 2018) – es zählt zu den vier strategischen Eucor-Projekten: <https://www.nachhaltigkeit-oberrhein.info/>;
- Clim'ability – Klimaanpassungsstrategien für Unternehmen in der Region Oberrhein, Projektträger: Institut National des Sciences Appliquées de Strasbourg (INSA), Lokaler Projektkoordinator: Prof. Dr. Oliver Frör (Gesamtbudget 2,7 Mio. Euro, Laufzeit: 2016 bis 2017): <http://www.clim-ability.eu/>;
- VITIFUTUR – Transnationale Plattform für Angewandte Forschung und Weiterbildung im Weinbau, Projektträger: Staatliches Weinbauinstitut Freiburg, Lokaler Projektkoordinator: Prof. Dr. Werner Sesselmeier (Gesamtbudget: 4 Mio. Euro, Laufzeit: 2017 bis 2019): <http://www.vitifutur.net/>.

Die Universität Koblenz-Landau war an zwei von 22 eingereichten Projekten der Wissenschaftsoffensive 2016 beteiligt gewesen. Ein Antrag (TriMaBone) wurde auf Rang 8 gewertet und nicht gefördert, während ein Antrag (PHOTOPUR) auf Rang 2 gewertet wurde und zu den sieben geförderten Anträgen gehörte:

- PHOTOPUR – Photokatalytische Reinigung von pestizidbelastetem Wasser aus dem Weinbau, Projektträger: Universität Koblenz-Landau, Projektleiter: Dr. Ricki Rosenfeldt und Dr. Frank Seitz (Gesamtbudget: 1 Mio. Euro, Laufzeit: 2017 bis 2020): <http://de.photopur.org/>.

Zusätzlich ist die Universität Koblenz-Landau an einem trinationalen Projekt am Oberrhein beteiligt, das durch die Deutsch-Französische Hochschule (DFH) gefördert wird:

- CDRS – Trinationales Oberrhein-Doktorandenkolleg „Kommunikation in mehrsprachigem und multikulturellem Kontext“, Projektträger: PH Karlsruhe; lokale Projektkoordinatorin: Dr. habil. Jacqueline Breugnot (Gesamtförderung: 80.000 Euro, Laufzeit 2017 bis 2020): <https://www.collegedoctoral-rhinsup.eu/de/>.

Diese umfangreiche Teilnahme der Universität Koblenz-Landau an den Aktivitäten der Säule Wissenschaft der TMO hat der Universität auch eine Beitrittsperspektive für EUCOR eröffnet.

Hochschule Kaiserslautern

Die am 14. November 2014 gegründete Allianz „TriRhenaTech“ wird von den Hochschulen Furtwangen, Karlsruhe, Kaiserslautern und Offenburg, der Alsace Tech, das 14 Elitehochschulen im Elsass umfasst, und der Fachhochschule Nordwestschweiz getragen. Ziel dieser Allianz ist es, einen gemeinsamen Ansatz des Bildungs-, Forschungs-, Entwicklungs- und Technologietransfers im Bereich der angewandten Wissenschaft in der trinationalen Metropolregion Oberrhein zu fördern. Der Vizepräsident für Studium, Lehre und Internationalisierung, Prof. Dr. Albert Meij, ist als Vertreter der Hochschule Kaiserslautern Mitglied der Allianz.

Säule Zivilgesellschaft

In der Nachfolge des 13. Dreiländerkongresses 2012 in Landau und den vorausgegangenen Bürgerforen finden seit 2013 regelmäßig Bürgerdialoge statt, um Erfahrungen und Kritik, Meinungen und Vorschläge mit den Bürgerinnen und Bürgern aus den Teilregionen auszutauschen. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie zivilgesellschaftliche Projekte, Initiativen, Vereine, Verbände und Stiftungen sind eingeladen, sich an den Bürgerdialogen zu beteiligen und sich als Expertinnen und Experten in eigener Sache mit Ideen einzubringen. Ziel der Bürgerdialoge ist eine

Verstetigung des Bürgeraustauschs sowohl innerhalb der Zivilgesellschaft wie auch im Dialog zu Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Am 17. September 2016 fand in Freiburg der 7. Trinationale Bürgerdialog statt. Rund 90 Personen waren gekommen, um sich intensiv über die Thematik der grenzüberschreitenden Bürgerprojekte am Oberrhein auszutauschen. Zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zählten neben interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Initiativen und Vereine. Ebenso vertreten waren Politikerinnen und Politiker sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Verwaltung.

Zunächst tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die zentralen Herausforderungen und die Erfolgsfaktoren vergangener Projekte aus. Dabei konnten insbesondere wichtige Erkenntnisse zu möglichen Verbesserungspotenzialen gewonnen werden, wie z. B. der Wunsch nach besserer Bekanntmachung der Förderprogramme oder einer Vereinfachung der Anträge. Anschließend wurde der Blick auf die Zukunft gelenkt. Die Überlegungen beschäftigten sich vor allem mit der Frage, welche gemeinsamen Ziele am Oberrhein noch bis zum Ende des Jahres 2020 und somit zum Ende der Förderperiode von Interreg V A erreicht werden sollen. Besonders wichtig waren hierbei die Themen Sprachförderung, Nachhaltige Förderung und die Stärkung der politischen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der TMO. Zudem wünschten sich die Beteiligten für die Zukunft mehr Projekte zur Förderung von Zweisprachigkeit und zur Ermöglichung grenzüberschreitender Begegnungen (z. B. Feste).

Damit die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesem Tag auch praktische Einblicke in die grenzüberschreitende Arbeit gewinnen konnten, stellten unterschiedliche Akteure eine Vielzahl bereits abgeschlossener Bürgerprojekte vor. Erfolgreiche Projekte in der Vergangenheit waren beispielsweise das Chorprojekt „TRI COLOR“, der BEBBI Sprint 2013, ein grenzüberschreitender Velotag sowie die Frauennetzwerke im PAMINA-Raum.

In der gemeinsamen Schlusserklärung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde insbesondere das spezifische Ziel 12 im Rahmen des Programms Interreg V A „Oberrhein“ gewürdigt. Es umfasst die „Steigerung der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem Oberrhein als grenzüberschreitender Region“ und soll insbesondere zum Zusammenhalt der Region beitragen. Besonders im Hinblick auf dieses Ziel kann der Bürgerdialog 2016 als erfolgreiches Format in der grenzüberschreiten-

den Zusammenarbeit angesehen werden. So bot der trinationale Dialog für die Bürgerinnen und Bürger sowie zivilgesellschaftlichen Akteure nicht nur die Möglichkeit, sich aktiv mit ihren Ideen und Wünschen einzubringen, sondern er trägt auch langanhaltend zur Förderung der Identifikation mit dem gemeinsamen Lebensraum Oberrhein und der Stärkung des grenzüberschreitenden Zusammenhalts bei.

3. PAMINA

Der Europäische Verbund für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), Eurodistrikt PAMINA mit Sitz in Lauterbourg, steuert, unterstützt und fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in dem pfälzisch-badisch-nordelsässischen Verflechtungsraum PAMINA. Entsprechend den sich wandelnden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prioritäten bündelt er aufgaben- und projektbezogen die Kompetenzen der relevanten Akteure beiderseits der Grenze, baut Netzwerke auf und begleitet die Partner bei der Entwicklung und Umsetzung von gemeinsamen Projekten.

Zu den zentralen Herausforderungen der Jahre 2016/2017, in denen der Eurodistrikt turnusgemäß unter pfälzischer und nordelsässischer Präsidentschaft (ab 2017) stand, zählten die Umwandlung des Eurodistrikts von einem grenzüberschreitenden örtlichen Zweckverband (GÖZ) in einen Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), die Vorbereitung und Umsetzung neuer Interreg-Projekte (Interreg V A Oberrhein) mit der Umsetzung und Begleitung des permanenten Aufrufs für Kleinprojekte sowie die Planung und Realisierung neuer Aktionen insbesondere in den Bereichen Ausbildung / Arbeitsmarkt, Mobilität / Verkehr und Jugend.

Die Umwandlung zum EVTZ erfolgte am 1. Januar 2017 und wurde wenige Tage später am 11. Januar 2017 in Haguenau im Rahmen einer Festveranstaltung gefeiert, an welcher auch der Beauftragte für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Werner teilnahm.

Weitere Informationen unter:

<https://www.eurodistrict-pamina.eu/>

Aus- und Weiterbildung, Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Seit 2017 trägt der EVTZ Eurodistrikt PAMINA das auf drei Jahre ausgelegte Projekt „Fachkräfteallianz PAMINA“ (bis 31. Dezember 2019), welches im Rahmen des Interreg V A-Programms am Oberrhein durch die EU kofinanziert wird. Anhand der identifizierten Problemstellungen auf dem PAMINA-Arbeitsmarkt strebt das Projekt Verbesserungen bzgl. der (Wieder-)Eingliederung von Arbeitsuchenden, insbesondere der „Best Ager“ (50+), in den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt an, u. a. durch Coaching-Angebote und die Organisation von „Jobdatings“. Unternehmen werden bei der Behebung ihres Arbeitskräftemangels durch ein Mentoring-Programm unterstützt. Die Stärkung der grenzüberschreitenden beruflichen Eingliederung in

beschäftigungspolitischen Wachstumsbereichen, insbesondere im Gesundheits- und Sozialwesen, spielt ebenso eine wichtige Rolle. So wird im Rahmen des Projektes eine Pilotmaßnahme im Pflegebereich umgesetzt, welche die Zusammenarbeit zwischen den berufsbildenden Schulen Wissembourg und Bad Bergzabern / Annweiler sowie die Netzwerkarbeit und den Austausch der Akteure der Gesundheits- und Pflegebranche im PAMINA-Raum (Akteure der berufliche Bildung und der Gesundheits- / Pflegeeinrichtungen) umfasst.

Darüber hinaus realisierten die verschiedenen Akteure des grenzüberschreitenden Ausbildungsmarkts (Handwerkskammer Pfalz, Industrie- und Handelskammer Pfalz, EVTZ Eurodistrikt PAMINA, Interrreg V A Oberrhein-Projekt „Erfolg ohne Grenzen“, Agentur für Arbeit Landau, Fachexperten des Netzwerkes EURES-T) zwei Berufsorientierungstouren (2016 und 2017). Unternehmen aus Wörth, Germersheim und Landau empfingen jeweils zwischen 25 und 50 junge Elsässer und informierten über die duale Ausbildung in Deutschland sowie über Weiterbildungsmöglichkeiten im Handwerk und der Industrie.

Weiterbildung: up PAMINA vhs

Im Berichtszeitraum Januar 2016 bis Dezember 2017 wurden ca. 250 grenzüberschreitende Veranstaltungen mit insgesamt 4.100 Teilnehmenden durchgeführt. Schwerpunkte waren grenzüberschreitende Themen aus Kunst, Geschichte, Gesellschaft, Sprachen oder Gastronomie. Die Besonderheit der Weiterbildungsangebote liegt in ihrem Format: Ein Großteil der Veranstaltungen sind einmalige Angebote in Form von Blockveranstaltungen. Um den Begegnungscharakter der Seminare sicherzustellen, finden viele Studientage mit Reisebus statt, so dass die deutschen und französischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich bereits auf der Fahrt austauschen und in das Thema eingeführt werden können.

Weitere Informationen unter:

<http://www.up-pamina-vhs.org/4.0.html>

Wirtschaft

Die Zusammenarbeit mit dem PAMINA Business Club wurde fortgesetzt. Die Wirtschaftsförderer des Eurodistrikts haben sich 2017 im südpfälzischen Kandel getroffen, um eine Bilanz der Aktivitäten des Clubs zu ziehen. Dieses Treffen hat den Wirtschaftsförderern die Gelegenheit gegeben, sich mit anderen Kollegen aus der Südpfalz, aus Mittelbaden und aus dem Nordelsass auszutauschen und die wirt-

schaftliche Stärken und besondere Herausforderungen jeder Teilregion zu diskutieren. Die Zusammenfassung der Ergebnisse soll als Impuls zur Festlegung der zukünftigen Arbeitsschwerpunkte des PAMINA Business Clubs dienen.

Weitere Informationen unter:

<http://www.pamina-business.com/de/>

Mobilität und Raumplanung

Im Mai 2016 wurde vom Vorstand des Eurodistrikt PAMINA der Aktionsplan Mobilität verabschiedet, der circa 20 kurz-, mittel-, und langfristig realisierbare Projekte enthält. Er hat zum Ziel, die grenzüberschreitenden Mobilitätsbedingungen konkret zu verbessern, neue Mobilitätsprojekte anzustoßen und eine neue Dynamik im grenzüberschreitenden Personenverkehr zu entwickeln. Durch den Beschluss des Aktionsplans wurden in 2016/2017 sowohl neue Projekte gestartet, wie auch bereits bestehende Ideen und Projekte weiterentwickelt und vom Eurodistrikt PAMINA begleitet – die Umsetzung erfolgt durch die kompetenten Akteure. Zu diesen Projekten gehören z. B. die Ausdehnung des zwischen VRN und Elsass geltenden Anschlusstickets für Wochenendausflüge auf das Tarifgebiet des KVV, eine grenzüberschreitende Mobilitätsplattform für den PAMINA-Raum, der Lückenschluss im grenzüberschreitenden Radwegenetz zwischen der Communauté de Communes Sauer-Pechelbronn und dem Landkreis Südwestpfalz oder eine Radwegeverbindung im nördlichen Bereich des PAMINA-Rheinparks.

Im Bereich der Raumplanung spielte im Berichtszeitraum vor allem die Territorialreform 2016 in Frankreich eine Rolle, die auch auf den Eurodistrikt und die grenzüberschreitende Kooperation Auswirkungen hatte. Damit einher ging die Erarbeitung verschiedener Raumplanungsinstrumente auf französischer Seite. Besonders hervorzuheben ist das neue strategisch-konzeptionelle Raumplanungsinstrument für Raumordnung, nachhaltige Entwicklung und territoriale Chancengleichheit (SRADDET) der Région Grand Est. In der Région Grand Est mit ihren vier europäischen Nachbarländern ist eine grenzüberschreitende Ausrichtung unumgänglich, weshalb die fünf betroffenen Eurodistrikte (PAMINA, SaarMoselle, Strasbourg-Ortenau, Freiburg / Centre et Sud Alsace und Trinationaler Eurodistrikt Basel) im Jahr 2017 eine gemeinsame Stellungnahme unter der Federführung des Eurodistrikt PAMINA zur Gestaltung des SRADDET Grand Est erarbeiteten. Somit sollte ein politisches Zeichen für eine grenzüberschreitende Ausrichtung des SRADDET gesetzt werden. Die Stellungnahme nimmt z. B. Bezug auf die Anbindung des Eurodistrikt PAMINA und

somit der Région Grand Est über die Südpfalz an die Metropolregion Rhein-Neckar und über die Südwestpfalz an die Zukunftsregion Westpfalz. Die Eurodistrikte plädieren dafür, dass in den Dokumenten des SRADDET mindestens Kaiserslautern und evtl. auch die grenznahen Mittelzentren Primasens und Zweibrücken dargestellt werden müssen. Außerdem wurde der europäische Mehrwert der Région Grand Est, der sich auch auf die ländlich geprägten Räume auswirken muss und nicht nur in den Ballungszentren spürbar sein darf, herausgestellt. Dies gilt insbesondere für den Eurodistrikt PAMINA mit seinen großen raumstrukturellen Disparitäten.

Des Weiteren hat sich der Eurodistrikt 2016 auf partnerschaftlicher Ebene verpflichtet, ein von der Metropolregion Rhein-Neckar koordiniertes Projektvorhaben als „Modellregion für intelligent vernetzte Infrastrukturen“ durch grenzüberschreitende Netzwerkarbeit zu unterstützen.

Jugend / Sport / Kultur / Zivilgesellschaft

Im Oktober 2017 ging nach langen Vorbereitungen das Onlinespiel „Weltenbummler – Passe-Partout“ (<http://www.mein-weltenbummler.eu/>) online, das im Rahmen eines Interreg V Oberrhein-Projektes unter Trägerschaft des EVTZ Eurodistrikt PAMINA umgesetzt wird. Im Spiel können Kinder ab ca. acht Jahren auf eine virtuelle Entdeckungsreise durch den PAMINA-Raum gehen, um die Grenzregion besser kennenzulernen und spielerisch die Fremdsprachenkenntnisse anzuwenden. Im Rahmen von grenzüberschreitenden Klassenbegegnungen werden Schulklassen außerdem selbst zu Mitentwicklern des Onlinespiels, indem sie gemeinsam kleine Aufgaben integrieren. Als Teil eines grenzüberschreitenden Pilottandems kam dabei einer Klasse der Pestalozzischule in Landau eine besondere Rolle in der Entwicklung des Spieles zu. Das Projekt, das auch mit Mitteln des Bildungsministeriums Rheinland-Pfalz finanziert wird, wird im Schuljahr 2018/2019 auf den ganzen Oberrhein ausgeweitet.

Die Zusammenarbeit im Rahmen des PAMINA-Jugendnetzwerks wurde 2016 und 2017 erfolgreich weitergeführt. So wurden neben den regelmäßigen Netzwerktreffen drei PAMINA-Aktionstage zum Finden von Projektpartnern für grenzüberschreitende Projekte für Kinder- und Jugendliche organisiert, davon einer im März 2017 in Bad Bergzabern. Außerdem wurden in Zusammenarbeit mit dem Expertenausschuss „Multiplikatoren“ der Oberrheinkonferenz verschiedene deutsch-französische Seminare für Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter organisiert, darunter eines im Mai

2017 in Herxheim zum Thema Rechtsextremismus und -populismus in der Jugendarbeit.

Der grenzüberschreitende Freiwilligendienst konnte ebenfalls fortgesetzt werden, so dass 2017 erneut eine junge Freiwillige für das PAMINA-Jugendnetzwerk eingesetzt werden konnte, die insbesondere in den Jugendhäusern in Wörth am Rhein sowie in Wissembourg neue grenzüberschreitende Projekte organisierte und anregte. Eines dieser Projekte ist der 2016 erstmals organisierte PAMINA-Champions-Cup, ein Futsal-Turnier für Jugendliche aus Pfalz, Baden und dem Elsass, in dem diese in gemischten Teams spielen. Hinzu kamen die 2016/2017 vom PAMINA-Fußballausschuss organisierten Spiele und Turniere, u. a. der PAMINA-Super-Cup in Büchelberg sowie der PAMINA-Futsal-Cup in Kandel. Im Jahr 2016 konnte der PAMINA-Fußballausschuss, in dem Vertreter aus den vier Fußballverbänden im PAMINA Raum regelmäßig zusammenkommen, bereits sein fünfjähriges Bestehen feiern.

Im Jahr 2016 unterstützte der EVTZ außerdem erneut das von der Schwimmabteilung des TV Bad Bergzabern und La Vague Drachenbronn organisierte Internationale PAMINA Nachwuchsschwimmfest, an dem 367 junge Schwimmerinnen und Schwimmer von 33 verschiedenen Vereinen teilnahmen.

Im Rahmen des vom Eurodistrikt geförderten PAMINA-SPORT-Programms wurden 2017 zwei interkulturelle Sportbegegnungen für Schülerinnen und Schüler aus Baden, Elsass und der Pfalz organisiert, an denen jeweils 72 deutsche und französische Schülerinnen und Schüler teilnahmen.

Neben den genannten Aktivitäten unterstützte der Eurodistrikt im Berichtszeitraum verschiedene grenzüberschreitende Begegnungen und Projekte insbesondere im kulturellen Bereich: u. a. Deutsch-französische Wildkräutertage, PAMINA-Seniorentag 2017, Red Horse Festival, Internationales Musikfestival Wissembourg, Grenzüberschreitendes Weinfest in Schweigen-Rechtenbach, Deutsch-französisches Naturfoto-Festival, grenzüberschreitendes Familienfest.

Vor diesem Hintergrund erwies sich die Kombination aus direkten Förderungen durch den EVTZ Eurodistrikt PAMINA (bis maximal 5.000 Euro) und der europäischen Förderung von Kleinprojekten im Rahmen des Interreg V A-Programms (ab 3.000 bis maximal 40.000 Euro) als äußerst zielführend. Im Rahmen des Aufrufes für Kleinprojekte konnten 2017 bereits sieben Kleinprojekte mit einer Gesamtsumme von 239.655,05 Euro in die Förderung aufgenommen werden.

Im Bereich der Zivilgesellschaft wurde der regelmäßige Austausch mit den sog. PAMINA-Multiplikatoren fortgesetzt, was u. a. in konkreten Aktionen (2. PAMINA-Seniorentag am 21. Oktober 2017 in Lauterbourg) und der Beteiligung verschiedener Akteure am Tag der offenen Tür des Eurodistrikt PAMINA mündete. Besondere Highlights waren die verschiedenen Lesungen der FemmesPAMINAFrauen (<https://femmespamina.wordpress.com/>) im Rahmen des von ihnen veröffentlichten Buches „Frauen Portraits de femmes“ (z. B. am 17. März 2017 im südpfälzischen Rohrbach) sowie die Feierlichkeiten zum 15. Jubiläum des Frauen-Vereins (1. Juli 2017 in Lauterbourg) und zum 10. Jubiläum des Senioren-Netzwerkes (21. Oktober 2017 in Lauterbourg).

Europa

Vertreter des EVTZ Eurodistrikt PAMINA waren 2016/2017 Teil der europäischen Expertengruppe zu grenzüberschreitenden Hindernissen (Cross-border review), welche die Vorarbeiten zur Mitteilung der EU-Kommission zur Stärkung von Wachstum und Zusammenhalt in den EU-Grenzregionen vom 20. September 2017 geleistet hat. Die Mitteilung widmet sich schwerpunktmäßig dem Abbau von grenzüberschreitenden Hindernissen rechtlicher und administrativer Art und beinhaltet einen 10-Punkte-Aktionsplan zu verschiedenen Themenbereichen. Der EVTZ vertrat am 31. Mai 2017 zudem die Position der deutsch-französischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger im Rahmen eines Vortrages zur Koordination der Systeme zur sozialen Sicherheit bei der grenzüberschreitenden Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments.

Die Besuche in Brüssel wurden sowohl 2016 als auch 2017 intensiv dazu genutzt, um Projekte und Anliegen des Eurodistrikt PAMINA und seiner Mitglieder bei den verschiedenen Kommissionsdienststellen zu präsentieren. In diesem Kontext findet ebenfalls eine regelmäßige Zusammenarbeit mit den Landesvertretungen (Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Grand Est / Alsace) und dem Europabüro des deutschen Landkreistages statt.

Interreg A „Oberrhein“

Neben der Mitarbeit in den Programmgeräten (Arbeitsgruppe, Begleitausschuss) widmete sich der Eurodistrikt besonders der Information von potenziellen Projektträgern sowie der Betreuung von Projekten in der Antragsphase. So hat der EVTZ den Landkreis Germersheim bei der Antragsstellung für das Interreg A Oberrhein-Projekt zur Anschaffung und grenzüberschreitenden Nutzung eines Amphibienfahrzeugs

(THW und Protection Civile) 2016 und 2017 umfassend beraten und unterstützt. Dieses beispielhafte Projekt wurde am 23. Juni 2017 vom Interreg A-Begleitausschuss genehmigt.

Der EVTZ Eurodistrikt PAMINA hat des Weiteren an der Initiative des Landes Baden-Württemberg bezüglich der Zukunft der EU-Förderung von Kleinprojekten mitgewirkt und Vorschläge zur Verbesserung des Förderinstruments eingebracht. An diesem Prozess waren neben den anderen Eurodistrikten und der Internationalen Bodenseekonferenz auch die Programmbehörden (Oberrhein und Hochrhein) sowie das Land Rheinland-Pfalz (Wirtschaftsministerium) und die Région Grand Est beteiligt.

Diese verschiedenen Aktivitäten im Rahmen des Interreg V A-Programms am Oberrhein erfolgen für den südpfälzischen Teilraum des Eurodistrikts in enger Abstimmung unter anderem mit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd.

Tourismus

Auf der Grundlage einer mit der Touristik-Gemeinschaft Vis-à-Vis geschlossenen Partnerschaftvereinbarung (Zeitraum: 2014 bis 2018) unterstützt der EVTZ Eurodistrikt PAMINA die Umsetzung eines touristischen Aktionsplans mit jährlich 75.000 Euro.

Als Vernetzungs- und Koordinationsplattform für die im Bereich Tourismusförderung zuständigen Akteure organisierte die Touristik-Gemeinschaft Vis-à-Vis im Berichtszeitraum gemeinsam mit dem Vorstand und dem Fachbeirat einen Projekt-Workshop, in dessen Rahmen 29 Projektvorschläge entwickelt wurden. Seit Dezember 2016 bietet Vis-à-Vis regelmäßig stattfindende touristische „Get together“ an. Die informellen Touristiker-Treffen werden gut angenommen und entwickeln sich zu einem festen Element der Netzwerkarbeit (Dezember 2016 in Karlsruhe / Baden, April 2017 in Gochsheim / Baden, Juni 2017 im Rahmen der 30. Weintage in Landau / Pfalz und Dezember 2017 in Wissembourg / Elsass).

Darüber hinaus wurden im Jahr 2017 zwei Expertentouren mit dem Ziel, das touristische Angebot der Partner direkt vor Ort kennenzulernen, angeboten (Juni 2017: Familienfreundliche Angebote in Karlsruhe; August 2017: Internationales Musikfestival „Festival du Houblon“ in Haguenau).

Im Rahmen des Aktionsbereichs „Inwertsetzung des touristischen Angebots in der Region“ wurde in den Jahren 2016 und 2017 die 19. bzw. 20. Auflage der dreitägigen Radtour „Tour de PAMINA“ organisiert, die mit jeweils 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgebucht waren. 2016 waren die Stadt und die Verbandsgemeinde Edenkoben Premiumpartner der grenzüberschreitenden Radtour.

Ende 2017 wurde mit der Realisierung der zweiten Auflage der Wanderkarte „Wandern im PAMINA-Raum: 30 Entdeckungstouren zwischen Schwarzwald, Kraichgau, Vogesen und Pfälzerwald“ begonnen. Die erste Auflage von 100.000 Exemplaren aus dem Jahre 2015 ist nahezu vergriffen. Auch die bereits im Jahre 2016 überarbeitete Radkarte „Radeln im PAMINA-Raum: 30 Entdeckungstouren zwischen Schwarzwald, Kraichgau, Vogesen und Pfälzerwald“ stößt auf große Nachfrage. Beide Karten präsentieren einen Überblick der Rad- bzw. Wandermöglichkeiten im PAMINA-Raum und enthalten konkrete Tourenvorschläge, deren genaue Beschreibungen im Internet kostenlos heruntergeladen werden können. Ebenfalls wurde der jährliche Vis-à-Vis-Veranstaltungskalender (Auflage 17.000 Exemplare) herausgegeben.

Im Berichtszeitraum koordinierte und organisierte die Touristik-Gemeinschaft zusammen mit der ADEAN (Association pour le développement de l'Alsace du Nord) erstmalig eine gemeinsame Präsentation von nordelsässischen Tourismusbüros auf der Messe Offerta in Karlsruhe. Die Messebeteiligung wurde im Jahr 2017 wiederholt.

Veranstaltungen

Der Eurodistrikt PAMINA organisierte in den Jahren 2016 und 2017, jeweils im Januar, zusammen mit INFOBEST PAMINA und der Touristik-Gemeinschaft Vis-à-Vis einen Tag der offenen Tür im Alten Zollhaus Lauterbourg. Jeweils rund 500 Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, sich über die vielfältige Service- und Produktpalette der PAMINA-Region zu informieren.

Am 25. Juli 2017 besuchte die rheinland-pfälzische Staatssekretärin und Bevollmächtigte beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales, Heike Raab, den Eurodistrikt in Lauterbourg. In Begleitung des Beauftragten für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Werner Schreiner, nutzte sie ihren Besuch im Eurodistrikt, um sich über die Arbeit des EVTZ und der INFOBEST PAMINA zu informieren.

Am 3. August 2017 lud der Bundestagsabgeordnete Thomas Hitschler zu einem Diskussionsabend mit dem Staatsminister für Europa und Beauftragten der Bundesregierung für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Michael Roth, nach Lauterbourg in den PAMINA-Sitz ein. Die Veranstaltung fand regen Zuspruch bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie den Bürgerinnen und Bürgern.

INFOBEST PAMINA

Die Informations- und Beratungsstelle (INFOBEST) für grenzüberschreitende Fragen stellte in den Jahren 2016/2017 ihre Bedeutung als bürgernahe Dienstleistungs- und Serviceeinrichtung fortlaufend unter Beweis. Rund 5.500 Bürgerinnen und Bürger wandten sich mit ihren Anliegen an die INFOBEST und wurden im Rahmen von Expertensprechstunden, grenzüberschreitenden Informationstagen sowie persönlichen Beratungen professionell beraten und weiterorientiert. Im Vordergrund standen die Themen Rentenbesteuerung, Arbeitsunfähigkeit und Familienleistungen.

Die in 2013 eingesetzte „Taskforce Rente“ beendete ihre Arbeit am 31. Dezember 2017; im Zuge der Unterzeichnung eines deutsch-französischen Doppelbesteuerungsabkommens zum Jahresende 2015 kam es zu einer allmählichen Normalisierung des Beratungsaufkommens zur deutschen Rentenbesteuerung.

Am 29. September 2016 feierte die INFOBEST PAMINA ihren 25. Geburtstag unter Teilnahme zahlreicher deutscher und französischer Politiker, darunter z. B. Herrn Daniel Hoeffel, ehemaliger französischer Minister und Pionier der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, und Herr Werner Schreiner. Auch waren 14 der 20 ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der letzten 25 Jahre ebenfalls anwesend.

Die Staatskanzlei Rheinland-Pfalz unterstützt die INFOBEST PAMINA seit ihrer Gründung.

Weitere Informationen unter:

<https://www.infobest.eu/>

4. Interreg V A „Oberrhein“

Die Projekte, die im Rahmen des Programms Interreg V A „Oberrhein“ kofinanziert werden, decken vielseitige Themengebiete ab und tragen alle zur Umsetzung einer spezifisch für den Oberrheinraum entwickelten Strategie bei. Neben der Verwaltung und anderen öffentlichen Einrichtungen beteiligen sich Akteure aus dem Bereich Innovation, Forschungseinrichtungen, Universitäten, Bildungseinrichtungen, Unternehmen, Vereine, Kammern und Verbände sowie Akteure der Zivilgesellschaft und andere mehr an den Projekten.

Im Jahr 2016 wurden 21 weitere Projekte vom Begleitausschuss genehmigt. Für die 21 im Jahr 2016 in die Förderung aufgenommenen Projekte wurden insgesamt 16.236.718,62 Euro an EFRE-Fördermitteln gebunden. Es gab außerdem zwei Projektaufrufe: Die Neuauflage der erfolgreichen Wissenschaftsoffensive sowie das neue Förderinstrument für Kleinprojekte der Zivilgesellschaft, der Kleinprojektaufruf, der zum Jahresbeginn 2017 starten konnte.

Im Rahmen der zweiten „Wissenschaftsoffensive“ am Oberrhein, bei der die deutschen Länder Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, die Région Grand Est auf der französischen Seite sowie das Programm Interreg V A „Oberrhein“ gemeinsam Projekte der regionalen Forschungs Kooperation fördern, wurden 2016 von den insgesamt 22 eingereichten Projektvorschlägen sieben für eine Förderung ausgewählt. Dazu zählen beispielsweise das Projekt „PHOTOPUR: Photokatalytische Reinigung von pestizidbelastetem Wasser aus dem Weinbau“, bei dem mehrere Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen nach neuartigen Lösungen für dieses gerade am Oberrhein drängende Problem suchen oder auch „PROOF: Organische Photovoltaik-Dachelemente für gewerbliche, industrielle und Logistikgebäude“, wo verschiedene Forschungseinrichtungen und KMU an innovativen halbtransparenten organischen Solarpanels mit geringem Gewicht und hoher mechanischer Flexibilität arbeiten.

Das Jahr 2017 war durch einen stabilen Fortschritt bei der Programmierung gekennzeichnet. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 16 Projekte mit einer EFRE-Gesamtfördersumme in Höhe von 15.297.677,19 Euro in die Förderung aufgenommen. Das Jahr war weiterhin gekennzeichnet durch die Programmierung der ersten 18 Kleinprojekte in Höhe von insgesamt 437.611,28 Euro, d. h. 36,47 % der insgesamt 1,2 Mio. Euro an EFRE-Mitteln, die für eine Laufzeit von drei Jahren für diesen speziellen Projektaufruf bereitgestellt wurden.

Für die im Jahr 2017 in die Förderung aufgenommenen 16 Projekte und 18 Kleinprojekte wurden damit insgesamt 15.735.288,47 Euro an EFRE-Fördermitteln gebunden, wodurch der Gesamtbetrag an gebundenen EFRE-Fördermitteln auf 58.622.796,78 Euro stieg, d. h. 53,4 % der Gesamtausstattung des Programms an EFRE-Mitteln und 52,1 % der förderfähigen Gesamtfinanzierung.

Weitere Informationen unter:

<http://www.interreg-oberrhein.eu/page-daccueil>

Sämtliche Projekte können auf der Internetseite des Programms unter www.interreg-oberrhein.eu eingesehen werden. Nachfolgend werden beispielhaft einige Interreg A-Projekte am Oberrhein vorgestellt, die von der Landesregierung finanziell unterstützt werden:

Le Passe-Partout – Der Weltenbummler: Kinder entdecken den Oberrhein anhand eines pädagogischen Onlinespiels

Ziel dieses Projektes ist die Entwicklung eines zweisprachigen Onlinespiels, das zu einer Steigerung der Identifikation mit dem Oberrhein vonseiten der Jugendlichen beitragen soll. Dazu hat es auch zum Ziel:

- Kennenlernen des Oberrheingebiets,
- Erhöhung der Zweisprachigkeit von Jugendlichen,
- Intensivierung des interkulturellen Austauschs und Sensibilisierung zur kulturellen Diversität,
- Entwicklung der Kompetenzen der Schüler zur Gruppenarbeit und Förderung der Nutzung neuer Medien im Fremdsprachenunterricht,
- Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Betreuer.

Projektpartner aus Rheinland-Pfalz ist u. a. das Ministerium für Bildung.

TRISAN: Bedarfsorientierte Optimierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Gesundheitsverwaltungen und -leistungserbringer

Das Projekt TRISAN soll sich den Hauptherausforderungen der Gesundheitskooperation am Oberrhein annehmen. Es wird den Akteuren des Gesundheitsbereichs eine Unterstützung auf operativer Ebene bieten, um erfolgsversprechende Kooperationsfelder zu identifizieren und die Vernetzung weiterer Akteure des Gesundheitsbereichs mit den bestehenden Koordinierungsinstanzen voranzutreiben.

Projektpartner aus Rheinland-Pfalz ist u. a. das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie.

„Réussir sans frontière / Erfolg ohne Grenzen“

Bereits seit längerem haben Jugendliche am Oberrhein die Möglichkeit, ihre Arbeitsmarktchancen durch ein Betriebspraktikum im Nachbarland während ihrer Ausbildung zu steigern. Im September 2013 wurde am Oberrhein eine Vereinbarung zur grenzüberschreitenden Berufsbildung unterzeichnet, in der die Rahmenbedingungen für eine grenzüberschreitende Ausbildung ausgebaut und festgelegt wurden. Ziel ist es, die insbesondere hinsichtlich der Sprache bestehenden Hemmnisse für französische und deutsche Jugendliche, eine Ausbildung im Nachbarland zu absolvieren, möglichst zu reduzieren. Die Jugendlichen erhalten die Möglichkeit, im Rahmen der Ausbildung erste Kontakte zu Unternehmen im Nachbarland zu knüpfen. Während der praktische Teil der Ausbildung im Nachbarland im Betrieb stattfindet, wird der theoretische Teil der Ausbildung im Heimatland absolviert. Am Ende der Ausbildung steht ein Abschluss im Heimatland mit der Möglichkeit, beispielsweise in Deutschland über eine Externenprüfung oder Anerkennung den Ausbildungsabschluss zu erwerben.

Zusätzlich bedarf es einer intensiven Werbung für diese Möglichkeiten sowie einer Begleitung der Jugendlichen. Hierzu wurde das Projekt „Réussir sans frontière / Erfolg ohne Grenzen“ entwickelt, das im Rahmen des Interreg V A „Oberrhein“-Programms zu 50 % finanziell unterstützt wird und sich über das Elsass, Baden und die Südpfalz erstreckt.

Ziele des Projektes sind

- die Verbesserung des Zugangs zum grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt durch Förderung der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung,
- die Begleitung der Bewerberinnen und Bewerber vor dem Hintergrund des beruflichen Ziels des jeweiligen Kandidaten,
- der Zusammenschluss der französischen und deutschen Akteure der Beschäftigung und der Ausbildung und
- der Beitrag zur Transparenz beider Bildungssysteme.

Inhaltlich fußt das Projekt auf drei Säulen:

- Eine verbesserte und effiziente Kommunikation der grenzüberschreitenden Arbeitsmöglichkeiten;
- Eine individuelle Begleitung der Bewerberinnen und Bewerber vor, während und nach der Ausbildung;
- Unterstützung des Matchings „Unternehmen – Kandidat“ (Information über die unterschiedlichen Ausbildungssysteme, Verbesserung der Vergleichbarkeit der Abschlüsse, Anpassung der Kompetenzen etc.).

Das Interreg A-Projekt wird im Zeitraum vom 4. Januar 2016 bis 31. Dezember 2018 durchgeführt und ist mit insg. 4 Mio. Euro ausgestattet. Projektträger ist die Région Grand Est. 33 Partner (u. a. die HWK der Pfalz, die IHK für die Pfalz, die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz und die Arbeitsagentur Landau) beteiligen sich an dem Projekt, darunter acht als Ko-Finanzierer wie z. B. das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg sowie das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz. EFRE-Betrag: 2.000.000 Euro (50 %).

Weitere Informationen unter:

<https://www.erfolgohnegrenzen.eu/> und <https://reussirsansfrontiere.eu/>

INVAPROTECT: Nachhaltiger Pflanzenschutz gegen invasive Schaderreger im Obst- und Weinbau

Mehrere invasive Arten bedrohen die Pflanzungen, aber auch die natürliche Umwelt in den für den Oberrhein typischen Obst- und Weingärten. Im Rahmen der umfangreichen Studie des Projekts INVAPROTECT, die auch die Unterschiede zwischen den Anbaumethoden und dem Mikroklima dies- und jenseits des Rheins mit berücksichtigt, wird die Verbreitung dieser invasiven Arten untersucht. Ziel ist es, für die Obst- und Weinbauern umweltfreundliche Maßnahmen zum Pflanzenschutz zu entwickeln.

Projektpartner aus Rheinland-Pfalz ist u. a. das Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) Rheinpfalz in Neustadt a. d. Weinstraße.

GeoRhena

Ziel des Projektes war es, das bis dahin existierende Geo-Informationssystem am Oberrhein (GISOR) technisch hin zu einem Geoportal als öffentliches Web-Portal weiterzuentwickeln und mittels adäquater, harmonisierter und kompatibler Datengrundlagen die grenzüberschreitende Raubeobachtung am Oberrhein weiter zu verstetigen und dabei u. a. interaktive Karten als Werkzeug für die Arbeitsgruppen der Oberrheinkonferenz und weiterer institutioneller Partner bereitzustellen.

Projektträger war das Département du Haut-Rhin. Für Rheinland-Pfalz war die Abteilung Landesplanung als Ko-Finanzierer und die SGD Süd als Partner beteiligt. Mittlerweile ist die Folgefinanzierung für den Zeitraum 2018 - 2021 sichergestellt. GeoRhena steht weiterhin in engem Austausch mit dem GIS GR der Großregion.

Weitere Informationen unter:

<http://www.georhena.eu/de>

Wasserschutzpolizei

Durch eine assoziierte Partnerschaft im Rahmen eines durch Interreg V A geförderten Projektes kann die Abteilung Wasserschutzpolizei im Polizeipräsidium Einsatz, Logistik und Technik ein neues Sonarortungsgerät der Compagnie Fluviale am Oberrhein mitnutzen.

RARENET: Ein trinationales Netzwerk für die Lehre, die wissenschaftliche Untersuchung und die Behandlung von komplexen und seltenen Erkrankungen am Oberrhein

Die Zielsetzung dieses Projekts, das vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2018 unter Beteiligung der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz als Partner durchgeführt wird, besteht in einer optimalen Behandlung der Patienten mit seltenen Autoimmunkrankheiten und / oder Krankheiten im Zahn- und Mundbereich durch die Verbesserung der Ausbildung des Gesundheitspersonals und der Ansprechpartner, die den Behandlungs- und Lebensweg des Erkrankten begleiten sowie der Patienten selbst. Hierzu werden im Rahmen des Projekts RARENET diverse Ausbildungsmaßnahmen durchgeführt und Werkzeuge zur Ausbildung der verschiedenen Zielgruppen erstellt.

Weitere Informationen unter:

<http://www.rarenet.eu/de/>

TRIDIAG: Neue Diagnostik-Tools in der Transplantationsmedizin

Transplantationen sind heutzutage eine vorherrschende klinische Lösung zur Behandlung von beispielsweise Nierenversagen. Dabei ist die Abstoßungsreaktion des Empfängers gegen das Organ noch häufig und bleibt das Hauptproblem schlechthin in diesem Bereich. Ziel des Projektes TRIDIAG ist es, in der Zeit vom 1. September 2016 bis 31. August 2019 unter Beteiligung der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz als Partner, Diagnostik-Tools technologisch und klinisch zu überprüfen, die es ermöglichen, das Risiko von Komplikationen zu messen und damit die Belastung durch diese sehr ernsten Erkrankungen bei Menschen zu lindern.

NANOTRANSMED: Innovationen in der Nanomedizin: von der Diagnose zur Implantologie

Das NANOTRANSMED-Konsortium, dem auch die Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz als Partner angehört, verfolgt das Ziel, innovative Nanoobjekte wie Sonden für medizinische Bildgebung oder Beschichtungen von Implantaten zu entwickeln und zu verbessern, um sich besser auf die Herausforderungen der Patientenversorgung einzustellen. Diese umfassen erstens die Möglichkeit von Frühdiagnosen durch die Verbesserung der Targeting-Effizienz von Sonden für Bildgebung, zweitens die Durchführung einer individuellen Behandlung durch die Entwicklung von theranostischen Nanoobjekten, die wirksam Diagnose und Behandlung kombinieren können sowie drittens die Bekämpfung von Krankenhausinfektionen, die sehr oft mit invasiven Eingriffen verbunden sind, welche medizinische Produkte erfordern, die ihrerseits über robuste anti-adhäsive und intelligente Flächen verfügen müssen, um die mikrobielle Besiedlung zu vermeiden.

Weitere Informationen unter:

<http://nanotransmed.u-strasbg.fr/willkommen/>

Upper Rhine 4.0 – Industrie 4.0 für den südlichen Oberrhein

Die Hochschule Kaiserslautern beteiligt sich als strategischer Partner am Interreg-Projekt „Upper Rhine 4“. Das trinationale Projekt hat das Ziel, Unternehmen in der Region südlicher Oberrhein beim Digitalen Wandel zu vernetzen und zu unterstützen.

Die Region südlicher Oberrhein vom Elsass über Karlsruhe bis in den Aargau ist durch eine hohe Industrialisierung mit vielen erfolgreichen KMU geprägt. Damit die Region auch weiterhin wirtschaftlich attraktiv bleibt, muss sie sich den Herausforderungen der Digitalisierung stellen: Verändernde Arbeitsmarktbedingungen, neue Geschäftsmodelle oder Beschleunigung der Innovationen sind einige der Schwierigkeiten.

Oberste Zielsetzung des Projektes ist die Ausweitung der grenzüberschreitenden Entwicklungs- und Absatzmöglichkeiten für KMU am Oberrhein. Schwerpunkte bilden die drei Säulen Wissen, Unternehmen und Bildung.

5. Netzwerke

EURES-Transfrontalier Oberrhein

EURES-T Oberrhein ist ein deutsch-französisch-schweizerisches Kooperationsnetzwerk, das die Förderung der grenzüberschreitenden beruflichen Mobilität durch Vermittlung und Beratung von Grenzgängern zum Ziel hat. EURES-T versteht sich als Kompetenzzentrum für alle Fragen in diesem Kontext. Das Kooperationsnetzwerk richtet sich an Arbeitsuchende, Grenzgänger und Arbeitgeber.

Im Rahmen von EURES-T Oberrhein arbeiten arbeitsmarktrelevante Akteure wie z. B. öffentliche Arbeitsverwaltungen, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Gebietskörperschaften aus dem Elsass, Baden, der Nordwestschweiz und der Südpfalz zusammen. Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie ist Partner von EURES-T-Oberrhein und trägt durch seine Mitwirkung an Aktivitäten, die das Funktionieren der Partnerschaft selbst sichern, dazu bei, dass das Dienstleistungsangebot auch durch die beteiligten Gebietskörperschaften unterstützt und weiterentwickelt wird. Darüber hinaus bringt das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie dabei die Sichtweise des Landes Rheinland-Pfalz zu Fragen der grenzüberschreitenden Mobilität ein und trägt damit zu einer bedarfsgerechten Ausgestaltung der Dienstleistungen bei.

Weitere Informationen unter:

<https://www.eures-t-oberrhein.eu/>

Großregion

Der Gipfel ist das zentrale politische Organ der grenzübergreifenden und interregionalen Zusammenarbeit in der Großregion. Er gibt die notwendigen Anstöße zu deren Entwicklung, legt ihre allgemeinen politischen Orientierungen fest und ist somit zuständig für die strategische Lenkung der institutionellen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Seit 1995 werden regelmäßig Gipfeltreffen der Großregion auf höchster politischer Ebene veranstaltet. Diese sollen der grenzüberschreitenden und Interregionalen Zusammenarbeit in der Großregion neue Impulse geben. Jeder Gipfel fasst Beschlüsse, die gemeinsam umgesetzt werden.

1. Gipfeltreffen

Bereits im Januar 2015 hat die Wallonie in Zusammenarbeit mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und der Föderation Wallonie-Brüssel turnusgemäß die zweijährige Präsidentschaft des Gipfels der Großregion übernommen. Im Berichtszeitraum lag damit das zweite Jahr der wallonischen Präsidentschaft.

Gipfelpräsident war der wallonische Ministerpräsident Paul Magnette. Er wurde von dem Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Oliver Paasch, und dem Ministerpräsidenten der Föderation Wallonie-Brüssel, Rudy Demotte, unterstützt.

Das Arbeitsprogramm der wallonischen Gipfelpräsidentschaft widmete sich dem Leitmotiv „Innovation und Kreativität“.

Am 19. Dezember 2016 fand in Arlon ein Kaminesgespräch statt, bei dem wichtige Themen im Zusammenhang mit der Kooperation in der Großregion besprochen wurden. Der 15. Gipfel der Großregion in Arlon, Belgien, begann mit einer Gedenkminute für die Opfer des Anschlags auf den Berliner Weihnachtsmarkt. Im Anschluss daran präsentierte der Gipfelvorsitz die Ergebnisse seiner Präsidentschaft. So fiel in die belgische Gipfelpräsidentschaft auch die Eröffnung des neuen Hauses der Großregion in Luxemburg.

Mit dem Abschlussgipfel der wallonischen Präsidentschaft begann turnusgemäß die luxemburgische Präsidentschaft des 16. Gipfels der Großregion. Sie wird ebenfalls zwei Jahre dauern, bis Ende 2018.

Der 16. Gipfel der Großregion steht unter dem Motto „Bürgernähe“. Durch themenspezifische Tage der offenen Tür im Haus der Großregion haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, die verschiedenen Akteure sowie die vielfältigen Handlungsfelder der Zusammenarbeit in der Großregion kennenzulernen. Außerdem sollen Schüleraustausche innerhalb der Großregion sowie Lernplattformen für Jugendliche stärker ausgebaut werden. Themen des Arbeitsprogramms sind des Weiteren die Förderung der Mehrsprachigkeit, Sicherheitszusammenarbeit, Kulturkooperationen oder Sportveranstaltungen.

Am 4. Juli 2017 fand ein erstes informelles Treffen des Gipfels der Großregion unter luxemburgischer Präsidentschaft im luxemburgischen Schengen statt. Bei diesem Treffen ging es um aktuelle Themen der Zusammenarbeit in der Großregion. Unter anderem wurde ein neues Rechtsinstrument vorgestellt, das künftig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter verbessern soll. Weiterhin ging es bei dem Treffen eine mögliche Mitgliedschaft der Großregion in der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) sowie um vorliegende Beitrittsgesuche zur Großregion von zwei französischen Départements. Das Département Meuse wird danach ab dem 1. Januar 2018 Vollmitglied im Gipfel. Das Département Ardennen erhält einen Beobachterstatus.

Veranstaltungen der Gipfelpräsidentschaft 2016 und 2017

Am 22. April 2016 fand im wallonischen Marche-en-Famenne die Fachministerkonferenz Tourismus statt. Schwerpunktthema war der Fahrradtourismus. In diesem Rahmen unterzeichneten die anwesenden Vertreter eine Absichtserklärung zur Förderung und Stärkung eines gemeinsamen dynamischen Tourismus in der Großregion.

Am 25. Juli 2016 fand im Rahmen der Landwirtschaftsmesse in Libramont die Fachministerkonferenz Landwirtschaft statt. Bei dieser Gelegenheit wurde die Charta der Landwirtschaft in der Großregion von den politischen Verantwortlichen der Großregion unterzeichnet. Unter anderem verpflichteten sich damit die Partnerregionen, „solidarisch in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen die notwendigen Maßnahmen und Initiativen zu ergreifen, die für die nachhaltige Entwicklung der institutionellen Kooperation im Bereich der Landwirtschaft in der Großregion notwendig sind“. Die Arbeitsgruppe „Landwirtschaft und Forsten“ der Großregion wird diese institutionelle Kooperation unterstützen.

Der zweite Großregionale Bildungstag und zugleich die Fachministerkonferenz Bildung fand am 16. November 2016 in Eupen statt. Zum Thema „Die Herausforderungen an die Bildung im Europa des 21. Jahrhunderts“ kamen zahlreiche Akteure aus der Großregion zusammen.

Am 23. November 2016 fand in Luxemburg die mittlerweile fünfte Fachministerkonferenz Landesplanung der Großregion statt. Gemeinsam diskutierten die obersten Raum- und Landesplaner aktuelle Fragen im Rahmen der Erstellung des Raumentwicklungskonzepts für die Großregion. Weiteres Thema war die Gebietsreform in Frankreich.

Am 5. November 2017 trafen sich in Luxemburg politische Vertreter und Fachakteure zu einer Digitalisierungskonferenz. Zeitgleich fand parallel der dritte Schüleraustausch der Großregion „Digital Kids“ statt. Diese Veranstaltung führte rund 100 Schülerinnen und Schüler aus fünf Grundschulen zusammen und widmete sich ebenfalls den neuen digitalen Technologien. Der Austausch ermöglichte den Kindern, sich in die digitale Welt von morgen zu versetzen, indem sie die Handhabung eines 3D-Druckers, die Programmierung „intelligenter“ Textilien, die Erschaffung von Lichtgraffiti und die Produktion von Inhalten für soziale Netzwerke erlernen.

Am 14. Dezember 2017 fand in Remich eine großregionale Weibaukonferenz statt. Die Konferenz bot den Winzern der Großregion, die sich größtenteils den gleichen Herausforderungen stellen müssen, die Möglichkeit, sich mit anderen Fachleuten der Weinbaubranche zu vernetzen und Erfahrungen über die Entwicklung des Weinbaus in der Großregion auszutauschen. Es war das erste Mal, dass sich eine Veranstaltung an die Winzerschaft der gesamten Großregion richtete. Der Vormittag widmete sich den Themen rund um den grenzüberschreitenden Weintourismus. Am Nachmittag wurde der Einfluss des Klimawandels auf den Weinbau und die Gefahr durch invasive Arten thematisiert.

2. Arbeitsgruppen und Ausschüsse

Die Großregion verfügt über ein komplexes Geflecht von Gremien, Plattformen und Netzwerken, das sich im Zuge der wachsenden Zusammenarbeit gebildet hat. Neben der Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene haben sich zahlreiche weitere Kooperationsformen gebildet. Die thematischen Arbeitsgruppen des Gipfels bilden die Umsetzungsebene der Verwaltung.

Der Gipfel der Großregion unterstützt ausdrücklich die themenübergreifende Zusammenarbeit der Arbeitsgruppen.

Am 7. und 8. Dezember 2017 fand bereits zum dritten Mal auf Einladung der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz ein gemeinsames Arbeitstreffen der Leiterinnen und Leiter der Arbeitsgruppen des Gipfels der Großregion und der Oberrheinkonferenz statt. Tagungsort war der Campus Landau der Universität Koblenz-Landau. Übergeordnetes Ziel war, den Austausch zwischen den beiden Kooperationsräumen in der Großregion und am Oberrhein zu fördern, Erfahrungen zu teilen, Synergien zu nutzen und gemeinsame Initiativen – wo sinnvoll – auf den Weg zu bringen.

Das Treffen widmete sich inhaltlich der Nachhaltigen Entwicklung – aus umweltbezogener, sozialer und wirtschaftlicher Sicht. Interdisziplinäre Themen wie Innovation, grüne Technologien, Agrarökologie, Bildung, Klimawandel und Energiewende wurden in vier Workshops vertieft diskutiert und bearbeitet.

Arbeitsmarkt

Die im Zuge der rheinland-pfälzischen Gipfelpräsidentschaft 2013/2014 eingerichtete Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt“ trat im Berichtszeitraum sechs Mal zusammen und veranstaltete darüber hinaus gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion den Workshop „Europa am Scheideweg – was bedeutet das für den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt in der Großregion?“ am 20. Oktober 2016 in Kirkel.

Neben Vertreterinnen und Vertretern der Exekutiven der Teilregionen sind auch der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion, die Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle, EURES-Transfrontalier Großregion, die Task Force Grenzgänger sowie die öffentlichen Arbeitsverwaltungen in der Arbeitsgruppe vertreten, so dass eine bestmögliche Abstimmung zwischen den Akteuren des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes gewährleistet ist.

Die Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt“ stand im Berichtszeitraum weiterhin unter Vorsitz des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie und befasste sich mit der Koordinierung der Umsetzung der Rahmenvereinbarung über grenzüberschreitende Berufsbildung in der Großregion, der Umsetzung der EU-Jugendgarantie in der Großregion, der Analyse des Angebots an grenzüberschreitenden Job- und Ausbildungsmessen in der Großregion und tauschte sich über geplante grenzüberschreitende Aktivitäten der Teilregionen im Arbeitsmarktbereich, insbesondere arbeitsmarktpolitische Projekte, aus. Ein für die Öffentlichkeit besonders sichtbares Arbeitsergebnis der Arbeitsgruppe ist das grenzüberschreitende Berufsbildungsportal der Großregion.

Weitere Informationen unter:

<http://www.grossregion.net/Buerger/Berufsbildung/Grenzueberschreitende-Berufsbildung>

Es zeigt sich weiterhin, dass die Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt“ neue Impulse für die Zusammenarbeit im Bereich des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes setzen und eine Steuerungsfunktion im Hinblick auf die Zusammenarbeit in Arbeitsmarktfragen übernehmen kann.

Weitere Informationen unter:

<http://www.grossregion.net/Institutionen/Der-Gipfel-im-Detail/Die-Arbeitsgruppen/AG-Arbeitsmarkt>

Expertengruppe „Der Pflegearbeitsmarkt der Großregion“

Die Expertengruppe wurde 2016 auf Initiative des Gipfels der Großregion unter Leitung des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie eingesetzt. Die Mitglieder der Expertengruppen werden von Ministerien, nachgeordneten Behörden, Kliniken, Pflegeverbänden, Berufsverbänden, Kammern und Hochschulen gestellt. Die drei zentralen Handlungsfelder der Expertengruppe sind

- eine grenzüberschreitende Kooperation in der Pflegeausbildung,
- eine umfangreiche abgestimmte Ausbildungsplanung in den Teilräumen der Großregion und
- die Berufsanerkennung in der Pflege.

Das Mandat der Expertengruppe sieht die Identifizierung von Gestaltungsansätzen für eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Pflegearbeitsmarkt in der Großregion vor. Basis der Bestimmung von Gestaltungsansätzen ist die Studie „Der Pflegearbeitsmarkt in der Großregion – Berufe, Mobilität und Fachkräftesicherung“. Der zweite Ansatzpunkt ist die Realisierung der Gestaltungsansätze für eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Pflegearbeitsmarkt in der Großregion. In ausgesuchten Handlungsfeldern sollen Vorhaben konkretisiert und eventuell als Projekte realisiert werden. Vorhandene Arbeitsansätze, Projekte und Vorhaben sollen dabei berücksichtigt werden. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Gremien und Arbeitsgruppen ist eines der Aufgaben der Expertengruppe. Die Expertengruppe arbeitet dabei insbesondere mit folgenden Gremien und Arbeitsgruppen zusammen:

- Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt des Gipfels der Großregion;
- Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion;
- Arbeitsgruppe Gesundheit und des Gipfels der Großregion;
- Expertenausschuss Gesundheitsversorgung der Oberrheinkonferenz;
- Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik der Oberrheinkonferenz.

Es findet weiterhin ein entsprechender Erfahrungsaustausch über europäische Untersuchungen und Projekte aus den Bereichen Pflegeausbildung, Pflegearbeitsmarkt und Berufsankennung statt. Bereits existierende Untersuchungen und Projekte zum Themenbereich der Expertenkommission sollen ausgewertet und bei den Gestaltungsansätzen berücksichtigt werden. Insbesondere sollen auch die Arbeitsergebnisse der „Studie zum Fachkräftemangel im Gesundheitswesen am Oberrhein“ berücksichtigt werden.

Bildung und Erziehung

Begegnung von Schülerinnen und Schülern

Begegnungen von Schülerinnen und Schülern an den Partnerschulen werden vom Land Rheinland-Pfalz auf Antrag gefördert.

Gegenbesuche der ausländischen Partnerschulen in Rheinland-Pfalz werden zur Intensivierung der Zusammenarbeit im grenznahen Bereich gefördert.

Im Jahr 2016 konnten im bilateralen Austausch mit den Regionen Elsass, Lothringen, Luxemburg und Belgien 38 Begegnungen ins Ausland und 27 Gegenbesuche in Rheinland-Pfalz gefördert werden, davon profitierten insgesamt 1.339 Schülerinnen und Schüler. Im Jahr 2017 waren es hier 50 Begegnungen im Ausland und 31 Gegenbesuche in Rheinland-Pfalz, es profitierten insgesamt 1.693 Schülerinnen und Schüler.

Im Jahr 2016 wurden in der Großregion (Tagesfahrten) 28 Einzelmaßnahmen (26 in Frankreich, eine in Belgien, eine in Luxemburg) gefördert, davon profitierten 851 Schülerinnen und Schüler.

Im Jahr 2017 waren es hier 31 Einzelmaßnahmen (31 in Frankreich, eine in Belgien), es profitierten insgesamt 812 Schülerinnen und Schüler.

Weitere Informationen unter:

<https://add.rlp.de/de/themen/foerderungen/im-schulischen-bereich-oder-zuschuesse/schuelerbegegnungen/>

SCHUMAN-Austauschprogramm

Das SCHUMAN-Programm bietet Schülerinnen und Schülern der Klassenstufen 7 bis 10 die Möglichkeit, ihre Kenntnisse der Nachbarsprache zu vertiefen und einen guten Einblick in die Kultur und das Alltagsleben einer der Partnerregionen zu gewinnen. Die individuellen Aufenthalte in der Partnerregion fördern darüber hinaus eigenverantwortliches Handeln und Selbstvertrauen und vermitteln Schlüsselkompetenzen des interkulturellen Lernens.

Die Institutionen, die das SCHUMAN-Austausch-Programm im Herbst durchführen, sind die Académie Nancy-Metz, das Ministerium der französischsprachigen Gemeinschaft Belgiens, das Erziehungsministerium des Großherzogtums Luxemburg, das saarländische Ministerium für Bildung und Kultur und die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Rheinland-Pfalz. Diese Institutionen haben es sich zum Ziel gesetzt, für die in das Programm aufgenommenen Schülerinnen und Schüler Partner zu finden und den Schulbesuch in einer der Partnerregionen zu ermöglichen.

In das Programm können motivierte Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden, deren Sprachkenntnisse und Sozialverhalten ihnen die Teilnahme am Unterricht in der Partnerregion ermöglichen. Der Austausch findet in konsekutiver Form statt,

d. h. die Schülerinnen und Schüler halten sich jeweils zwei Wochen in der Gastfamilie und in der Gastschule auf.

Für die Klassenstufen 9 und 10 führten im Frühjahr das Programm durch:
im Schuljahr 2015/2016 insgesamt 17 Schülerinnen und Schüler,
im Schuljahr 2016/2017 insgesamt neun Schülerinnen und Schüler.

Für die Klassenstufen 7 und 8 führten im Herbst das Programm durch:
im Schuljahr 2015/2016 insgesamt 187 Schülerinnen und Schüler,
im Schuljahr 2016/2017 insgesamt 185 Schülerinnen und Schüler.

Im Jahr 2017 wurde für das kommende SCHUMAN-Programm der Austauschzeitraum auch im Frühjahr auf jeweils zwei Wochen beschränkt. Es konnten aktuell 37 Schülerinnen und Schüler verpartnert werden.

Weitere Informationen unter:

<https://add.rlp.de/de/themen/europa-und-internationale-beziehungen/europa-und-internationales-fuer-die-schule/schuman-programm/>

Lehrerfortbildung in der Großregion

Die Arbeitsgruppe „Bildung und Erziehung“ kooperiert durch ihre Unter-Arbeitsgruppe „Lehrerfortbildung in der Großregion“ im Bereich der Lehrerfortbildung, vertreten durch das Pädagogische Landesinstitut.

Netzwerk Grundschulen und 2. Großregionaler Schülertag

Das in 2015 gegründete Netzwerk Grundschulen hat in 2016 seine Arbeit aufgenommen. Für interessierte Schulen wurden durch die Koordination der EUREGIO Dokumente zur Unterstützung von Schülerbegegnungen an Dritortorten entwickelt.

Am 8. Juni 2016 fand in Trier das zweite Schülertreffen von Schülerinnen und Schülern in Begleitung ihrer Lehrerinnen und Lehrer zum Thema „Alte Pausenspiele“ statt. Das Treffen wurde von Ministerin Dr. Stefanie Hubig, dem Präsidenten der ADD, Thomas Linnertz sowie dem luxemburgischen Bildungsminister Claude Meisch und der Ministerin für die Großregion, Corinne Cahen sowie weiteren Vertreterinnen und Vertretern aus den Bildungsministerien und anderen politischen Institutionen begleitet.

Mehrsprachigkeit

Am 10. Mai 2016 fand im Schengen-Lyzeum in Perl ein Treffen von Fortbildnerinnen, Fortbildnern, von Beraterinnen und Beratern und weiteren Experten zum Thema „Mehrsprachigkeit – Sprachenförderung in der Großregion“ statt. Die pädagogischen Ansätze und Projekte aus den einzelnen Regionen und Teilregionen wurden vorgestellt und die weitere Zusammenarbeit geplant.

Diese Gruppe wurde in das Interreg V A-Projekt „SESAM'GR“ integriert und hat sich in 2017 zweimal getroffen. Das Interreg V A-Projekt „SESAM'GR“ begann im Jahre 2016 und ist ein grenzübergreifendes Bildungsprojekt im Bereich der Mehrsprachigkeit, der Berufsorientierung sowie der interkulturellen Bildung. Ziele sind die Weiterentwicklung der Schul- und Unterrichtsqualität, die Lehrerbildung (Aus- und Fortbildung) sowie die konkrete unterrichtliche Umsetzung.

Am 28. September 2016 fand in Eupen das „Symposium Mehrsprachigkeit“ statt. Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Pädagogische Landesinstitut, stellte das Konzept „Herkunftssprachenunterricht“ vor und leitete einen Workshop.

Am 4. Dezember 2017 fand in Esch-sur-Alzette eine Brainstorming-Sitzung mit Mitgliedern verschiedener Arbeitsgruppen der Großregion zur Mehrsprachigkeit statt, um einen Gipfelauftrag zu prüfen, der die Einrichtung einer Projektgemeinschaft Mehrsprachigkeit unter Einbezug der Arbeitsgruppen Bildung und Erziehung, Arbeitsmarkt, Hochschulwesen und Forschung, Gesundheit und Soziales und dem Verein Kulturraum Großregion prüfen soll (siehe: Gemeinsame Erklärung des 15. Gipfels der Großregion, Arlon 20. Dezember 2016).

Demokratiebildung

Am 16. November 2016 fand der 2. Großregionale Bildungstag in Eupen statt. Das Pädagogische Landesinstitut leitete in Kooperation mit dem Europazentrum Robert Schuman in Scy-Chazelles einen Workshop zum Thema „Kompetenzen für eine demokratische Kultur“, bei dem der neue Europäische Referenzrahmen „Kompetenzen für eine demokratische Kultur“ des Europarates vorgestellt wurde.

Mit dem Verein „Die Großregion unter dem Regenbogen e. V.“ wurde eine Kooperation begonnen und ein Fortbildungskonzept im Themenbereich „Kompetenzen für eine demokratische Kultur“ auf der Basis des gleichnamigen Europäischen Referenzrahmens ist in der Entwicklung.

Das Netzwerk setzt sich für die Interessen und die Sichtbarkeit von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transidenten und Intersexuellen in den Bildungseinrichtungen der beteiligten Länder ein, damit in den Bildungseinrichtungen der Großregion über sexuelle und geschlechtliche Identitäten informiert wird und Lehrerinnen und Lehrer Fortbildungsangebote erhalten. Darüber hinaus soll der Austausch von Jugendgruppen der verschiedenen Organisationen durch gegenseitige Besuche gefördert werden. Der Prozess der Jugendlichen zur Anerkennung ihrer eigenen Sexualität ist nicht immer einfach und kann durch die Akzeptanz des familiären, schulischen und gesellschaftlichen Umfeldes deutlich erleichtert werden. Schulen spielen hier eine sehr wichtige Rolle und benötigen selbst Unterstützung durch Information, Beratung und Begleitung.

Digitale Spiel-App „Tell your town“

Das Pädagogische Landesinstitut unterstützte das Projekt der Hochschule Trier „Tell your town“, das für eine rheinland-pfälzische und eine luxemburgische Schule eine Spiel-App zum kulturellen Lernen konzipierte.

Bildung für Nachhaltige Entwicklung

In den Jahren 2016 und 2017 wurden Fortbildungen zum Thema „Bienen in der Schule“ und „Färberpflanzen-Schulgarten“ erfolgreich durchgeführt sowie jeweils ein BNE-Forum.

Energie

Die Arbeitsgruppe „Energie“ hat die seit 2014 laufenden Vorarbeiten für grenzüberschreitende Projekte bis zur Antrags- und Bewilligungsreife fortgeführt. Der Interreg-Lenkungsausschuss hat dann am 27. Oktober 2016 drei zentrale Vorhaben genehmigt, die anschließend zur Jahreswende 2016/2017 planmäßig an den Start gegangen sind. Gegen Ende des Berichtszeitraums wurden erste Ergebnisse der verschiedenen Vorhaben in der Arbeitsgruppe und für die Öffentlichkeit vorgestellt. Weitere Öffentlichkeitsarbeit ist im weiteren Projektverlauf geplant bzw. in Vorbereitung.

Im Vorhaben GReNEFF wird der Aufbau und die Betreuung eines grenzüberschreitenden Netzwerks im Bereich Öko-Quartiere und sozialer Wohnungsbau mit hohen Energieeffizienz-Standards auf den Weg gebracht. Im weiteren Verlauf wird ein grenzüberschreitender Fonds für Pilotprojekte eingerichtet, der aus EFRE-Mitteln finanziert wird. Ziel von GReNEFF ist es, die Herausforderungen und Chancen im

Sinne einer umweltfreundlicheren Entwicklung im Bereich der Öko-Quartiere auszuloten. Ein Ergebnis wird die Erstellung eines grenzüberschreitenden Aktionsplans zur Energieeffizienz sein. Erreicht werden soll eine konsequente, durchdringende und nachhaltige Vernetzung aller beteiligter Strukturen (Projektträger, Verwaltungen, Experten).

Im Vorhaben „ENERGIEWABEN – Regionale Energieversorgung der Großregion“ befassen sich Energieversorger und wissenschaftliche Einrichtungen aus den Teilregionen mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zur optimalen Ausnutzung von fluktuierend einspeisenden erneuerbaren Energien; dazu wird das Konzept der „Regionalen Energiewaben“ entwickelt. Für jede Region wird die optimale Ausgestaltung der individuellen Regionalen Energiewabe sowie die Voraussetzungen für den erfolgreichen Aufbau eines Energiewabenverbunds erarbeitet. Als Projekt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei den Energiethemen hat es eine Schlüsselfunktion.

Im Vorhaben „PtH4GR2ID“ (Power to Heat für die Großregion) befassen sich Projektpartner aus allen Teilregionen mit der künftigen Organisation des Strom- und Energiemarktes in der Großregion. Ziel ist es, über innovative Steuerungskonzepte für reversible Wärmepumpen einen optimalen Betrieb der Wärmepumpe-Speicher Technologie zu identifizieren, um neben der Heiz- auch die Kühlperiode mit hoher Photovoltaik-Einspeisung zu berücksichtigen. Somit kann zu Zeiten hoher regenerativer Erzeugung Strom in thermischen Energiespeichern zwischengespeichert und der Anteil von regenerativen Energien am Gesamtenergieverbrauch gesteigert werden.

Außerdem wurden die Arbeiten an einer interaktiven Karte (<http://www.gis-gr.eu/portal/themen-und-karten/energie.html>) zu den Energieträgern in der Großregion fortgeführt. In Zusammenarbeit mit dem „KARE“ der Großregion und GIS-GR haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsgruppe „Energie“ dazu Daten zu den erneuerbaren Energien erhoben. Die Themenkarte wird in regelmäßigen Abständen in Abstimmung mit dem GIS-Portal fortgeschrieben.

Hochschulwesen und Forschung

Im Jahre 2017 wurde durch den Geschäftsführer der Säule Wissenschaft am Oberrhein, Herrn Daniel Schäfer, die Wissenschaftsoffensive am Oberrhein als Beispiel für einen Interregionalen grenzüberschreitenden Fonds vorgestellt. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe zeigten sich für weitere Ansätze und Instrumente in diesem Zusammenhang offen. Was den Namen eines solchen Instruments angeht, gibt es bereits die Bezeichnung GR3. Die Partner aus den Universitäten meldeten zurück, dass im Falle der Einrichtung eines Unterstützungsfonds für die Forschung in der Großregion dieser als Ergänzung zu den nationalen Instrumenten gesehen werden könnte. Die Gespräche dazu dauern an.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit im Jahre 2017 war die Vorbereitung für die Ausschreibung des Interregionalen Wissenschaftspreises 2018.

Hochschule

ZFH – Zentralstelle für Fernstudien an Fachhochschulen

Auf Anregung der Landesgruppe Rheinland-Pfalz und Saarland hat sich das Europäische Parlament 2016/2017 eingehend mit akademischer Weiterbildung und Fernstudium als Teil der europäischen Strategie für lebenslanges Lernen befasst und am 12. September 2017 dazu einen Initiativbericht verabschiedet. Die Umsetzung der darin enthaltenen Handlungsempfehlungen durch die EU-Kommission wird seither in Zusammenarbeit mit „eucen“ – European University Continuing Education Network“ weiter verfolgt und begleitet.

Weitere Informationen (über die Landesgruppe) unter:

<https://dgwf.net/landesgruppen/landesgruppe-rheinland-pfalz-saarland/ueber-die-landesgruppe/>

Weitere Informationen (über die ZFH) unter:

<https://www.zfh.de/>

Forschung

Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation (ZPID), Trier

Professionelle Informationskompetenzen, definiert als Fertigkeiten zur zielgerichteten Suche, Bewertung und Nutzung von Fachinformationen, stellen eine Schlüsselqualifikation für wissenschaftliches Arbeiten dar. Am ZPID wurde innerhalb des Forschungsprojekts „Blended learning von Informationskompetenz“ (BLInk) ein Training zur Förderung der Informationskompetenz von Psychologiestudierenden entwickelt und evaluiert.

Nach einem Test Ende 2015 wurde das „Training in psychologischer Literaturrecherche“ im Wintersemester 2016/2017 als Teil der Veranstaltung „Psychologie studieren“ – und damit erstmals als Pflichtveranstaltung für Psychologiestudierende im ersten Semester – angeboten. Das hier angebotene Training bestand neben der Bearbeitung der Online-Materialien aus einem längeren Präsenzseminar, dessen Inhalte und Ablauf mit kleinen Änderungen den beiden Präsenzseminaren der Langversion entsprachen. Zu Beginn des Wintersemesters 2016/2017 fanden an der Universität Luxemburg vier Präsenzseminare statt, an denen insgesamt 60 Studierende teilnahmen.

Weitere Informationen unter:

https://www.zpid.de/pub/research/2017_Leichner_Bericht_BLink-Lux2016_SIO.pdf

Kooperation mit dem Luxembourg Institute of Socio-Economic Research (LISER)

In 2017 wurden Kooperationsgespräche zwischen ZPID und LISER begonnen, die einen Austausch der beiden Institutionen im Bereich psychologischer, soziologischer und ökonomischer Datenerhebungen mittels Open Science Panel-Infrastrukturen und eine gegenseitige Nutzung der von den Partnern aufzubauenden Infrastrukturen vorsehen. Im Rahmen der anvisierten Kooperationsvereinbarung profitieren sowohl ZPID als auch LISER beim Aufbau ihrer jeweiligen Infrastrukturen in Deutschland und Luxemburg von der Expertise des neuen ZPID Direktors in diesem Bereich. Als Ergebnis sind sowohl gemeinsame Forschungsarbeiten als auch eine jährlich stattfindende wissenschaftliche Tagung bzw. Workshop zu den Themen Panelforschung und Big Data vorgesehen.

Weitere Informationen unter:

<https://www.liser.lu/>

Internationale Unternehmensförderung

Ziel der Arbeitsgruppe ist es, die Unternehmen in der Großregion stärker zu vernetzen und gemeinsame außenwirtschaftliche Aktivitäten auf Drittmärkten zu entwickeln und durchzuführen. Dazu zählen vor allem gemeinsame Wirtschaftsreisen, Messebeteiligungen und Kooperationsbörsen.

Darüber hinaus hat die Arbeitsgruppe im Berichtszeitraum die Vernetzung der Cluster in der Großregion weiter betrieben. Beispielhaft seien die Cluster in den Bereichen Automobil, Lebenswissenschaften, Nachhaltige Entwicklung, Transport und Logistik sowie Innovation genannt. Ziel der Bemühungen der Arbeitsgruppe ist es, einen Mehrwert für die Unternehmen in der Großregion zu erzielen und die Wahrnehmung der Großregion im Ausland zu stärken.

1,2,3 go

1,2,3 go ist ein Projekt zur Förderung von innovativen Existenzgründungen in der Großregion. Das Projekt begleitet Gründungsinteressierte bei der Erarbeitung eines tragfähigen Businessplanes durch hochqualifizierte Coaches aus Unternehmen der gesamten Großregion. Die besten Businesspläne werden jährlich in einem dreistufigen Wettbewerb mit Preisen ausgezeichnet.

Die Steuerung des Gesamtprojekts erfolgt durch eine Geschäftsstelle in Luxemburg. Diese arbeitet mit ausgewählten Partnern in den einzelnen Regionen zusammen. Die Regionalisierung ermöglicht es, die Wettbewerbsteilnehmerinnen und -teilnehmer gezielt und effizient zu betreuen.

Der Wettbewerb wird seit 2002 aus Landesmitteln gefördert. Als rheinland-pfälzische Relais sind inzwischen die Gründerzentren in Trier und Kaiserslautern eingebunden.

Der Wettbewerb bietet Gründungsinteressierten in der Großregion eine Begleitung, die deutlich über die sonstigen Möglichkeiten der Beratungsförderung des Landes hinausgeht. Aufgrund der intensiven Betreuung durch die Coaches erhalten die Gründer kostenlos ein qualifiziertes Feedback zum eigenen Geschäftskonzept.

Der große Vorteil des Coachings bei 1,2,3 go ist seine überregionale Dimension. Benötigt der Projektträger spezifische Kompetenzen, die vor Ort nicht verfügbar sind, dann setzen wir uns für ein überregionales Coaching ein. Das lokale 1,2,3 go-Netzwerk bemüht sich, einen Coach mit den erforderlichen Kompetenzen in einer ande-

ren Region zu finden und den Kontakt mit dem betreffenden Projektträger herzustellen.

Diese überregionale Verknüpfung vermittelt dem Gründungsinteressierten ebenfalls Zugang zu den Märkten der Großregion und erlaubt ihm, nützliche Kontakte für die zukünftige Entwicklung seines Unternehmens zu knüpfen

1,2,3 go hat sich zu einem Instrument entwickelt, das sowohl die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der Großregion fördert als auch wirkungsvoll Gründungen unterstützt. Durch seine Öffentlichkeitsarbeit für die kontinuierliche Unterstützung von innovativen Gründungsideen trägt der Wettbewerb zunehmend zu einem günstigen Gründerklima bei.

Jugend

Die Arbeitsgruppe „Jugend“ der Großregion stand im Jahr 2016 unter dem Vorsitz der Föderation Wallonien-Brüssel in Zusammenarbeit mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Am 20. April 2016 fand das Jugendforum Jeunesse der Großregion in Marche-en-Femme statt. Thema der eintägigen Veranstaltung war „Kreativität und Unternehmensgeist“. Ein Drittel der Teilnehmenden bestand aus Fachleuten aus der Verwaltung sowie Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft, ein Drittel aus Fachkräften der Jugendarbeit und Lehrkräften sowie ein Drittel aus Jugendlichen selbst. In drei Arbeitsgruppen wurden Fragen zu den Themen „Innovation und Kreativität“, „Jung und Unternehmer sein“ und „Instrumente zur Verwirklichung von Projekten“ bearbeitet. Insgesamt gelang der Austausch von Informationen, Best Practice-Beispielen sowie das Anknüpfen neuer grenzüberschreitender Kontakte.

Neben dieser Schwerpunktveranstaltung tagte die Arbeitsgruppe im Berichtsjahr 2016 zwei Mal. Zum einen wurde das Jugendforum nachbereitet und zum anderen beschäftigte man sich mit Fragen der Mobilitätshindernissen in der Großregion. Außerdem wurden die Ziele der Arbeitsgruppe erarbeitet. Ziel der zukünftigen Arbeit sollte dabei die Förderung und aktive Teilhabe von jungen Menschen an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Großregion sein. Auch soll das non-formale Lernen sowie die Entwicklung in den Bereichen Initiativegeist, Unternehmensgeist und Kreativität gefördert werden. Die Partner verpflichten sich zudem zur Bekämpfung von Rassismus, Intoleranz, jeglicher anderen Form der Diskriminierung sowie zur Förderung des interkulturellen Dialogs.

Zum Jahreswechsel 2017 ging der Vorsitz der Arbeitsgruppe im Rahmen der luxemburgischen Präsidentschaft an die Kollegen des Service National de la Jeunesse über. Thematischer Schwerpunkt der kommenden zwei Jahre wird die Mobilität Jugendlicher und der Europäische Freiwilligendienst in der Großregion sein. Durch die Arbeitsgruppe „Jugend“ wurde dazu ein Projekt im Rahmen des Strategischen Europäischen Freiwilligen Dienstes vorbereitet, an dem aus Rheinland-Pfalz das Haus der offenen Tür in Sinzig teilnehmen wird. Ziel ist die Förderung grenzüberschreitender Jugendaustausche. Das Projekt bzw. die erforderlichen binationalen Teilprojekte sind zwischenzeitlich genehmigt.

Daneben tagte die Arbeitsgruppe routinemäßig zwei Mal. Diese Sitzungen am 16. März 2017 und am 26. September 2017 wurden genutzt, um das Jugendforum im Jahr 2018 vorzubereiten und Informationen zu grenzüberschreitenden Veranstaltungen und (grenzüberschreitenden) Weiterbildungen für hauptamtliche Fachkräfte sowie in der Jugendarbeit tätige Ehrenamtliche auszutauschen. Daneben standen Informationen zum Projekt im Rahmen des Europäischen Freiwilligen Dienstes auf der Tagesordnung.

Katasterämter / Kartografie

Viele Aufgabenstellungen und Entscheidungen in Verwaltung und Wirtschaft besitzen einen Ortsbezug. Dieser wird durch Geobasisdaten im Rahmen der europäischen Geodateninfrastruktur durch die staatlichen Vermessungsverwaltungen der Länder in der Großregion bereitgestellt. Da derartige Geoinformationen in den letzten Jahren zunehmend auch länderübergreifend benötigt werden, arbeiten die staatlichen Vermessungsstellen in der Großregion intensiv zusammen und vertiefen ihr gemeinsames Engagement für die Großregion. So konnte im Dezember 2017 die bestehende Datenaustauschvereinbarung über den gegenseitigen und grenzüberschreitenden Austausch von geotopografischen Daten deutlich erweitert werden, so dass nun auch eine Weitergabe und Nachnutzung z. B. durch die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben ermöglicht wurde. Dies schafft große Mehrwerte und sorgt nun für eine adäquate und angemessene Datenausstattung in den Partnerregionen.

Wandkalender der Großregion

Die Vermessungsverwaltungen der Partnerregionen haben die langjährige Tradition zur Herstellung des „Wandkalenders der Großregion“ fortgesetzt. Am 18. November 2016 wurde der Wandkalender der Großregion 2017 vorgestellt, der unter dem Motto „Schlösser, Burgen und Gärten“ stand. Die Motive illustrieren die kulturelle Vielfalt und Schönheit der Großregion in beeindruckender Manier.

Im Rahmen der Vollversammlung des Interregionalen Parlamentarierrates konnten die Vermessungsbehörden am 1. Dezember 2017 die bereits 18. Ausgabe des begehrten Kalenders präsentieren. Der Wandkalender 2018 stellt sich dem Thema „Frieden und Gedenken“ und lädt dazu ein, die Großregion auf den Spuren der Geschichte zu entdecken und zu erleben und herausragende Gedenkstätten sowie Symbole der Versöhnung kennen zu lernen.

Übersichtskarte der Großregion

Die „Übersichtskarte der Großregion“ wird mittlerweile regelmäßig aktualisiert und neu aufgelegt. Die Ausgabe 2017 kann als gefaltete Karte bezogen oder im Internet als digitale Fassung heruntergeladen werden. Darüber hinaus steht die häufig genutzte Übersichtskarte im Geoportal des GIS-GR zur Verfügung und kann in beliebige anderweitige Informationssysteme über einen Geodatendienst eingebunden werden. Diese Medienvielfalt gestattet unterschiedlichste Nutzungen der Karte durch die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen sowie die Verwaltungen in der Großregion. Das Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz übernimmt hier die kartografische und geoinformationstechnische Bearbeitung.

Koordinierungsausschuss Räumliche Entwicklung

Der Koordinierungsausschuss „Räumliche Entwicklung“ (KARE) steht unter ständigem Vorsitz von Luxemburg (Abteilung Raumplanung) und setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der für Raumordnung und Landesplanung zuständigen Stellen der Teilregionen zusammen (Abteilung Landesplanung als Oberste Landesplanungsbehörde im Innenministerium, Obere Landesplanungsbehörde SGD Nord und die Planungsgemeinschaft Region Trier). Aufgabe ist die Koordinierung und Abstimmung in Fragen der grenzüberschreitenden Raumentwicklung. Wichtigstes und strategisch bedeutsames Projekt hier ist im Berichtszeitraum und darüber hinaus die Erarbeitung eines Raumentwicklungskonzeptes für die Großregion (REK-GR) und die fachliche Begleitung des Geo-Informationssystems für die Großregion (GIS-GR).

Darunter fällt auch die fachliche Begleitung des Metropolprozesses der Großregion (GPMR-Prozess).

Die bereits während des 11. Gipfels begonnene verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Raumordnung und Raumentwicklung zur Förderung einer integrierten, strukturierten und abgestimmten Raumentwicklungspolitik und die Arbeiten an einer Metropolstrategie der Großregion wurde auch in diesem Berichtszeitraum weiter vertieft und stellt den Schwerpunkt der Arbeiten in diesem Zeitraum dar.

Der KARE hat im Berichtszeitraum ca. zwölfmal getagt und am 23. November 2016 die fünfte Fachministerkonferenz „Landesplanung“ der Großregion abgehalten.

Im Rahmen der Fachministerkonferenz wurde neben einem allgemeinen Austausch über aktuelle raumwirksame Planungen, Projekte und Maßnahmen in den Teilregionen die Bilanz zum Zwischenstand der Aufstellung des Raumentwicklungskonzeptes vorgestellt und diskutiert sowie das weitere Vorgehen zur Erarbeitung des Raumentwicklungskonzeptes verabschiedet. Besonders gewürdigt wurden die Arbeiten des Geografischen Informationssystems der Großregion (GIS-GR), die einen wesentlichen Beitrag zur Erarbeitung des REK-GR leisten. Beschlossen wurde weiter, die 2011 verabschiedete „Empfehlung für die grenzüberschreitende Anhörung und Abstimmung in Planungsfragen“ zu aktualisieren und zu vereinfachen, um den Austausch und die grenzüberschreitende Abstimmung in Bezug auf Maßnahmen, Projekte und Planungen auf allen Ebenen im Sinne von mehr Kohärenz zu befördern.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeiten im Berichtszeitraum lag in der Vorbereitung eines Interreg-Antrages für die Kofinanzierung aus europäischen Fördermitteln des Interreg-Programms „Großregion“ für den Zeitraum 2018 bis 2021. Am 21. November 2017 hat der Lenkungsausschuss des Programms die Kofinanzierung für das Projekt abschließend bewilligt.

Weitere Arbeiten des KARE betrafen die Vorbereitung der Nachfolgefinanzierung des GIS-GR-Projektes für die Zeit nach 2018. Nach Auslaufen der aus Mitteln des Interreg A-Programms „Großregion“ kofinanzierten europäischen Anschubfinanzierung wird das GIS-GR in dem Zeitraum 2015 bis 2018 aktuell aus Eigenmitteln der Partner als dauerhafte Einrichtung des Gipfels grundfinanziert. Dies ist auch für die Zukunft beabsichtigt. Die im Rahmen des GIS-GR erstellten Datengrundlagen und Karten dienen als wesentliche Grundlage für das in Aufstellung befindliche Raumentwicklungskonzept der Großregion. Ein stetiger Austausch mit dem GIS-Projekt am Ober-

rhein, welches gleichfalls von Seiten der Landesplanung mitfinanziert wird, ist gegeben.

Weitere Informationen unter:

<http://www.grossregion.net/> und

<https://amenagement-territoire.public.lu/fr/grande-region-affaires-transfrontalieres/SDT-GR.html>.

Geografisches Informationssystem der Großregion

Das Geografische Informationssystem der Großregion (GIS-GR) steht unter der Fachaufsicht des KARE, der das Arbeitsprogramm und den zugehörigen Finanzplan genehmigt und den jährlichen Arbeitsbericht validiert. Die projektinterne Koordination des GIS-GR erfolgt durch einen Lenkungsausschuss, in dem alle Projektpartner vertreten sind.

Aufgabe des GIS-GR ist das Erstellen gemeinsamer und grenzüberschreitender großregionaler sozioökonomischer Datenangebote, die den Arbeitsgruppen des Gipfels sowie lokalen und regionalen Partnern für deren Arbeit in Form von Karten und dynamischen Webdiensten zugänglich gemacht werden. Inhaltliche Schwerpunkte bei der Erstellung derartiger Datenangebote liegen u. a. in den Bereichen Demografie, Umwelt, Verkehr, Arbeitsmarkt und Energie. Die im Rahmen des Projekts erstellten Datengrundlagen und Karten dienen auch als Grundlage für das REK-GR und die GPMR-Strategie.

Rheinland-Pfalz ist im Projekt GIS-GR im Berichtszeitraum durch das Ministerium des Innern und für Sport, Abteilung 7 (Landesplanung) – in 2016 zunächst noch im Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung ressortiert – und durch das Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz vertreten. Alle Projektpartner haben sich bereits 2013 zur gemeinschaftlichen Finanzierung des GIS-GR zunächst bis Ende 2018 verpflichtet.

Am 11. Juli 2016 wurde die Veröffentlichung stündlich aktueller Radioaktivitätsmesswerte in der Großregion in die Funktionalität des GIS-GR aufgenommen.

Im November 2016 erfolgte die Herausgabe einer Broschüre mit Anwendungsbeispielen des GIS-GR:

<https://www.sig-gr.eu/content/dam/sig/publications/broschuere-gisgr-200dpi-nov2016.pdf>.

Ebenfalls im November 2016 haben die für die Landesplanung zuständigen Ministerinnen und Minister und politischen Verantwortlichen in Namur anlässlich der Fachministerkonferenz „Landesplanung“ in der Großregion die bisherigen Erfolge des GIS-GR gewürdigt und sich für die Fortsetzung dieses Projekts eingesetzt. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Projekt GeoRhena der Oberrheinregion wurde befürwortet, und der Abschluss einer Anschlussvereinbarung zur Fortsetzung der Arbeiten des GIS-GR von 2019 bis 2023 wurde beauftragt. Fortan wurden die entsprechenden Arbeiten vorangetrieben, so dass die Folgevereinbarung über das GIS-GR von 2019 bis 2023 schließlich am 4. Dezember 2017 fertiggestellt und den Vereinbarungspartnern vorgelegt werden konnte.

In 2016 und 2017 hat sich das GIS-GR zudem am deutschen Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Raumbeobachtung Deutschland und angrenzende Regionen“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur beteiligt. Ziel war, auf Bundesebene ein grenzüberschreitendes Raumbeobachtungssystem unter Einbeziehung von Grenzregionen zu etablieren. Der erfolgreiche Projektabschluss im November 2017 wurde aus großregionaler Sicht in einem detaillierten Abschlussbericht dokumentiert:

<https://www.sig-gr.eu/content/dam/sig/publications/moro-raumbeobachtung-gr-eb-de-20180315web.pdf>.

Am 23. Mai 2017 erfolgte in Luxemburg die Freischaltung der neuen Benutzeroberfläche des GIS-GR; das Geografische Informationssystem der Großregion präsentiert sich seither im einheitlichen Duktus des Erscheinungsbilds der Großregion im Internet und zeichnet sich durch eine deutlich benutzerfreundlichere Bedienfunktionalität aus.

Weitere Informationen unter:

<https://www.sig-gr.eu/de.html> und <http://map.gis-gr.eu/>

Landwirtschaft und Forsten

Unter Präsidentschaft der Wallonie in Zusammenarbeit mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und der Föderation Wallonie-Brüssel wurde durch Gipfelbeschluss im November 2015 die Arbeitsgruppe „Landwirtschaft und Forsten“ eingerichtet. Sie beschäftigt sich mit grenzüberschreitenden Fragestellungen aus Land- und Forstwirtschaft sowie aus den mit ihr in Wertschöpfungsketten verbundenen Wirtschaftssektoren. Schwerpunkte der bisherigen Tätigkeit bildeten

- die Untersuchung und vergleichende Betrachtung der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in den Partnerregionen (u. a. Vergleich der ELER-Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum);
- ein Vergleich der Umsetzung der Richtlinie (2009/128/EG), die die Verwendung von Pflanzenschutzmittel im Einklang mit nachhaltiger Entwicklung reglementiert. Die Ergebnisse wurden als zweisprachige Information auf den Webseiten der Großregion und der Oberrheinkonferenz eingestellt;
- die Stärkung von Kommunikationswegen zwischen den zuständigen Behörden zur Entwicklung koordinierter Verfahrensweisen bei der Prävention und Bekämpfung von Tierseuchen, aktuell steht dabei die Afrikanische Schweinepest im Mittelpunkt. Es wurde eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Veterinärbehörden gebildet;
- die Erarbeitung der Charta der Landwirtschaft in der Großregion, in der sich die Partnerregionen in der Großregion verpflichten, in verschiedenen agrarpolitischen Handlungsfeldern verstärkt zusammenzuarbeiten.

Um das Bewusstsein für die Bedeutung der Landwirtschaft in der Großregion zu stärken, beteiligt sich die Arbeitsgruppe durch entsprechende Präsenz an jährlich stattfindenden Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung. Dies sind insbesondere die Internationalen Grünlandtage und die Landwirtschafts-, Forstwirtschafts- und Nahrungsmittelmesse in Libramont, auf der 2016 auch die Charta der Landwirtschaft in der Großregion von Vertretern aller Partnerregionen unterzeichnet wurde.

Die Arbeitsgruppe „Landwirtschaft und Forsten“ hat im Jahr 2016 den Prozess für eine gemeinsame „Charta für den Wald in der Großregion“ gestartet. Die Charta für den Wald soll 2018 von Vertreterinnen und Vertretern aller Regionen der Großregion unterzeichnet werden.

Fördern soll die Charta die Einrichtung einer dauerhaften Kooperationsdynamik in Bereich der Forstwirtschaft. Sie hat eine stärkere Zusammenarbeit in Form von Informationsaustausch, Beratung im Vorfeld von politischen Entscheidungen z. B. zur Umsetzung europäischer Richtlinien, Unterstützung Mehrwert schaffender Maßnahmen, Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsprojekten und Kooperationen mit anderen Arbeitsgruppen in der Großregion zum Ziel.

Sicherheit und Prävention

Die Arbeitsgruppe bietet einen Rahmen, um mit den Partnerorganisationen der Nachbarstaaten für Aufgabenfelder, in denen es einen Bedarf zur verstärkten Zusammenarbeit gibt, Ideen für neue oder intensivere Kooperationsformen zu entwickeln, bestehende Aktivitäten verschiedener Träger in ähnlichen Feldern zu bündeln, Handlungsempfehlungen zu erarbeiten und deren Umsetzung zu begleiten. Die Leitung der Arbeitsgruppe obliegt dem Saarland.

Unterarbeitsgruppe Kriminalprävention

Die Leitstelle „Kriminalprävention“ im Innenministerium und der Sachbereich Prävention des Polizeipräsidiums Trier sind ständige Mitglieder der Unterarbeitsgruppe. Sie identifiziert Themenfelder zur Interregionalen gesamtgesellschaftlichen und polizeilichen Kriminalprävention und leistet koordinierende Hilfestellung für die kriminalpräventive Arbeit.

In Zusammenarbeit mit den Polizeien der Großregion richtet die Gruppe regelmäßig Fachtagungen aus. Gemäß des Mottos „Voneinander lernen“ dienen sie der Erweiterung von Perspektiven, dem Austausch von Fachwissen sowie der Vertiefung der Kontakte. Am 25. Oktober 2017 stand die Tagung unter dem Thema „Auswirkungen des Flüchtlingszuzugs auf die polizeiliche Praxis“.

Unterarbeitsgruppe Polizeikooperation

Ziel der Unterarbeitsgruppe ist es, jungen Polizeikräften die Bedeutung und Anforderungen der polizeilichen Zusammenarbeit in der Großregion näher zu bringen und den Aufbau beruflicher Netzwerke anzuregen. Dem dient alljährlich ein dreitägiges Seminar „Grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit in der Großregion“, einschließlich eines vertiefenden Nachtreffens in einer der Partnerregionen. Die Wiederbegegnungen bieten die Gelegenheit, berufliche Erfahrungen auszutauschen und die persönlichen Kontakte zu bestärken. Die angespannte Personalsituation in ver-

schiedenen Organisationen erforderte es im Jahr 2017, das Programm zu verändern und auf zwei Tage zu verkürzen.

Unterarbeitsgruppe Verkehr

Die Unterarbeitsgruppe erstellt in Zusammenarbeit mit Système d'information géographique de la Grande Région (SIG GR) / Geografisches Informationssystem der Großregion (GIS-GR) ein Lagebild zur Verkehrssicherheit in der Großregion. Auf seiner Grundlage können gemeinsame Konzepte zur Erhöhung der Verkehrssicherheit entwickelt und Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen koordiniert werden.

Zur Diskussion von Beispielen institutionalisierter Zusammenarbeit, um neuen Herausforderungen zu begegnen, lud die Kommission 6 „Innere Sicherheit, Katastrophenschutz und Rettungsdienste“ des Interregionalen Parlamentarierrates zu ihrer Sitzung am 10. November 2017 in Dillingen / Saar auch Mitglieder der Arbeitsgruppe, Angehörige der Polizeiorganisationen in der Großregion und Vertreter des Gemeinsamen Zentrums für Polizei- und Zollzusammenarbeit in Luxemburg.

Statistische Ämter

Seit mehr als 40 Jahren sind die Statistischen Ämter der Großregion in einer Arbeitsgruppe tätig. In den Jahren 2016 und 2017 hat die Arbeitsgruppe ihr laufendes Informationsangebot weitergeführt und verbessert.

Eine umfassende Zusammenstellung ist in einem zweisprachigen Datenportal der Statistischen Ämter der Großregion hinterlegt. Es enthält eine Vielzahl vergleichbarer Daten aus den Teilgebieten der Großregion. Das Portal wird laufend aktualisiert und ist online zugänglich. Es bietet den Nutzerinnen und Nutzern die Möglichkeit, intuitiv Datenreihen individuell zu erstellen, sie zu visualisieren oder sie zu exportieren. Zudem kann ein Newsletter abonniert werden.

Weitere Informationen unter:

<http://www.grande-region.lu/portal/de/daten>

Die Arbeitsgruppe veröffentlicht Konjunkturindikatoren aus der Großregion. Auf 56 Seiten liefern beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Außenhandels- und Arbeitsmarktdaten Hinweise auf die wirtschaftliche Lage und Entwicklung in den Teilregionen. Die Konjunkturindikatoren werden zweisprachig dargeboten und vierteljährlich aktualisiert.

In der Reihe „Statistik aktuell“ werden themenbezogen statistische Ergebnisse prägnant vorgestellt und textlich erörtert. In loser Folge werden im Jahr bis zu vier Ausgaben erstellt, jeweils in einer französisch- und in einer deutschsprachigen Fassung.

Weitere Informationen unter:

<http://www.grande-region.lu/portal/de/publikationen>

Das Informationsangebot der Statistischen Ämter der Großregion umfasst darüber hinaus eine gedruckte Broschüre „Statistische Kurzinformationen“. Diese erscheint zweijährlich, zuletzt Ende 2016. Auf 50 Seiten sind weitgehend vergleichbare Daten in Tabellen und Grafiken zweisprachig dargestellt.

Eine Vielzahl von Akteuren und Arbeitsstrukturen tragen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die von ihnen verfolgten Initiativen sind zahlreich. Über Ländergrenzen hinweg vergleichbare Daten bieten für die Handlungsträger eine fundierte Entscheidungsbasis. Die Ergebnisse der amtlichen Statistik sind für alle bedeutsam, die etwas über Zustände und Entwicklungen in der Gesellschaft erfahren wollen. Die Vertreterinnen und Vertreter der amtlichen Statistik sind nach Kräften bemüht, den Zugang zu amtlichen Statistiken aus den Teilregionen zu erleichtern. Neben der Bereitstellung von Informationen für allgemeine Zwecke werden auch individuelle Anfragen nach Daten unterstützt.

Tourismus

Die Förderung des großregionalen Tourismus, der als „Lokomotive für die ökonomische Entwicklung innerhalb der Gebiete der Großregion sowie als Integrations- und Annäherungsfaktor für ihre Bürger“ (siehe Absichtserklärung zur Förderung und Stärkung eines gemeinsamen dynamischen Tourismus in der Großregion vom 22. April 2016) identifiziert wurde, ist ein Schwerpunkt der Arbeitsgruppe „Tourismus“.

Die Arbeitsgruppe ist Teil der Architektur der Großregion und hat die Aufgabe, für die Umsetzung der institutionellen grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit zu sorgen.

Vor diesem Hintergrund beteiligt sie sich an der Umsetzung des Interreg V A-Projekts „Digitales Tourismusmarketing für die Großregion“.

Den Vorsitz führt jeweils das Land der aktuellen Gipfelpräsidentschaft.

Aufbau eines digitalen transnationalen Marketingkonzepts für den Tourismus in der Großregion

Auch der Tourismus befindet sich im digitalen Wandel: Um zukunftsfähig aufgestellt zu sein, müssen die Tourismusorganisationen in der Großregion die Ansprache ihrer Kunden und den Umgang mit Informationen überdenken. Das Projekt „Digitales Tourismusmarketing für die Großregion“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, das bereits bestehende touristische Angebot in der Großregion digital weiterzuentwickeln.

Im Mai 2017 wurde das Projektbüro unter Federführung der Tourismus Zentrale Saarland (TZS) bezogen. Zunächst wurden Analyse-Daten der einzelnen Webseiten und digitalen Kommunikationskanäle der Partner gesammelt und ausgewertet, um sich so an eine gemeinsame Zielgruppe anzunähern: Woher kommen die Nutzer der Webseiten? Wie alt sind sie? Nach welchen touristischen Themen wird gesucht und welche werden auch tatsächlich gefunden? – waren die Leitfragen. Die daraus resultierenden Ergebnisse werden dazu dienen, maßgeschneiderte digitale Services zu schaffen, die die Nutzer entlang ihrer Reise durch die Großregion begleiten. Das können Reiseblogs, Fotos, Videos, Infografiken, Apps und vieles mehr sein.

Nach Projektende führen die Partner die Pflege der Anwendungen eigenständig fort.

Operative Projektpartner sind:

- TZS als Federführende Begünstigte;
- Comité Régional du Tourisme de Lorraine;
- Luxembourg for Tourism;
- Fédération touristique du Luxembourg belge;
- Fédération touristique de la Province de Liège;
- Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH;
- Tourismusagentur Ostbelgien;
- Wallonie Tourisme CGT;
- Meuse Tourisme.

Strategische Partner sind:

- Moselle Attractivité;
- Meurthe et Moselle Tourisme.

Im Rahmen der Förderung über das Programm Interreg V A „Großregion“ ist außerdem insbesondere das folgende touristische Projekt hervorzuheben:

Barrierefreiheit ohne Grenzen

Das Projekt hat zum Ziel, eine gemeinsame Strategie für den barrierefreien Naturtourismus im Deutsch-Luxemburgischen Naturpark zu entwickeln. Barrierefreiheit und Naturtourismus sollen so verbunden werden, dass der Naturpark für alle erlebbar gemacht wird. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine touristische Zukunftsaufgabe.

Geplant sind barrierefreie Wanderwege, an die wichtige Sehenswürdigkeiten der Grenzregion anschließen. Die Wanderrouten sind – mit breiten Wegen und ausreichend Sitzmöglichkeiten – auch für Familien mit Kinderwagen geeignet. Auch eine neue grenzübergreifende Rad- und Wanderbrücke Wintersdorf-Rosport zur Verbesserung der Erreichbarkeit der Wander- und Radwege mit Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr soll entstehen. Ein barrierefreies Informations- und Servicecenter soll in Rosport als Best-Practice für Tourist-Informationen ausgebaut werden. Darüber hinaus ist geplant, die „Points of Interest“ (POI) des Natur- und Kulturerbes im Naturpark barrierefrei zu erschließen. Hierdurch sollen neue Zielgruppen gewonnen und ein Komfort für alle Gäste und die Bevölkerung in der Grenzregion erreicht werden.

Der Deutsch-Luxemburgische Naturpark umfasst Teile der Eifel beiderseits von Sauer und Our. Er wurde 1964 durch einen Staatsvertrag zwischen Luxemburg und Rheinland-Pfalz gegründet und ist der erste grenzüberschreitende Naturpark in Westeuropa.

Projektpartner sind:

- Zweckverband Naturpark Südeifel als Federführender Begünstigter;
- Zweckverband Internationales Sport-Kultur- und Freizeitzentrum (ISKFZ) Ralingen-Rosport;

- Regionaler Tourismusverband - Region Müllerthal-Kleine Luxemburger Schweiz;
- Regionaler Tourismusverband Luxemburger Ardennen.

Umwelt

Die Arbeitsgruppe steht unter rheinland-pfälzischem Vorsitz und behandelt umweltrelevante Themen mit grenzüberschreitendem Charakter und Mehrwert für die Großregion. Sie hat zudem die Funktion eines Koordinations- und Lenkungsgremiums der Unterarbeitsgruppen. Seit November 2017 besteht eine Kooperation der Arbeitsgruppe mit der Charta-Hochschulkonferenz.

Im Berichtszeitraum wurde u. a. die Erarbeitung eines Leitfadens zur grenzüberschreitenden Beteiligung bei umweltrelevanten Vorhaben für die Großregion beschlossen. Die Erarbeitung erfolgt in Anlehnung an den zwischenzeitlich für den Oberrhein neu erstellten Leitfaden.

Die Unterarbeitsgruppe „Natura 2000 und Biodiversität“ beschäftigte sich mit der Weiterentwicklung des Natura 2000-Netzwerkes, Fragen der länderübergreifenden Biodiversität, Wildnis und Neobiota. Auch wurde das Biodiversitätsportal der Großregion (<http://www.bio-gr.eu/>) gepflegt, das der interessierten Öffentlichkeit Zugang zum Thema bietet.

Im Juli 2016 wurde im Rahmen einer Pressekonferenz eine neue Internet-Plattform zu Radioaktivitätswerten von etwa 3.000 Messstationen vorgestellt (<https://www.sig-gr.eu/de/cartes-thematiques/environnement/radioactivite.html>). Die neue Plattform fasst die Messdaten zur Radioaktivität, die von den Behörden in der Großregion erhoben werden, zusammen und macht sie mehrsprachig für die Öffentlichkeit zugänglich.

Nach dem Vorbild der Internet-Plattform zu Radioaktivitätswerten soll auch ein „Luftmessnetz in der Großregion“ / Portal zur Vernetzung von Luftmessdaten entwickelt werden.

Ein weiterer Punkt über den sich innerhalb der Arbeitsgruppe intensiv ausgetauscht wird, umfasst den Themenkomplex „Abfallkreislaufwirtschaft / Stoffstrommanagement / Ressourcenschutz“. Bisher behandelt wurden die Themen Klärschlammverwertung / Phosphorrückgewinnung, basierend auf der Novellierung der Klär-

schlammverwertung in Deutschland und Planungen zum Stoffstrommanagement „Entsorgung und Verwertung von Abfällen“ in der Région Grand Est.

BNE-Netzwerk

Eine Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) soll weltweit ermöglichen, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene Kompetenzen entwickeln, um zu verantwortlichen (Welt-)Bürgerinnen und Bürgern zu werden, die aktiv im Sinne künftiger Generationen zur Lösung globaler Probleme beitragen.

Das Netzwerk „Bildungspartner BNE in der Großregion“ ist ein informeller Zusammenschluss von Akteurinnen und Akteuren der Bildung für Nachhaltige Entwicklung in der Großregion.

Außerschulische Lernorte, Dachverbände, (Fortbildungs-) Bildungsinstitute und staatliche Vertretungen der Teilregionen treten grenzüberschreitend in einen Dialog. Aktuell beteiligen sich mehr als 90 Bildungspartner BNE am Dialog.

Im Netzwerk werden angeboten bzw. durchgeführt:

- Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der BNE;
- Weiterentwicklung von Methoden und öffentlichen Projekten an außerschulischen Lernorten;
- Jährliche, themenspezifische Netzwerktreffen;
- Aufbau und Durchführung gemeinsamer Projekte und Arbeitsgruppen.

Angebote für alle Altersgruppen gibt es z. B. zu den Themen:

- Biodiversität;
- Wasser, Energie und Klima;
- Globales Lernen und Entwicklungspolitik;
- Gartenbau und Landwirtschaft;
- Ernährung, Konsum und Gesundheit;

- Archäologie, Geschichte und Handwerk;
- Natur, Wissenschaft und Technik;
- Mobilität.

Eine Webseite und ein Flyer informieren über die Arbeit und Angebote des Netzwerkes: www.bne-grossregion.net.

Im Jahr 2016/2017 wurden beispielsweise folgende Veranstaltungen und Fortbildungen angeboten durchgeführt bzw. Bildungsmaterialien publiziert:

Netzwerktreffen

2016 fand das 7. Forum Bildungspartner BNE in der Großregion in Kooperation mit der BENELUX-Conference statt.

2017 fand das 8. Forum Bildungspartner BNE in der Großregion bei eduPôle Walferdange / Centre SNJ Hollenfels Luxembourg statt.

Bauernhofpädagogik

Über 80 Lehrkräfte und Landwirte aus allen Teilregionen erleben 2017 in drei Fortbildungen und einer Höfetour, wie sich Bauernhofpädagogik praktisch umsetzen lässt.

Die ersten Zertifikate wurden beim großregionalen Netzwerktreffen auf Schloss Hollenfels in Luxemburg übergeben.

Ein Leitfaden „Bauernhofpädagogik in der Großregion“ mit Beiträgen zu Strukturen, Netzwerken und Projekten aus den Teilregionen wurde 2016 herausgegeben.

Bienenpädagogik

Nachdem die Landeszentrale für Umweltaufklärung in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Landesinstitut und den Imkerverbänden in Rheinland-Pfalz seit einigen Jahren Schulimkereien (inzwischen über 150) bezuschusst und Lehrerinnen und Lehrer sowie Imkerinnen und Imker fortbildet, um Bildung für nachhaltige Entwicklung mit Bienen an Schulen und Kitas weiter zu etablieren, fand 2016 die dritte Tagung im Rahmen von „Aktion Bien – Bienen machen Schule“, in Zusammenarbeit mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und dem Verein Querweltein sowie der Staatskanzlei RLP zum Thema in der Großregion statt. Veranstaltungsort

war Burg Reuland in Belgien. Im Jahr 2017 fand die Veranstaltung in Kooperation mit dem „Centre SNJ Hollenfels Luxemburg“ in Hollenfels in Luxemburg zweisprachig statt (2014: Teufelsschlucht; 2015: Schöneberg-Kübelberg; 2016: Burg Reuland, Belgien; 2017: Hollenfels, Luxemburg). Es nahmen je etwa 120 Lehrkräfte und Imkerinnen und Imker teil.

Schulgartenpädagogik

2017 fand ein Praxisworkshop „Färberpflanzen“ im Chateau Hollenfels statt. Die Fortbildungen richteten sich an Lehrkräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der Großregion, die die Entdeckung und Verwendung von Pflanzen mit Schwerpunkt Farben und Fasern im Kontext von fachübergreifenden Bildungsangeboten umsetzen möchten.

Schülerfirmen

2016 fand eine Fortbildung „Gründung und Begleitung einer nachhaltigen Schülerfirma im Seminarfach – Nachhaltigkeit“ im regionalen Kompetenzzentrum Neunkirchen-Homburg, Alex-Deutsch-Schule, statt.

Zur Einbindung des Netzwerks Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) in das Geoportal der Großregion (GIS-GR) wurden Karten zu den pädagogischen Bauernhöfen, den Bildungsorten mit Bienen und den großregionalen Bildungspartnern der BNE erstellt.

Verein Kulturraum

Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens setzte ihren Schwerpunkt während des belgischen Vorsitzes im Verein Kulturraum Großregion auf die Mobilität der Künstlerinnen und Künstler in der Großregion und führte dazu vom 27. bis 29. April 2016 eine Konferenz unter dem Titel „Mobilität der Kultur- und Kreativschaffenden“ in Mons durch. An den drei Konferenztagen hatten rund 80 Künstlerinnen und Künstler, Vertreterinnen und Vertreter von Kunstagenturen, Kulturinstitutionen (die mit internationalen Künstlern arbeiten) und der Kulturnetzwerke ihre Fragen und ihre Erfahrungen mit Fachexperten ausgetauscht und konkrete Hilfestellung erfahren. Schwerpunkte waren u. a. Rechtsstatus, Sozialversicherung und Steuern. Im Anschluss an die Konferenz wurden die Ergebnisse in der Arbeitsgruppe „Bestandsaufnahme zur Mobilität der Künstler und Kulturschaffenden“ im Rahmen der Methode der offenen Koordinierung der Europäischen Kommission präsentiert.

Eine Machbarkeitsstudie zu den Möglichkeiten der Gründung einer Berufsakademie für Popmusiker in der Großregion (iPOP), die vom rheinland-pfälzischen Kulturministerium finanziert wurde, hat die Einrichtung einer kreativwirtschaftlich ausgerichteten Popakademie unter dem Aspekt eines Standortfaktors für die gesamte Großregion untersucht. Ausgeführt hat diese Studie Michael Kernbach, der seinen Bericht im Rahmen des Runden Tisches zum Thema „Akademie für Popmusiker in der Großregion“ am 29. September 2016 in Trier vorstellte. Dabei unterstrich er zunächst den Bedarf einer solchen Einrichtung sowohl aus Sicht der Marktteilnehmer, als auch aus Sicht der Großregion als Standort. In diesem Kontext sprach Kernbach vor allem die fortschreitende Digitalisierung und die damit einhergehenden Veränderungen der Vermarktungsstrukturen von Popmusik an (Transfer of value). Hieraus ergebe sich für die Musiker ein Bedarf an betriebs- und marktwirtschaftlichem Know-how, um sich selbstständig auf dem Musikmarkt behaupten zu können. Bezüglich der Großregion betont Kernbach den kreativwirtschaftlichen Standortfaktor eines solchen dezentralen Fortbildungsnetzwerks, welches die Attraktivität und Sichtbarkeit der Grenzregion stärken könnte. Als Beispiel für eine positive Standortentwicklung im Kontext der Popmusik führt er die Stadt Mannheim an, in der bereits eine Popakademie gegründet wurde.

Schwerpunkt der Arbeit der Mitglieder des Vereins war im Jahre 2017 die Zusammenarbeit mit der Beauftragten für die Erstellung einer Studie zur grenzüberschreitenden Kulturkooperation in der Großregion zur zukünftigen Arbeit des Vereins Kulturräum Großregion. Die Studie soll primär eine qualitative Bilanz der transnationalen Kulturkooperationsprojekte in der Großregion in den letzten zehn Jahren erstellen und eine Klärung herbeiführen, welche Kooperationsvorhaben (auf Basis von objektiven Kriterien) erfolgreich waren. Zunächst wurden Erfolgskriterien für die Kulturzusammenarbeit in transnationalen Kooperationsräumen entwickelt und verschiedene Referenzräume und -praktiken diesbezüglich herangezogen (z. B. Nordic Cooperation in Culture). Zur Projektanalyse wurde eine Liste von transnationalen Kooperationsvorhaben erstellt, die in den letzten zehn Jahren in der Großregion umgesetzt wurden bzw. in Vorbereitung sind. Die Studie soll auf Basis der Erfolgskriterien diese zehn Kulturkooperationsprojekte analysieren und die Resultate der Einzelprojekte sollen sowohl bilateral als auch in Workshops mit den Regionalkoordinatoren diskutiert werden. Abgeleitet aus allen Analysen soll der Bericht dann zentrale Eckpunkte der künftigen transnationalen Kulturkooperation innerhalb der Großregion und mehrere Zukunftsszenarien für die Weiterentwicklung des Vereins entwerfen.

Gleichzeitig einigten sich die Regionalkoordinatoren auf eine gemeinsame Umgestaltung des plurio-Kulturportals, insbesondere die „governance“-Struktur des Portals muss mittelfristig neu überdacht werden. Dazu gab es mehrere Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Agence luxembourgeoise d'action culturelle asbl (ALAC), die als gemeinsames Sekretariat für die Regionalpartner tätig ist.

Ziel des Portals ist, die Zusammenarbeit der professionellen Kulturakteure zu stärken und den kulturellen Reichtum der Großregion einem breiten Publikum zu erschließen. Es besteht Einvernehmen zwischen den Partnern, dass diese Entscheidung im Einklang mit den Schlussfolgerungen aus der Studie zur kulturellen Zusammenarbeit in der Großregion stehen soll.

Verkehr

Neben den bestehenden Verbindungen, die im Rahmen des Rheinland-Pfalz-Takt 2015 in den letzten Jahren umgesetzt wurden, wurden im vergangenen Jahr die Vorbereitungen getroffen, um insbesondere für Pendlerinnen und Pendler im Bereich des grenzüberschreitenden Schienenpersonennahverkehrs ab 2019 über die Oststrecke und ab 2021 über die Weststrecken Trier zusätzliche Verbindungen in der Relation Wittlich – Trier – Igel – Luxemburg Stadt / Hbf. – Dommeldange anbieten zu können.

ÖPNV-Konzept Nord

Gerade in den grenznahen Regionen zu Luxemburg besteht in Rheinland-Pfalz ein hohes Pendlerverkehrsaufkommen, wobei das Bedürfnis nach Flexibilität, Individualität und die relativ geringen Reisezeiten von Tür zu Tür einen Großteil der Pendlerinnen und Pendler zum Individualverkehr verleiten. Auf der „Pendlerstrecke“ Luxemburg – Rheinland-Pfalz liegt dieser Anteil bei ca. 10 %. Es galt, den Anteil der Nutzung des Öffentlichen Personenverkehrs durch geeignete Maßnahmen nachhaltig zu erhöhen und die Reisezeiten, Informationsdefizite, Tarifbarrieren etc. nach Möglichkeit zu minimieren.

Neben den ersten Schritten der grenzüberschreitenden Angebotsverbesserung im Schienenpersonennahverkehr, die mit dem Rheinland-Pfalz-Takt 2015 erreicht wurden, ist für das Jahr 2019/2021 eine weitere Verbesserung im grenzüberschreitenden Pendlerverkehr für die Verbindung Wittlich – Trier – Igel – Luxemburg Stadt / Hbf. – Dommeldange geschaffen worden. Damit einher geht auch eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Grundsatzvereinbarung zwischen dem Großher-

zogtum Luxemburg, dem Land Rheinland-Pfalz und dem Aufgabenträger des Schienenpersonenverkehrs dem Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz-Nord.

Erste Schritte zur Verbesserung des flächendeckenden Angebots wurden mit der Neukonzeption des Linienbusverkehrs durch das ÖPNV-Konzept Nord geschaffen. Hierbei wurden u. a. auch die grenzüberschreitenden Verkehre ins Großherzogtum berücksichtigt. Bei der Erstellung des ÖPNV-Konzepts lag der Fokus insbesondere darauf, dass eine flächendeckende Anbindung in einem Taktverkehr stattfindet. Die wesentlichen Bedienstandards sind gekennzeichnet durch eine angebotsorientierte Fahrplangestaltung mit einer Bedienung an allen Wochentagen und kurze Reisezeiten durch direkte Linienführungen. Gleichzeitig erfolgt eine systematische Verknüpfung Schiene / Bus und Bus / Bus mit Anschlusssicherung an den Verkehrsknotenpunkten. Damit soll sichergestellt werden, dass künftig jede Gemeinde eine unmittelbare Anbindung an den ÖPNV mit einem höheren Bedienungsangebot haben wird. Für den grenzüberschreitenden Verkehr gibt es insbesondere für die Verbindungen von Bitburg nach Luxemburg, Trier – Echternach, Westeifel – Clervaux und Westeifel – St. Vith Verbesserungen.

Schifffahrt

Das Land Rheinland-Pfalz, das Saarland und das Großherzogtum Luxemburg haben sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Ausstattung von allen zehn deutschen Moselschleusen mit einer zusätzlichen Schleusenkammer in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030 aufgenommen wurde. Alle drei Partner setzen sich beim Bundesverkehrsministerium dafür ein, dass für die Moselschleusen in den kommenden Jahren die erforderlichen Finanzmittel und personellen Ressourcen bereitgestellt werden, damit der weitere Ausbau der Moselschleusen zügig weiterverfolgt wird.

3. Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion

Die Großregion ist die europaweit einzige Grenzregion, die einen grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Sozialausschuss besitzt.

Der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion (WSAGR) ist im sozio-ökonomischen Bereich das beratende Organ des Gipfels der Großregion und das institutionelle Forum für die Vertretung der Sozialpartner (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite). Themenspezifisch werden weitere Sachverständige in die Beratungen einbezogen.

Der WSAGR wendet sich in Form von Stellungnahmen oder Beschlüssen an die Exekutiven der Großregion, z. B. zu Themen wie dem Abbau administrativer Hemmnisse, Verkehrs- und Transportwesen, Clustering, Beschäftigung und Zweisprachigkeit.

Der Präsident des WSAGR wird für die Dauer einer Gipfelpräsidentschaft gewählt und kommt aus der Region, die dem Gipfel jeweils vorsitzt. Analog zur Gipfelpräsidentschaft stand der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion im Berichtszeitraum bis Ende 2016 unter belgischem Vorsitz und ab Januar 2017 unter luxemburgischem Vorsitz.

Arbeitsgruppe „Beschäftigung und Ausbildung“

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie vertritt das Land Rheinland-Pfalz in der Arbeitsgruppe „Beschäftigung und Ausbildung“ und stellt somit eine enge inhaltliche Abstimmung des WSAGR mit der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt“ des Gipfels der Großregion sicher, in der das Ministerium den Vorsitz führt. Zu den Aufgaben der WSAGR-Arbeitsgruppe gehören insbesondere die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung der arbeitsmarktrelevanten Akteure in der Großregion sowie die Begleitung der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle und der Task Force Grenzgänger. Darüber hinaus begleitet die Arbeitsgruppe die Erarbeitung des Berichts zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Großregion und befasst sich intensiv mit Fragen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Beschäftigungsbedingungen in der Großregion, der Jugendarbeitsmarktpolitik und der grenzüberschreitenden Berufsbildung.

Arbeitsgruppe „Gesundheitspolitik“

Das MSAGD vertritt das Land Rheinland-Pfalz in der Arbeitsgruppe „Der Gesundheitssektor in der Großregion“.

Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich derzeit mit den Themen

- Implementierung einer Interregionalen Gesundheitsbeobachtungsstelle;
- Grenzüberschreitende Krankenhauskooperationen allgemein;
- Grenzüberschreitende Krankenhauskooperation St. Josef (St. Vith / Belgien) – St. Joseph (Prüm / Rheinland-Pfalz).

Im deutsch-belgischen Grenzraum besteht ein Bedarf an der Inanspruchnahme stationärer Leistungen im jeweiligen Nachbarland: Am St. Joseph-Krankenhaus Prüm werden akutgeriatrische Behandlungskapazitäten vorgehalten, während die bisher dort betriebene Geburtshilfe zwischenzeitlich geschlossen wurde. Am Hôpital St. Josef in St. Vith gibt es eine Geburtshilfe, hingegen keine klinische Geriatrie. Es besteht ein wechselseitiges Interesse an der Inanspruchnahme der jeweiligen Kapazitäten, die nur am anderen Krankenhaus vorgehalten werden.

Derzeit gibt es Hemmnisse, die es zu überwinden gilt:

- Das Erfordernis einer Vorabgenehmigung zur Behandlung im Ausland, wenngleich es mit Hilfe der Abwicklung über das Krankenhaus zu einer Minimierung des mit dieser Genehmigung verbundenen Aufwands kommen würde;
- Abrechnungsprobleme.

Es kann von folgenden drei Ebenen der Zusammenarbeit ausgegangen werden, die die grenzüberschreitenden Gesundheitspolitiken zu beachten haben:

- Zwischenstaatliche (Rahmen-)Abkommen;
- Regelung von Abrechnungsfragen (ZOAST);
- Bilaterale Vereinbarungen auf Ebene der Dienstleister (im vorliegenden Falle Kooperationsvereinbarung zwischen den Krankenhäusern St. Vith und Prüm).

Weitere Schritte / Handlungsbedarf:

- Abschluss eines Rahmenabkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Bundesrepublik Deutschland (Auswärtiges Amt) oder eines Staatsvertrags (Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens – Staatskanzlei Rheinland-Pfalz);
- Einrichtung einer grenzüberschreitenden Gesundheitszone (ZOAST – Zone Organisée d'accès aux Soins Transfrontalier). Hierzu führt das MSAGD bereits moderierende Gespräche mit den Krankenkassenverbänden und Krankenhäusern.

4. Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle

Die Aufgabe der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA) ist es, die Arbeitsmarktdaten der Großregion zusammenzuführen und die Daten vergleichbar und interpretierbar aufzubereiten. Aus diesem Datenbestand können dann struktur- und arbeitsmarktpolitische Schlussfolgerungen für die Großregion abgeleitet werden.

Die Arbeitsmarktbeobachtung und Berichterstattung der IBA wurde im Berichtszeitraum kontinuierlich weitergeführt. So hat die IBA für den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion den Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion vorgelegt und dem Gipfel der Großregion den Bericht zur Arbeitsmarktsituation in der Großregion präsentiert. Ergänzend werden regelmäßig Informationen zu den Grenzgängerzahlen und zur Grenzgängermobilität erarbeitet. Im Berichtszeitraum befasste sich die IBA schwerpunktmäßig mit der Digitalisierung der Arbeitswelt in der Großregion.

Die IBA beantwortet auch regelmäßig Anfragen von Arbeitsmarkt-Akteuren und arbeitet inhaltlich z. B. der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt“ zu. Sie präsentiert sich inhaltlich und öffentlichkeitswirksam auf vielen Veranstaltungen und ist auch an deren Vorbereitung beteiligt. Somit erfüllt die IBA eine wichtige Vernetzungs-Funktion und gewährleistet in den Regionen einen guten Informationsfluss.

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie ist im ständigen Lenkungsausschuss der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle vertreten und kofinanziert ihre Arbeit aus Arbeitsmarktmitteln. Im Jahr 2016 hatte die Wallonie den Vorsitz im Lenkungsausschuss inne. Dieser ging 2017 auf Luxemburg über.

Weitere Informationen unter:

<https://www.iba-oie.eu/Home.50.0.html>

5. Interreg V A „Großregion“

Das Programm fördert grenzüberschreitende Kooperationen zwischen lokalen und regionalen Akteuren im Gebiet der Großregion. Mittels dieser verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit soll der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt des großregionalen Raums gestärkt und eine Verringerung der grenzbedingten Hemmnisse erzielt werden. Nach der Genehmigung des Kooperationsprogramms 2014 bis 2020 durch die Europäische Kommission am 15. Dezember 2015 war das Jahr 2016 das erste Jahr der operationellen Umsetzung des Programms Interreg V A „Großregion“ (139,8 Mio. Euro EFRE-Mittel). Der Begleit- und der Lenkungsausschuss, die beiden Hauptentscheidungsgremien des Programms, wurden in 2016 konstituiert, und die Verwaltungs- und Betreuungsinstanzen des Programms wurden benannt.

Im Jahr 2016 wurden zwei Projektauftrufe eingeleitet. Der Lenkungsausschuss genehmigte in seinen Sitzungen am 13. Juli und 27. Oktober 2016 von den 41 zulässigen Projekten 36. Am 21. November 2017 haben die Mitglieder des Lenkungsausschusses weitere 15 Projekte genehmigt.

Gefördert werden können sowohl kleinräumige Kooperationen in einzelnen Teilgebieten als auch großangelegte Projekte auf der Ebene der gesamten Großregion. Die Strategie des Programms ist schwerpunktmäßig auf die Bereiche Beschäftigung, räumliche Entwicklung und Wirtschaft ausgerichtet, wobei die Förderung der Beschäftigung auf dem großregionalen Arbeitsmarkt an oberster Stelle der Prioritäten steht.

Weitere Informationen unter:

<http://www.interreg-gr.eu/de/homepage-3>

Nachfolgend werden beispielhaft Interreg V A-Projekte vorgestellt, die von der Landesregierung finanziell unterstützt werden:

Sesam'GR – Schlüssel für die Zukunft der Jugendlichen in der Großregion: Sprachen, Interkulturalität, Berufswahlvorbereitung und Berufsorientierung

Ziel des Projektes SESAM'GR ist es, Jugendlichen von klein auf Schlüsselkompetenzen zu vermitteln, die es ermöglichen, in einer attraktiven und wettbewerbsfähigen grenzüberschreitenden Großregion zu leben, sich zu entfalten und zu arbeiten. Um dies zu erreichen, werden die Partner aus Lothringen, dem Saarland, Luxemburg,

Rheinland-Pfalz und Belgien die unterschiedlichsten Maßnahmen entwickeln und sie der gesamten Bildungsgemeinschaft zur Verfügung stellen. Es handelt sich u. a. um begleitende und stärkende Maßnahmen der mehrsprachigen Ausbildungsverläufe vom Kindergarten bis in die weiterführenden Schulen, Projekte, die die interkulturellen Kompetenzen der Jugendlichen weiterentwickeln zur Förderung einer gemeinsamen Bürgerschaft und schließlich Aktionen, die die zukünftigen Erwerbstätigen auf die beruflichen Perspektiven in der Großregion vorbereiten.

Projektpartner Rheinland-Pfalz ist u. a. das Ministerium für Bildung.

Emisûre – Entwicklung von Strategien zur Reduzierung des Mikroschadstoffeintrags in Gewässer im deutsch-luxemburgischen Grenzgebiet

In den Abläufen kommunaler Kläranlagen werden vermehrt Mikroschadstoffe (z. B. Arzneimittel, Diagnostika, Pestizide) nachgewiesen. Aus Gründen des vorbeugenden Gewässerschutzes wird europaweit die Aufrüstung kommunaler Kläranlagen mit Verfahren wie der Ozonung oder der Aktivkohleadsorption diskutiert, wobei derzeit jedes Land seine eigene „Mikroschadstoff-Strategie“ entwickelt. Diese Verfahren erhöhen jedoch den Energie- bzw. Ressourcenverbrauch der Kläranlagen deutlich. Bei der Auswahl von geeigneten Maßnahmen spielen daher neben der Wirksamkeit insbesondere die damit verbundenen Kosten und Umweltbelastungen eine wesentliche Rolle. Diese Zusammenhänge sind von besonderer Bedeutung für kleinere bis mittlere Kläranlagen, wie sie häufig in der Großregion zum Einsatz kommen. Dies erfordert die Entwicklung innovativer Strategien für die Implementierung und den Betrieb der vierten Reinigungsstufen auf überregionaler Ebene.

Übergeordnetes Ziel des Projektes ist es, grenzüberschreitende Strategien zum Umgang mit Mikroschadstoffen in der Abwasserentsorgung zu entwickeln. Die Strategien sollen auf Basis des Flusseinzugsgebiets der „Sauer“ als grenzüberschreitendes Gewässer der Länder Deutschland und Luxemburg entwickelt werden. Dabei werden innovative Reinigungsverfahren mit Bodenfiltern, die hinsichtlich Reinigungsleistung, Kosten und Personaleinsatz für die Anwendung auch auf kleineren Kläranlagen geeignet sind, in Versuchen erprobt. In Szenarien wird der Einsatz dieser Anlagen dem Einsatz von Aktivkohle oder Ozon zur Reduzierung von Mikroschadstoffen aus dem Abwasser gegenübergestellt. Bei der Auswahl von geeigneten Maßnahmen spielen neben der Wirksamkeit insbesondere die damit verbundenen Kosten und Umweltbelastungen eine wesentliche Rolle. Zudem sollen

Strategien für einen immissionsbasierten und ressourcenorientierten Betrieb der Technologien entwickelt werden, um den Gewässerschutz zu maximieren und den Energie- und Materialeinsatz sowie die monetäre Belastung zu minimieren. Hier bieten grenzüberschreitende Lösungen erhebliche Vorteile.

Projektpartner ist u. a. das Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten Rheinland-Pfalz.

„Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung (FagA) / Centre d'aide à la mobilité transfrontalière (CAMT)“

Im Berichtszeitraum hat das Saarland unter Einbindung unterschiedlicher deutscher und französischer strategischer Partner die Ausweitung seines bestehenden Projektes einer Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung im Rahmen des über fünf Jahre laufenden Interreg-Projektes auf eine Kooperation mit Lothringen vorbereitet. Vor dem Hintergrund der in der Großregion bestehenden Rahmenvereinbarung zur Förderung der grenzüberschreitenden Berufsbildung hat die Landesregierung die Ausweitung der Gebietskulisse auch auf Rheinland-Pfalz begrüßt und sich bereit erklärt, das Projekt mit zu finanzieren.

Das Projekt „Fachstelle für grenzüberschreitende Ausbildung – FagA / CAMT“ hat zum Ziel, bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine höhere Bereitschaft zu praktischen beruflichen Erfahrungen im Nachbarland zu erreichen. Durch die Organisation von Praktika und Ausbildungsabschnitten im Nachbarland soll die Beschäftigungsfähigkeit der jungen Menschen auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt gestärkt werden, um bei den Fachkräften von morgen die Bereitschaft zur Mobilität zu fördern. Zielgruppe sind auf deutscher Seite Auszubildende und Fachoberschüler (Saarland und Westpfalz). Auf lothringischer Seite richtet sich das Projekt an Berufsfachschülerinnen und -schüler (Niveau Bac Professionnel) sowie Studentinnen und Studenten (Niveau BTS). Das Projekt FagA beinhaltet eine interkulturelle Sensibilisierung, über interkulturelle Vorbereitungsseminare werden junge Menschen auf bereits organisierte Praktika vorbereitet und dazu motiviert, Praktika im Rahmen der jeweiligen Ausbildung zu absolvieren.

Der Realisierungszeitraum des Projekts erstreckt sich vom 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2021. Projektpartner sind Verbundausbildung Untere Saar e. V. (VAUS), GIP Formation tout au long de la vie, Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlandes und Eurodistrict SaarMoselle. Kofinanzierende Partner sind das Ministerium für

Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes und das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz (MWVLW).

Zwölf Strategische Partner, darunter IHK Pfalz, HWK Pfalz, Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland und das MWVLW, unterstützten die Umsetzung des Projekts. Das Projektgebiet erstreckt sich über das Saarland, Westpfalz und das geografische Gebiet der ehemaligen Region Lothringen.

Maßnahmen mit rheinland-pfälzischer Beteiligung

Im Berichtszeitraum absolvierten drei lothringische Jugendliche Praktika in westpfälzischen Unternehmen (Schließmeyer GmbH in Zweibrücken und Profine in Pirmasens). Bei der Suche nach westpfälzischen Praktikumsbetrieben wurde mit dem Partner IHK für die Pfalz zusammengearbeitet. Auch mit der Agentur für Arbeit und der EURES-T-Beraterin findet ein regelmäßiger Austausch statt. Das Projekt ist auf der Berufsinformationsbörse Pirmasens mit einem Stand vertreten und besucht auch weitere Ausbildungsmessen der Westpfalz, um Unternehmen zu kontaktieren und über das Projekt FagA zu informieren. Zur Information westpfälzischer Auszubildender wurden 14 Informationsveranstaltungen in Berufsbildungszentren der Westpfalz durchgeführt. Hieran nahmen insgesamt 246 Auszubildende teil. Die Infoveranstaltungen werden teilweise gemeinsam mit der Mobilitätsberaterin der HWK der Pfalz durchgeführt. Derzeit werden für drei Auszubildende der Westpfalz Mobilitäten in Lothringen organisiert.

Weitere Informationen unter:

https://www.pfalz.ihk24.de/blob/luihk24/servicemarken/Presse-_und_Oeffentlichkeitsarbeit/Wirtschaftsmagazin_Pfalz/downloads/3966714/97b78450ea0949e36fb59737f3d5609e/Wirtschaftsmagazin-Pfalz--Januar-Februar_2018-data.pdf

Raumentwicklungskonzept der Großregion

Im Berichtszeitraum lag die Vorbereitung und Bewilligung (21. November 2017) des vom Interreg A-Programm „Großregion“ kofinanzierten Projektes „Raumentwicklungskonzept der Großregion“, kurz REK-GR.

Im Rahmen dieses Projektes soll ein Raumentwicklungskonzept, also eine Strategie zur territorialen Entwicklung, speziell für das Gebiet der Großregion erarbeitet werden. Ziel ist die Steigerung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Großre-

gion. Um dies flächendeckend und langfristig zu erreichen, soll dieses grenzüberschreitend erarbeitete und wirkende Raumentwicklungskonzept in den regionalen Landesentwicklungs- und Raumordnungsplänen der einzelnen Mitgliedsländer der Großregion Berücksichtigung finden. Die Arbeiten am Deutsch-Luxemburgischen bilateralen Entwicklungskonzept „Oberes Moseltal“ (EOM) fließen hier ein (siehe unter Bilaterale Kooperationen).

Unter der Federführung vom Ministerium für Nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur – Abteilung Raumentwicklung – in Luxemburg haben sich 20 Projektpartner aus dem Gebiet der Großregion sowie vier außerhalb des Gebietes für dieses Projekt zusammengefunden. Davon verfügen neun Partner über ein Budget. Das Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz gehört zu diesen vollwertigen Partnern. Aus Rheinland-Pfalz sind außerdem die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Nord, die Planungsgemeinschaft Region Trier und die Stadt Kaiserslautern als strategische Partner vertreten.

Weitere Informationen unter:

<https://amenagement-territoire.public.lu/fr/grande-region-affaires-transfrontalieres/SDT-GR.html>

Task Force Grenzgänger 2.0

Die Task Force Grenzgänger 2.0 erarbeitet juristische und administrative Lösungsvorschläge für Probleme grundsätzlicher Art von Grenzgängerinnen und Grenzgängern, grenzüberschreitend Studierenden, Auszubildenden, Praktikanten und Personen in Weiterbildungsmaßnahmen sowie Unternehmen, die Grenzgängerinnen und Grenzgänger beschäftigen. Die erarbeiteten Lösungsvorschläge leitet die TFG 2.0 weiter an die jeweiligen politischen Entscheidungsträger auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene, um deren Umsetzung zu erreichen. Ziel der Task Force Grenzgänger 2.0 ist es, die bestehenden Grenzgänger-Hemmnisse zu beseitigen und die Arbeitsmarktmobilität in der Großregion zu verbessern. Sie stellt also keine weitere Beratungseinrichtung für Grenzgänger dar, sondern arbeitet vor allem als sog. „Back Office“. Zusätzlich nimmt die TFG 2.0 auch an zahlreichen Veranstaltungen in allen Teilregionen der Großregion teil, bei denen sie zum einen ihre Arbeitsergebnisse vorstellt und zum anderen neue Grenzgänger-Hemmnisse sammelt. Dabei wird sie von ihren operativen Partnern – in Rheinland-Pfalz ist dies die Stadt Trier – tatkräftig unterstützt.

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz ist strategischer Partner der Task Force und kofinanziert ihre Arbeit aus Arbeitsmarktmitteln. Als aktives Mitglied des Begleitausschusses ist es auch mit zuständig für die Erarbeitung der Strategie und die Begleitung der Arbeitsthemen.

Weitere Informationen unter:

<https://www.tf-grenzgaenger.eu/>

GREATER GREEN – Meta-Cluster Umwelttechnik der Großregion

Der 12. Gipfel der Großregion hat die Bildung eines „Umwelt Clusters“ in der Großregion empfohlen. Das Interreg-Projekt GREATER GREEN ist die Umsetzung dieses politischen Auftrags.

In der Großregion gibt es 15 Clusterorganisationen mit Tätigkeitsschwerpunkt im Umwelttechnikbereich, die zusammengenommen über 2.000 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen des öffentlichen Sektors vernetzen. Umwelttechnik-Unternehmen schaffen in allen Teilregionen der Großregion in bedeutendem Umfang Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze.

Durch die gezielte grenzüberschreitende Vernetzung dieser Clusterorganisationen ergeben sich Chancen für die Umwelttechnikbranche in der Großregion insgesamt, insbesondere auf den Gebieten des Wissens- und Best-Practice-Transfers und der weiteren Internationalisierung der Branche im Hinblick auf die gemeinsame Erschließung neuer Absatzmärkte.

Das Interreg V A-Projekt wurde im Jahr 2016 von einer Kernarbeitsgruppe, bestehend aus der Hochschule Trier / Umwelt-Campus Birkenfeld, der wallonische Außenhandelsagentur AWEX, der französischen Région Grand Est, der luxemburgischen Innovationsagentur Luxinnovation sowie der Hochschule für Wirtschaft und Arbeit des Saarlandes entwickelt. Projektstart war der 1. Oktober 2016. Das Projekt umfasst fünf operative und 14 strategische Projektpartner, davon elf Clusterorganisationen aus dem Bereich Umwelttechnik. Das Projekt wird zudem von den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland sowie der Wallonischen Region finanziell gefördert.

Durch GREATER GREEN soll die Wachstumsbranche Umwelttechnik in der Großregion besser vernetzt und international stärker sichtbar werden.

Erste erfolgreiche Schritte wurden im Jahr 2017 umgesetzt: die Entwicklung der Webseite (<https://www.greenergreen.eu/>) der Corporate Identity sowie der mehrsprachige Messeauftritt mit Messestand, Roll-Ups, Informationsmaterialien und Give Aways. Auf Messen wie der LetzBiz Circular in Luxemburg, der achten Internationalen Kreislaufwirtschaftskonferenz in Birkenfeld, dem vierten LIESA-Kongress in Saarbrücken, dem Erneuerbare Energien-Fachtag an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes htwsaar oder durch die Teilnahme an der EU-GreenWeek der Europäischen Kommission sowie dem World Efficiency Forum in Paris haben in 2017 mehr als 600 Expertinnen und Experten aus Forschungseinrichtungen, Umwelttechnikunternehmen und Ministerien über die Großregion hinaus (Schweiz, Niederlande, Baden-Württemberg) von GREATER GREEN erfahren.

Daneben wurden sogenannte Business-to-Business Treffen für die in den Mitgliedsclustern von GREATER GREEN organisierten Mitgliedsclustern durchgeführt. Des Weiteren wurden erste Kooperationsprojekte in den Bereichen Kunststoffrecycling, nachhaltiges Wassermanagement, ökologisches Bauen (gemeinsam mit dem Interreg-Projekt GreNEFF), Energieeffizienz in Schulen (gemeinsam mit dem Städtenetzwerk QuattroPole), Smart Buildings sowie Kunststoffrecycling initiiert.

Regiowood II

Die zunehmende Zahl der nicht bekannten Kahlschläge in der Großregion (Frankreich – Belgien – Luxemburg) und in einzelnen Fällen auch im Privatwald Norden von Rheinland Pfalz führt zu Problemen, insbesondere bei der Walderhaltung und der Wiederaufforstung.

Die Forschungen der Universität Trier in Kooperation mit Landesforsten Rheinland-Pfalz zur zeitnahen Identifikation von Kahlschlägen mittels Satellitendaten wurden im Interreg V A-Projekt Regiowood II weiterentwickelt und verfeinert.

Die ersten Feldversuche im Forstamt Bitburg brachten deutlich bessere Ergebnisse als erwartet. In einigen Bereichen wird noch eine feinere Erhebung angestrebt.

Zur Bereitstellung dieser Fernerkundungsinformationen für Privatwaldbesitzende und -betreuende wird geprüft, ob eine spezifische Anwendung für Rheinland-Pfalz entwickelt werden soll. Da zunehmend fertige Programme auf dem Markt verfügbar sind, erfolgt eine Prüfung der Brauchbarkeit derselben und potenzielle Integration in bestehende Standards.

„APPS Approche Patient Partenaire de soins“ (Patient-als-Partner-Ansatz in der Gesundheitsversorgung) für die Großregion

Im Mittelpunkt des am 1. Januar 2017 startenden dreijährigen Interreg V A-Projekts APPS unter Beteiligung der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz als Partner steht die Mitwirkung der Patientinnen und Patienten an ihrer Gesundheitsversorgung. Die beiden hauptsächlichen Ziele sind erstens die Analyse der Möglichkeiten für Patienten, sich in der Großregion an ihrer Gesundheitsversorgung zu beteiligen und zweitens, Strategien zur Umsetzung der Prinzipien von APPS zu entwickeln, indem der Patient in der medizinischen Versorgung genau wie die Fachkräfte als vollwertiges Mitglied, also als Partner im Team, betrachtet wird. Das Erfahrungswissen der Patientinnen und Patienten (das sich aus ihren konkret erlebten gesundheitlichen und psychosozialen Problemen heraus entwickelt) tritt ergänzend zum wissenschaftlichen Wissen des medizinischen Personals hinzu.

Weitere Informationen unter:

<https://www.uni-trier.de/index.php?id=62037>

MobiPro.GR

Mit einer Projektlaufzeit vom 1. Oktober 2016 bis 31. September 2019 wurde das Interreg V A-Projekt MobiPro.GR: Mobilität durch grenzüberschreitende Projekte in der Großregion zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und zur Erleichterung des Zugangs zum grenzübergreifenden Arbeitsmarkt mit einem Fördervolumen (60 % der förderfähigen Ausgaben als EFRE-Anteil) von insgesamt 562.200 Euro bewilligt (davon 103.680 Euro für die Hochschule Kaiserslautern).

Das Projekt wird koordiniert durch das Conservatoire national des arts et métiers en Grand Est (CNAM) und zusammen mit den weiteren Projektpartnern Hochschule Kaiserslautern, Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes und dem Institut Supérieur Européen de l'Entreprise et de ses Techniques (ISEETECH) bearbeitet.

Ziel ist die Erhöhung der Studierendenmobilität in der Großregion. Dies erfolgt insbesondere durch Praktika und Studienprojekte im Bereich der angewandten Wissenschaften und innovativen Technologien unter Stützung auf ein dichtes und strukturiertes grenzübergreifendes Netzwerk von klein- und mittelständischen Unternehmen.

Das Projekt reagiert durch die Vernetzung von Hochschulbildung und Unternehmen auf die Erfordernisse einer Beschäftigungsfähigkeit auf dem grenzübergreifenden Arbeitsmarkt, „die häufig durch unterschiedliche Bildungs- und Ausbildungssysteme, unterschiedliche Sprachen oder die Nicht-Anerkennung von Abschlüssen und beruflichen Fähigkeiten erschwert wird.“

Weitere Informationen unter:

<https://www.mobipro-gr.eu/>

6. Netzwerke

Zusammenarbeit der Polizei

Gemeinsames Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit in Luxemburg

Knotenpunkt der operativen Zusammenarbeit ist seit 2008 das belgisch-deutsch-französisch-luxemburgische Gemeinsame Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit in Luxemburg. Neben der Bundespolizei sind hier die Polizei des Landes Rheinland-Pfalz und die Polizei des Saarlandes vertreten. Das Zentrum ermöglicht es, polizeilich relevante Informationen äußerst schnell und effektiv auszutauschen, um die grenzüberschreitende Kooperation bei der Abwehr von Gefahren für die Öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie bei der Strafverfolgung zu erleichtern, und es unterstützt bei der Koordination von Einsätzen.

Grenz- und behördenüberschreitende Verkehrskontrollen

Die unter dem Mondorfer Abkommen eingerichtete Arbeitsgruppe „Grenzüberschreitende Bekämpfung der Umweltkriminalität / GrenzAG II“ verknüpft die Anstrengungen gegen grenzüberschreitende Abfalltransportkriminalität. Dazu unterhält sie einen strukturierten Informationsaustausch, fördert die fachliche Weiterbildung in diesem Themenfeld und führte am 11. Mai 2016 eine gemeinsame Großkontrolle von Abfall- und Gütertransportfahrzeugen auf Straßen im deutsch-französischen und deutsch-luxemburgischen Grenzraum sowie von Schiffen auf den Schifffahrtsstraßen Rhein und Mosel durch. In der Arbeitsgruppe wirken Zoll-, Finanz-, Umwelt- und Polizeibehörden der drei grenznahen Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland sowie der drei grenznahen französischen Départements, die luxemburgische Zolldirektion und die Police de la Route sowie die Police des autoroutes der belgischen Police Fédérale mit. Auf rheinland-pfälzischer Seite koordiniert das Landeskriminalamt die Mitwirkung der unterschiedlichen Behörden. Die Gesamteinsatzleitung dieses Einsatzes oblag dem Landespolizeipräsidium des Saarlands.

Kooperationen der Wasserschutzpolizei, jetzt Abteilung Wasserschutzpolizei im Polizeipräsidium Einsatz, Logistik, Technik

Die Wasserschutzpolizei kooperiert im Interesse der Sicherheit der Personen und Güter im Schiffsverkehr und der Sicherstellung des Umweltschutzes mit internationalen Organisationen zum Schutz des Rheins und der Mosel:

- Der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt (ZKR) mit Sitz in Strasbourg;
- Der Internationalen Kommission zum Schutze des Rheins (IKSR);
- Den Internationalen Kommissionen zum Schutze der Mosel und der Saar (IKSMS).

Die Leitungen der Wasserschutzpolizeien des „Rheinstromgebietes“ treffen sich außerdem jährlich zum Informationsaustausch.

Kooperationen der Hochschule der Polizei

Auf die in einem Land mit Grenzen zu drei benachbarten Staaten notwendige grenzüberschreitende und internationale Zusammenarbeit bereitet Rheinland-Pfalz schon die Nachwuchskräfte vor: durch spezifische Lehrangebote und internationale Begegnungen im Studium an der Hochschule der Polizei. Die Hochschule richtet jährlich zwei „Internationale Projektwochen“ aus und lädt angehende Polizeikräfte, Berufsanfängerinnen und -anfänger sowie Lehrpersonal aus den Nachbarstaaten und weiteren europäischen Ländern dazu ein. Studentinnen und Studenten können so eine Woche lang mit Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Staaten zusammen an polizeilichen Fragen arbeiten. Studierende haben auch die Möglichkeit eine Woche im europäischen Ausland zu hospitieren, um andere Polizeien kennen zu lernen, ihre Fremdsprachenkompetenzen zu vertiefen und berufliche Netzwerke zu knüpfen.

Studentinnen und Studenten der Hochschule nehmen auch an von der saarländischen Polizei und dem Interregionalen Parlamentarierrat gestalteten Seminartagen „Dès le début en coopération“ an der Europaakademie in Otzenhausen teil, um die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede der Polizeien kennen zu lernen. Parallel wird ein Seminar für die Ausbilderinnen und Ausbilder angeboten.

Als Ausdruck der Verbundenheit nahmen Vertretungen der französischen Gendarmerie und der luxemburgischen Police Grand-Ducale an den Feierlichkeiten zu „70 Jahre Polizei Rheinland-Pfalz“ und der Vereidigung der neuen Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter am 20. und 21. Mai 2017 auf der Festung Ehrenbreitstein teil.

Kooperationen der Polizeipräsidien Trier und Koblenz

Die mehrlaterale Kooperation im Raum Trier umfasst:

- Treffen der Führungskräfte der grenznahen regionalen Dienststellen, um die bisherigen gemeinsamen Maßnahmen zu reflektieren und weitere zu planen; außerhalb dieser regelmäßigen Treffen lud das Polizeipräsidium Trier am 29. November 2016 die zuständigen Dienststellen und Experten aus den Polizeiorganisationen der Partner in der Großregion, der Bundespolizei und des BKA sowie die Staatsanwaltschaft Trier zu einer Arbeitstagung „Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls“ an die Hochschule der Polizei am Hahn – sie soll Auftakt für weitere Treffen sein;
- Gemeinsame Kontrollen: Belgische, luxemburgische, rheinland-pfälzische Kräfte aus dem Raum Trier und je nach Anlass auch französische oder niederländische Kräfte unterstützen sich wechselseitig bei Verkehrskontrollen und Präventionsmaßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Region. Ein Schwerpunkt sind die jährlichen internationalen Motorradsicherheitstage sowie Informationsveranstaltungen wie die jährlichen Motorradsymposien und Kontrollen im Rahmen der Aktion „Motorrad fahren – aber sicher“;
- Gegenseitige Unterstützung bei Großveranstaltungen: Kräfte der benachbarten Staaten unterstützten die Einsätze anlässlich des Weihnachtsmarktes in Trier und begleiteten die rheinland-pfälzischen Kräfte, um ausländischen Gästen als polizeilicher Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

Kräfte der Nachbarstaaten waren in den Jahren 2016 und 2017 auch im Zuge der jeweils bilateralen Zusammenarbeit in die Einsätze der Polizeipräsidien Koblenz und Trier anlässlich des Techno-Festivals „Nature One“ bei Kastellaun und anlässlich des Festivals „Rock am Ring“ eingebunden. Sie standen als Ansprechpartner für ausländische Veranstaltungsteilnehmende zur Verfügung, unterstützten Verkehrslenkungsmaßnahmen, verstärkten die Kontrollgruppen im Rahmen der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität, unterstützten dabei, ausländische Täter zu ermitteln und dabei, ausländischen Opfern zu helfen.

EURES-Transfrontalier Großregion

EURES-T Großregion ist ein grenzüberschreitendes Kooperationsnetzwerk, das die Förderung der grenzüberschreitenden beruflichen Mobilität durch Vermittlung und Beratung von Grenzgängern zum Ziel hat. EURES-T versteht sich als Kompetenzzentrum für alle Fragen in diesem Kontext. Das Kooperationsnetzwerk richtet sich an Arbeitsuchende, Grenzgänger und Arbeitgeber.

Im Rahmen von EURES-T Großregion arbeiten arbeitsmarktrelevante Akteure, wie z. B. öffentliche Arbeitsverwaltungen, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Gebietskörperschaften aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Luxemburg, Grand Est und der Wallonie zusammen. Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie ist Partner von EURES-T-Großregion und trägt durch seine Mitwirkung an Aktivitäten, die das Funktionieren der Partnerschaft selbst sichern, dazu bei, dass das Dienstleistungsangebot auch durch die beteiligten Gebietskörperschaften unterstützt und weiterentwickelt wird. Darüber hinaus setzt das Ministerium auch eigene Aktivitäten in den Bereichen grenzüberschreitende Berufsbildung grenzüberschreitender Pflegearbeitsmarkt um und präsentiert sich bei den European Job Days in Trier und der Interregionalen Jobmesse der Großregion in Saarbrücken. Außerdem bringt das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie die Sichtweise des Landes Rheinland-Pfalz zu Fragen der grenzüberschreitenden Mobilität ein und trägt damit zu einer bedarfsgerechten Ausgestaltung der Dienstleistungen bei.

Weitere Informationen unter:

<http://www.eures-granderegion.eu/de>

Strategische Partnerschaft Erasmus+ zum Freiwilligendienstprojekt „FÖJ in der Großregion“

Seit dem 1. September 2016 wird die bereits seit 2014 bestehende Kooperation zwischen Freiwilligendienstorganisationen in Lothringen, Luxemburg, Wallonien und Rheinland-Pfalz zum Aufbau eines „Ökologischen Freiwilligendienstes in der Großregion“ im Rahmen des EU-Programms „Erasmus+ Leitaktion 2 – Partnerschaften und Kooperationsprojekte“ weitergeführt. Regionaler Antragsteller dafür war die belgische Trägerorganisation „Plateforme pour le Service Citoyen“, zu den offiziellen Partnern zählen der rheinland-pfälzische FÖJ-Träger BUND Rheinland-Pfalz e. V. sowie der lothringische Verein CRISTEEL (Centre Régional Inter-associatif et de

Soutien Technique pour les Echanges Européens en Lorraine). Die Verantwortlichen des Service National de la Jeunesse (Luxemburg) sitzen der Projektgruppe bei. Das Büro der Großregion ist unterstützend tätig.

Die seit dem FÖJ-Programmjahr 2015/2016 gesammelten zahlreichen Erfahrungen werden ausgewertet, systematisiert und diskutiert, um daraus Erkenntnisse für die Entwicklung eines gemeinsamen Freiwilligendienstes zu gewinnen. Aktuell absolvieren die Freiwilligen der benachbarten Regionen ihren Dienst im entsprechenden Freiwilligenprogramm des Aufnahmelandes. In Rheinland-Pfalz ist dies das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ). Es bleibt zu wünschen, dass sich die Anzahl der Freiwilligen aus den Partnerländern der Großregion in Rheinland-Pfalz (im Berichtszeitraum zwei Freiwillige) weiter steigern wird, da aus Rheinland-Pfalz in 2016 und 2017 insgesamt neun Freiwillige in die Partnerregionen entsendet werden konnten.

LEADER-Regionen

Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen (u. a. Globalisierung, steigender Wettbewerbsdruck, demografischer Wandel, Klimawandel, Veränderung der gesellschaftlichen Erwartungen an die Land- und Forstwirtschaft sowie den ländlichen Raum) sind innovative Ansätze zur Entwicklung ländlicher Räume erforderlich. Rheinland-Pfalz fördert daher im Rahmen des LEADER-Ansatzes des ELER-Entwicklungsprogramms EULLE in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 verstärkt die Umsetzung lokaler integrierter ländlicher Entwicklungsstrategien (LILE), um die eigenverantwortliche Entwicklung ländlicher Regionen zu stärken.

Im Rahmen des für LEADER typischen „Bottom-up-Ansatzes“ sollen mit den Akteuren vor Ort insbesondere die endogenen Potenziale der Regionen genutzt und neue Ideen und Visionen gewonnen sowie Innovationen und Unternehmergeist gefördert werden. Es geht dabei weniger um sektor-spezifische Planungen und Förderangebote, sondern die Aktivierung des eigenen Potenzials der Regionen. Ideen aus Wirtschaft, Tourismus, Naturschutz und Landwirtschaft können durch LEADER-Initiativen gebündelt werden.

Mit dem rheinland-pfälzischen ELER-Entwicklungsprogramm Umweltmaßnahmen, ländliche Entwicklung, Landwirtschaft, Ernährung (EPLR EULLE) der Förderperiode 2014 bis 2020 werden sowohl gebietsübergreifende Kooperationen zwischen rheinland-pfälzischen und deutschen Lokalen Aktionsgruppen (LAG) als auch die transna-

tionale Zusammenarbeit im Rahmen des mit ELER-Mitteln geförderten LEADER-Ansatzes unterstützt.

Durch einen gegenseitigen Austausch von Informationen (z. B. Best practice, Innovationen) und eine gebietsübergreifende und transnationale Zusammenarbeit (z. B. Netzwerke, Internetforen, gemeinsame Vermarktungsstrategien) soll ein Mehrwert gegenüber Einzelprojekten erreicht werden. Daher muss jede der anerkannten rheinland-pfälzischen LAG sich mindestens an einem Projekt der transnationalen und gebietsübergreifenden Zusammenarbeit beteiligen und geplante Themen oder Handlungsfelder für Kooperationen in ihrer lokalen integrierten Entwicklungskonzeption vorab beschreiben.

In der Förderperiode 2014 bis 2020 wurden 20 LEADER-Regionen in Rheinland-Pfalz anerkannt, die in der Großregion gemeinsam mit LAG aus Frankreich und Luxemburg innovative Projekte entwickelten. Dabei wurde unionsweit die erste gemeinsame grenzüberschreitende Entwicklungsstrategie der LAG Miseler Land (Luxemburg) und der LAG Moselfranken (Rheinland-Pfalz) genehmigt.

Beispielhaft wird die Umsetzung dieser transnationalen Kooperationen anhand zweier Vorhaben nachfolgend beschrieben:

„Antike Realität mobil erleben (ARmob)“ der Universität Trier

Das Vorhaben wird im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung zwischen sechs rheinland-pfälzischen LEADER-Aktionsgruppen (LAG Hunsrück, LAG Bitburg-Prüm, LAG Erbeskopf, LAG Mosel, LAG Moselfranken und LAG Vulkaneifel) und drei luxemburgischen LEADER-Aktionsgruppen (LAG Miselerland, LAG Mullerthal und LAG Letzebuerg West) umgesetzt. Beginn der Laufzeit war der 1. Januar 2017. Geplanter Abschluss des Vorhabens ist der 31. Dezember 2019.

Ziel ist die Entwicklung und das Angebot des Informationssystems „Antike Realität mobil erleben (ARmob)“ für Naherholungssuchende und Touristen. Es dient dazu, Besucherinnen und Besuchern eines Ortes oder einer Region, sei es auf einem spontanen Ausflug oder auf einer vorbereiteten Reise, zielgruppenorientierte Informationen primär zu antiken (keltischen oder römischen) Denkmälern anzubieten. Zugleich wird durch das Faszinationspotenzial der Augmented Reality die touristische Attraktivität der Regionen gestärkt und Besucherinnen und Besucher gezielt zu weiteren, für sie interessanten Orten, geleitet.

Die Bruttogesamtkosten für das Vorhaben belaufen sich auf 1,38 Mio. Euro (Nettogesamtkosten: 1,21 Mio. Euro). Der prozentuale Anteil der rheinland-pfälzischen Beteiligung beträgt 77,14 % (0,70 Mio. Euro EU-Mittel und 0,23 Mio. Euro Landes-Mittel).

WeinArchitekturRouteTerroire moselle

Das Vorhaben baut auf dem bereits in der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 realisierten transnationalen LEADER-Kooperationsvorhaben „Terroir Moselle“ (<http://terroirmoselle.eu/de/>) auf. Es wird auf der Basis eines Kooperationsvertrages zwischen sechs LAG aus Rheinland-Pfalz (Moselfranken und Mosel), dem Saarland (Merzig-Wadern), Luxemburg (Miselerland) und Frankreich (LAG Ouest du Parc Naturel Régional und LAG Terres de Lorraine) umgesetzt.

Ziel des Anbahnungsvorhabens war – unter Einbezug von fachlichem Input von Expertinnen und Experten innerhalb und außerhalb der Moselregion sowie unter Würdigung der teilregionalen Besonderheiten – die Definition eines Konzeptes zur Erarbeitung einer WeinArchitektur-Route für das Europäische Moseltal zwischen Toul und Koblenz.

Das Vorhaben mündete in ein gemeinsames, grenzüberschreitendes Interreg-Vorhaben zur WeinArchitektur im europäischen Moseltal zwischen Toul und Koblenz, mit dem bei der architektonisch herausragende Bauten von Weingütern bzw. Winzerbetrieben in einer grenzübergreifenden Route gemeinsam touristisch vermarktet werden sollen.

Euregio Maas-Rhein

Interreg V A „Euregio Maas-Rhein“

Das deutsch-niederländisch-belgische Programm Interreg V A „Euregio Maas-Rhein“ umfasst die Grenzregionen um Aachen, Maastricht, Liège und Eupen. Rheinland-Pfalz beteiligt sich mit dem Eifelkreis Bitburg-Prüm und dem Landkreis Vulkaneifel am Programmgebiet.

Im Berichtszeitraum 2016 und 2017 wurden insgesamt 27 Projekte mit einem EFRE-Volumen von rund 45 Mio. Euro genehmigt. Damit ist die Hälfte der dem Programm zur Verfügung stehenden europäischen Mittel gebunden.

Weitere Informationen unter:

<https://www.interregemr.eu/>

Ein Projekt, das von der Landesregierung finanziell unterstützt wird, ist TREE („Training Refugees in the Euregio“). Ziel ist die Förderung der Integration von neuen Zuwanderern in die Gesellschaft, indem die Qualifikationen der an der Integrationsarbeit Beteiligten verbessert werden. Zielgruppe sind daher diejenigen, die an der Integrationsarbeit beteiligt sind, d. h. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Lehrerinnen und Lehrer. Sie fungieren als Multiplikatoren. Im Rahmen des Projekts wird ein Programm aus Schulungsmodulen entwickelt, das Fachkräften und Freiwilligen in der Integrationsarbeit dabei hilft, Flüchtlinge in der Euregio Maas-Rhein aufzunehmen, zu unterstützen und weiter zu qualifizieren.

Rheinland-pfälzischer Partner für den Projektteil „DOOR – Dolmetschen im sozialen Raum“ und dessen Aufbau und Entwicklungsoptionen im Programmgebiet von TREE ist das Ministerium für Frauen, Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz.

Bilaterale Kooperationen

1. Région Grand Est

Hambacher Konferenz zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich am 6. April 2017

Auf Einladung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer trafen sich die Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Staatsminister Michael Roth und Staatssekretär Harlem Désir, am 6. April 2017 auf dem Hambacher Schloss zur dritten Konferenz zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Diese stand unter dem Motto „Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Grenzregion – Ideenwerkstatt für Europa“.

Rund 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Berlin, Paris, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Baden-Württemberg und unser französischer Nachbar Région Grand Est tauschten sich über aktuelle Fragen der Zusammenarbeit aus und vereinbarten in einer gemeinsamen Erklärung neue thematische Ziele für die weitere Kooperation.

Die „Hambacher Erklärung“ umfasst folgende Themenbereiche:

- Die Stärkung des grenzüberschreitenden Zugangs zum Binnenmarkt;
- Die Erleichterung der beruflichen Mobilität sowie die Intensivierung des Austauschs im Hochschulwesen und in der Berufsbildung als Schlüssel für den Zugang zum grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt;
- Der Ausbau der Verkehrsnetze, um den Mobilitätsanforderungen der Menschen in den Grenzregionen besser zu entsprechen;
- Die Zusammenarbeit der Grenzregionen im Energiesektor stärken und die Zusammenarbeit im Umweltbereich weiter ausbauen;
- Die Raumbewertung als Instrument der nachhaltigen Entwicklung weiterentwickeln;
- Die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen weiter fördern;
- Die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit über Grenzen hinweg weiterentwickeln;

- Initiativen fördern, die der Begegnung der Zivilgesellschaft dienen, insbesondere in den Bereichen Kultur, Freizeit und Sport.

Zu Beginn der Konferenz betonte Ministerpräsidentin Malu Dreyer die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich – auch mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen in Europa. Sie hob hervor, dass beide Länder nicht nur die Lage in der Mitte Europas verbindet, sondern auch ihre Anliegen und Herausforderungen ähnlich sind.

Die Ministerpräsidentin machte deutlich, dass vor allem der Ausbau des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes ein Schwerpunkt der deutsch-französischen Aktivitäten sei. Denn hier stehen Deutschland und Frankreich in vielerlei Hinsicht vor ähnlichen Herausforderungen: Die Fachkräftesicherung, die Alterung der Bevölkerung und damit verbundenen Anforderungen an eine qualitativ hochwertige pflegerische Versorgung, aber auch die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit.

Ein weiteres wichtiges Thema der Konferenz war die Förderung der Mehrsprachigkeit. Zahlreiche gemeinsame Projekte von Kitas und Schulen, Austausch und auch Fortbildungen für Lehrkräfte sind hier ein wesentlicher Baustein.

Junge Menschen standen auch zu Beginn der Konferenz im Fokus. Vier Jugendliche berichteten von ihren Erfahrungen, wie sie den Alltag der deutsch-französischen Zusammenarbeit gegenwärtig erleben und was sie sich erhoffen: als französischer Auszubildender in einem deutschen Betrieb, als Teilnehmerin bei einem deutsch-französischen Freiwilligendienst in Nancy oder als Juniorbotschafterin des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW).

Neben der grenzüberschreitenden Berufsausbildung und dem Arbeitsmarkt stand die Mobilität im Fokus der Konferenz. Leistungsfähige und umweltfreundliche Verkehrsverbindungen sind wesentliche Voraussetzung dafür, den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen im Grenzraum gerecht zu werden und die zwischenmenschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontakte noch weiter auszubauen. Für Rheinland-Pfalz sind im schienengebundenen Nahverkehr insbesondere grenzüberschreitende Verbindungen zwischen Straßburg und Wörth, Straßburg und Neustadt sowie Trier und Metz von besonderer Bedeutung.

Neben dem Ausbau der grenzüberschreitenden Zugverbindungen sind auch weitere Verbesserungen bei attraktiven Tarifangeboten für die Nutzerinnen und Nutzer in Vorbereitung.

Ein weiteres Thema war die statistische Raumbewertung. Sie bleibt eine grundlegende Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung des Grenzraums. Es ist wichtig, dass der grenzüberschreitende Datenaustausch und die freie und kostenlose Bereitstellung von harmonisierten Datensätzen weiter ermöglicht werden.

Die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer wollen die besonderen Standortvorteile der Grenzregion im Interesse der gesellschaftlichen Integration unserer Bürgerinnen und Bürger noch stärker nutzen. Hierzu gehört der Austausch von jungen Menschen im gemeinnützigen Dienst in den Bereichen Soziales, Ökologie, Sport, Kultur, Schule und Hochschulen. Er ist Ausdruck gelebter Solidarität und trägt erheblich zum interkulturellen Verständnis bei.

Natur / Umwelt

Grenzüberschreitende Waldjugendspiele

Seit dem Jahr 2002 pflegt das Forstamt Hinterweidenthal Kontakt zu den französischen Nachbarn. So nahmen dort an den grenzüberschreitenden Wald-Jugendspielen im Jahr 2016 wieder 42 Schulkinder und im Jahr 2017 44 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 6 des Collège Maréchal Mac Mahon, Woerth / Elsass, teil.

Das Forstamt Wasgau führte in den Jahren 2016 und 2017 die jährlichen Wald-Jugendspiele unter Beteiligung von 21 (2016) und 23 (2017) französischen Schulkindern durch.

Das Forstamt Saarburg ermöglichte im Jahr 2016 drei dritten Klassen aus Luxemburg die Teilnahme an den Wald-Jugendspielen am Standort Trassem.

Veranstaltungen

Zu den Veranstaltungen „Wilder Sommer“ und „Romantische Waldweihnacht“ am Haus der Nachhaltigkeit in Johanniskreuz erhalten französische Anbieter aus den Bereichen Kunsthandwerk und Lebensmittelerzeugung alljährlich die Möglichkeit zur Teilnahme.

Im Rahmen des UEF Kongresses veranstaltet Landesforsten Rheinland-Pfalz, gemeinsam mit UEF, FECOF und BDF am 28. September 2017 eine Tagung inkl. Exkursion zum Thema: „Forstwirtschaft im Wandel“, an welcher Forstleute aus ganz Europa teilnahmen.

Die Union Europäischer Forstleute (UEF) ist der europäische Dachverband der forstlichen Berufsverbände. Alle vier Jahre wird ein mehrtägiger UEF-Kongress in einem anderen Mitgliedsland durchgeführt. Aufgrund der deutschen Präsidentschaft wurde der XIX. UEF Kongress vom 27. September bis 1. Oktober 2017 in Deutschland, Mainz ausgerichtet. Mitveranstalter waren Landesforsten Rheinland-Pfalz, als europäische Kommunalwaldorganisation die FECOF („Fédération Européenne des Communes Forestières“) und der Bund Deutscher Forstleute (Bundes- und Landesverband) als berufsständische Vertretung.

Gemeinsamer grenzüberschreitender Wertholztermin

Seit 1994 findet jedes Jahr im Februar ein gemeinsamer Submissionstermin statt, bei dem Werthölzer aus Lothringen (Partner: Office National des Forêts), dem Saarland (Partner: Saarforst Landesbetrieb) und Rheinland-Pfalz (Partner: Landesforsten Rheinland-Pfalz) angeboten werden.

Am 16. Februar 2017 wurde die 24. Veranstaltung dieser Art turnusgemäß durch das rheinland-pfälzische Forstamt Westrich in Münchweiler an der Rodalb ausgerichtet. Erstmals wurden auch Werthölzer aus dem Großherzogtum Luxemburg (Partner: Administration de la Nature et des Forêts) in den Termin einbezogen. Über 2.000 m³ Hölzer von über zehn verschiedenen Baumarten erreichten zum Teil Spitzenerlöse.

Der grenzüberschreitende Termin wird von Waldbesitzenden aller Eigentumsarten genutzt. Er bündelt das Angebot von hochwertigen Hölzern auf zwei zentralen, autobahnnahe Bereitstellungsplätzen in Saint-Avold (Département Moselle) bzw. Neunkirchen / Saar. Damit wurde auch 2017 die Beteiligung von über 20 spezialisierten Be- und Verarbeitern von Hölzern aus dem gesamten mittel- und westeuropäischen Raum erreicht, die sich mit dem Rohstoff versorgten, der ihren hohen Qualitätsanforderungen genügt. Gleichzeitig wurde für die Waldbesitzenden eine attraktive Bezahlung ihrer Produkte erreicht.

Darüber hinaus bot der 24. gemeinsame grenzüberschreitende Wertholztermin auch 2017 wieder eine ausgezeichnete Plattform für den großregionalen Fachaustausch unter den Forstfachleuten der Partnerorganisationen aus Frankreich, dem Saarland, Rheinland-Pfalz und erstmals Luxemburg. Anwesend waren auch Vertreter aus Wallonien und Flandern.

Bildung

Brigitte-Sauzay-Programm

In enger Zusammenarbeit mit den deutschen und französischen Schulbehörden fördert das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) seit dem Jahre 1989 den mittelfristigen individuellen Schüleraustausch zwischen Deutschland und Frankreich. Unter Berücksichtigung der jeweiligen Bestimmungen der einzelnen Bundesländer unterstützt das Brigitte-Sauzay-Programm Schülerinnen und Schüler der 8. bis 11. Klasse, die seit mindestens zwei Jahren Französisch lernen und einen individuellen Aufenthalt in Frankreich auf Austauschbasis absolvieren wollen.

Weitere Informationen unter:

<https://add.rlp.de/de/themen/europa-und-internationale-beziehungen/europa-und-internationales-fuer-die-schule/brigitte-sauzay-programm/>

Studienprogramm Voltaire

Das Voltaire-Programm ist ein einjähriges Austauschprogramm für deutsche und französische Schülerinnen und Schüler.

Die wesentlichen Elemente sind der gemeinsame Schulbesuch mit dem Austauschpartner bzw. der Austauschpartnerin und das Leben in der Gastfamilie.

Weitere Informationen unter:

<https://add.rlp.de/de/themen/europa-und-internationale-beziehungen/europa-und-internationales-fuer-die-schule/>

Auf der Grundlage der Zusammenarbeit im Expertenausschuss Berufsbildung der Oberrheinkonferenz haben Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) in Neustadt an der Weinstraße und Académie Strasbourg ihre binationale Kooperation intensiviert und Partnerschaften zwischen den grenznahen Schulen ihrer Aufsichtsbezirke neu belebt beziehungsweise neu initiiert. In Lauterbourg fand unter dem Titel „Interkulturelle Dimension grenzüberschreitender Partnerschaften“ eine Fortbildungsveranstaltung des Euro-Instituts Kehl statt, an der Schulleitungen von vier Lycées Professionnels und vier Berufsbildenden Schulen zusammen mit ihren Schulaufsichten und unter Einbeziehung des Bildungsministeriums teilnahmen.

Die verstärkte Vernetzung auf dieser Ebene zielt auf Förderung grenzüberschreitender Berufsbildung durch systematische Verzahnung verschiedener Initiativen:

- Vollzeitschulen: Berufsorientierung jenseits der Grenzen durch Teilnahme an interkulturellen Unterrichtsmodulen, Unternehmenserkundungen und Praktika (Nutzung von Angeboten wie Theo Prax Tandem TePraTa oder Euregio Zertifikat);
- Berufs- und Fachschulen: Absolvierung von Ausbildungsteilen im Partnerland (Nutzung von Angeboten wie Euregio-Zertifikat, AzubiBacPro und AzubiBacTechnologique);
- Schulleitungen: Konzeption und Erprobung interkultureller Module zur Führungskräftefortbildung;
- Schulaufsicht: wechselseitige Anerkennung von Teilqualifikationen und Abschlüssen.

Voraussetzung für das Projekt ist eine unbürokratische Finanzierung unterstützender Sprachkurse sowie auf deutscher Seite vor allem auch der Mobilität.

Polizei und Sicherheit

Kooperationen des Landeskriminalamtes

Die Leitungen der Landeskriminalämter Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Saarland und der Direction Interrégionale de la Police Judiciaire mit Sitz in Strasbourg kommen jährlich zu einer Besprechung in Strasbourg zusammen. Generell geht es dabei um Kriminalitätsentwicklungen und die Kriminalitätslage sowie Präventions- und Kriminalitätsbekämpfungsstrategien mit grenzüberschreitenden Bezügen. Beim Treffen am 22. Juli 2017 stand u. a. das Thema Cyber-Kriminalität im Mittelpunkt. Das Saarland prüft eine Zusammenarbeit – zum Beispiel auf dem Gebiet der Weiterbildung – mit dem CISPA (Center for IT-Security, Privacy and Accountability) – Helmholtz-Zentrum, das zum 1. Januar 2018 in Saarbrücken seine Arbeit aufnimmt und eine Einbeziehung anderer Länder. Außerdem regten die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer gemeinsame grenzüberschreitende Übungen spezialisierter Kräfte und den Austausch von Übungsbeobachtern an.

Kooperationen der Bereitschaftspolizei, jetzt Abteilung Bereitschaftspolizei im Polizeipräsidium Einsatz, Logistik, Technik

Zwischen verschiedenen Hundertschaften und Einheiten in der Région de Gendarmerie du Grand-Est bestehen langjährige Partnerschaften – so zur Escadron 12/7 St. Mihiel, der Escadron 15/7 Sarreguemines und der Escadron 13/7 Thionville sowie zwischen der Hubschrauberstaffel und der Section Aérienne de la Gendarmerie in Metz. Die Zusammenarbeit umfasst den Informationsaustausch, Hospitationen und gemeinsame Übungen. So hospitierte ein französischer Pilot vom 15. bis zum 19. Mai 2017 bei der rheinland-pfälzischen Hubschrauberstaffel.

Kooperationen der Hochschule der Polizei

Grenzüberschreitende Weiterbildung bewirkt – neben dem in gemeinsamen Einsätzen wichtigen Kennen der Organisation und Arbeitsweise der Partner – durch die gemeinsame Nutzung von verfügbaren Ressourcen Synergieeffekte. Dem dient insbesondere die Technische Vereinbarung über Austauschmaßnahmen und Ausbildungszusammenarbeit zwischen der Polizei des Landes Rheinland-Pfalz und der Gendarmerie Nationale. Unter ihr organisieren die französische Gendarmerie und die Polizei Rheinland-Pfalz wechselseitige Fahrsicherheitstrainings: Die Gendarmerie bietet im Centre national de formation à la sécurité routière in Fontainebleau Motorrad-Intensivkurse an. Die Landespolizeischule organisiert im Gegenzug auf der Fahrtechnikanlage in Wüschheim und dem Nürburgring Pkw-Trainings, insbesondere für Angehörige der Groupe d'observation et de surveillance (GOS) sowie der Équipe rapide d'intervention (ERI), Einheit der Verkehrspolizei, die hauptsächlich auf den Autobahnen tätig ist.

2016 kam eine neue Maßnahme hinzu: Ein Erfahrungsaustausch zwischen Einsatztrainern der Hochschule der Polizei und des Centre national d'entraînement des forces de gendarmerie (CNEFG) in Saint-Astier. Vom 21. bis 24. März 2016 nahmen zwei französische Trainer als Beobachter an einem Modul „Durchführung eines Trainings der Bewältigung einer Amoklage“ teil und diskutierten mit ihren rheinland-pfälzischen Kolleginnen und Kollegen Fragen der Taktik, Strategie, der Ausstattung und Weiterbildung.

Zur gleichen Zeit, am 21. März 2016, veranstaltete die Überwachungs- und Eingriffseinheit (Peloton de surveillance et d'intervention gendarmerie – PSIG) von Wissembourg eine Übung zur Bewältigung von Amok-Lagen. Dazu wurden auch Trainer des

Schieß- und Einsatztrainingszentrums (SETZ) bei der Bereitschaftspolizei in Enkenbach-Alsenborn und der Zentrale für Schieß- und Einsatztraining (ZSET) bei der Hochschule der Polizei eingeladen.

Zusammen mit den Universitäten Kaiserslautern und Koblenz-Landau, dem Centre de Recherche de l'Ecole des Officiers de la Gendarmerie Nationale (CREOGN) und der Universität in Mulhouse beteiligt sich die Hochschule der Polizei am Forschungsprojekt „Organized Pedestrian Movement in Public Spaces“ (OPMoPS). Das Projekt antwortete auf den vom Bundesministerium für Bildung und Forschung ausgeschrieben „Franco-German call on Future Security in Urban Areas / Appel à projets franco-allemand – Futur de la sécurité dans les espaces urbains“ aus dem Jahr 2016 und wird gefördert durch die Agence nationale de la recherche, einer Einrichtung zur Förderung der Wissenschaft und Forschung in Frankreich.

Fachleute aus Sicherheitsbehörden, aus sozialwissenschaftlichen, mathematischen und technischen Fachbereichen entwickeln unter Einbeziehung auch rechtlicher und ethischer Aspekte digitale Entscheidungshilfen für den Umgang mit Bedrohungen städtischer Sicherheit durch Demonstrationsveranstaltungen mit widerstrebenden Akteuren und hohem Konfliktpotenzial.

Weitere Informationen unter:

https://www.sifo.de/files/Projektumriss_OPMOPS.pdf

Kooperationen der Flächenpräsidien

Besondere Veranstaltungen vor dem Hintergrund der seit langem engen Zusammenarbeit konzentrierten sich in den vergangenen Jahren auf die polizeiliche Reaktion auf neue Herausforderungen. Im Jahr 2016 lud die Gendarmerie in Wissembourg Führungskräfte zu einem Fachgespräch „Internationaler Terrorismus / Islamismus“. Das Polizeipräsidium Westpfalz lud im November 2017 zu einer Fachtagung „Internationale Zusammenarbeit“ nach Ludwigswinkel. Nach Einführungen durch rheinland-pfälzische Referentinnen und Referenten diskutierten Vertretungen des Ministeriums des Innern und für Sport, des Landeskriminalamtes und der Polizeipräsidien Westpfalz und Rheinpfalz, Angehörige verschiedener französischer Partnerdienststellen, des Landespolizeipräsidiums Saarland, der Bundespolizei sowie der Gemeinsamen Zentren Luxemburg und Kehl die grenzüberschreitende Kriminalitätsslage, das Vorgehen bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen sowie die

Zusammenarbeit auf örtlicher Ebene und identifizierten Handlungsfelder zur künftigen Zusammenarbeit.

Eine Ausnahme bildeten auch die Einsatzmaßnahmen des Polizeipräsidiums Rheinland-Pfalz aus Anlass der Trauerfeierlichkeiten zum Tode des Altbundeskanzlers und früheren rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl. Bereits im Vorfeld stand ein französischsprachiger Beamter des Polizeipräsidiums den beteiligten französischen Dienststellen als Ansprechpartner zur Verfügung.

Die alltägliche Zusammenarbeit der Polizeipräsidien Rheinland-Pfalz und Westpfalz umfasst:

- Regelmäßige Treffen der Führungskräfte als Forum der Diskussion, der Reflexion in polizeilichen Angelegenheiten und der Absprachen für gemeinsame Maßnahmen, ergänzt durch Telefonschaltkonferenzen zur aktuellen Gefährdungs- und Kriminalitätsslage im grenznahen Raum;
- Wechselseitige Informationsveranstaltungen, regelmäßiger Personalaustausch und Hospitationen zum umfassenden Einblick in die Arbeitsweisen im Nachbarland: Nachdem z. B. am 28. November 2016 der Leiter der Compagnie Wissembourg am Niederotterbacher Bürgerforum zu „Wohnungseinbruchsdiebstahl“ teilgenommen und am 29. November 2016 die Polizeidirektion Landau zusammen mit Angehörigen der Gendarmerie in Schweigen eine Großkontrolle zur Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität durchgeführt und man dabei festgestellt hatte, wie unterschiedlich die Information der Bevölkerung und die Präventionsarbeit auf beiden Seiten der Grenze gestaltet werden, trafen sich Angehörige der Gendarmerie und Beamte der Polizei des Landes vom 25. bis 26. April 2017 im Beratungszentrum des Polizeipräsidiums Rheinland-Pfalz zu einem Erfahrungsaustausch. Gemeinsam will man zukünftig in Landau und Wissembourg Informationsveranstaltungen im öffentlichen Raum durchführen, unterstützt durch das Sicherheitsmobil und Materialien des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK);
- Den Einsatz und regelmäßige Treffen auf „Arbeitsebene“ der grenznahen Dienststellen der rheinland-pfälzischen Präsidien Rheinland-Pfalz und Westpfalz, der baden-württembergischen Präsidien Karlsruhe und Offenburg sowie Dienststellen der Bundespolizei und bei der Gendarmerie Wissembourg, auch unter Einbezug wei-

terer Behörden zur Lagerdarstellung, zum Informations- und zum Erfahrungsaustausch, z. B. im Rahmen der Arbeitsgruppe „Grenze“ in Woerth / Frankreich;

- Die unmittelbare wechselseitige Information zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, zur Abstimmung grenzüberschreitender Ermittlungsmaßnahmen, teilweise unter Einbeziehung des Landeskriminalamtes und anderer Präsidien, und zur Entwicklung gemeinsamer Konzepte.
- Wechselseitige Unterstützung bei überregional bedeutsamen Veranstaltungen z. B. durch deutsch-französische Streifen der Polizeiinspektionen Bad Bergzabern, Wörth oder Zweibrücken mit der Gendarmerie bei Veranstaltungen wie dem Landes-Turnerfest in Pirmasens vom 25. bis 29. Mai 2016 oder bei Stadtfesten in Grenznähe wie dem Mittelalter-Markt in Bitche vom 29. bis 31. Juli 2016;
- Regelmäßige oder aus besonderem Anlass anberaumte deutsch-französische Fuß-, Motorrad- und Pkw-Streifen und Verkehrskontrollen, etwa an Unfallhäufungslinien, teilweise unter Beteiligung der Bundespolizei und der Police aux frontières: So führte die Gendarmerie unter Mitwirkung von Beamten der Polizeiinspektion Zweibrücken am 15. Dezember 2016 eine grenzüberschreitende Kontrolle im Gebiet von Schweyen durch, die Polizeidirektion Landau mit Unterstützung der Gendarmerie am 7. August 2017 eine Kontrolle zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchsdiebstahls oder am 28. Dezember 2017 zur Verhinderung der Einfuhr verbotener Pyrotechnik;
- Die fremdsprachliche Weiterbildung: Fremdsprachenkompetenz hat sich als eine bedeutsame Voraussetzung der deutsch-französischen Zusammenarbeit erwiesen. So unterhalten die Polizeidirektion Landau und die Compagnie de gendarmerie de Wissembourg seit 2003 für eine feste Teilnehmergruppe ein gemeinsames Programm zur Verbesserung der Fremdsprachkompetenz und zur Vertiefung des Netzwerks. Seit Mitte 2017 soll allerdings nicht die fremdsprachliche Ausbildung, sondern der Informationsaustausch betont werden. Der Verbesserung der Fremdsprachenkompetenz und dem wechselseitigen Kennenlernen der Organisationen, der jeweiligen Aufgaben und Arbeitsweisen dient auch das je auf ein Jahr begrenzte Tandemprogramm zwischen der Gendarmerie und der Police Nationale in Lothringen und der rheinland-pfälzischen Polizei, das das Präsidium Westpfalz und die Délégation Interrégionale du Recrutement et à la Formation Est (DIRF EST) gemeinsam durchführen.

Die Zusammenarbeit des Präsidiums Trier bezieht sich vor allem auf die Unterstützung von Einsätzen anlässlich von Veranstaltungen mit grenzüberschreitender Bedeutung, z. B. des Weihnachtsmarktes in Metz oder der im Dezember 2017 u. a. in Trier ausgetragenen Handball-Weltmeisterschaft der Internationalen Handballföderation.

Verschiedene Präsidien unterstützen bei Bedarf die Gendarmerie bei der Suche nach vermissten Personen im Grenzbereich – z. B. im Januar und August 2016 – durch den Einsatz von Diensthundeführern und ihren Tieren.

Weitere Kooperationen der Polizei

Im Rahmen des von Frankreich aus gestarteten Projekts temporärer Commissariats Européens, internationaler polizeilicher Unterstützungsteams bei Einsätzen aus Anlass von Großveranstaltungen, die von zahlreichen ausländischen Gästen besucht werden, besteht auch ein französisch-deutscher Polizeiaustausch „Einsatz deutscher Polizeibeamtinnen und -beamter bei Großereignissen in Frankreich – Einsatz französischer Polizeibeamtinnen und -beamter sowie Gendarmeriekräfte bei Großereignissen in Deutschland“. Rheinland-Pfalz konzentriert sich hier auf eine Unterstützung der Einsätze in Grenznähe.

Die jeweils ausländischen Kräfte unterstützen bei allen polizeilichen Angelegenheiten mit Blick auf ihre Landsleute. Sie können als Dolmetscher fungieren und den Gästen polizeiliche Maßnahmen in der Muttersprache erklären – ein Weg zu einer größeren Akzeptanz. So begleiteten rheinland-pfälzische Beamtinnen und Beamte Kräfte der Gendarmerie Nationale bei Musikfestivals und Volksfesten im Osten Frankreichs. Umgekehrt unterstützten französische Kräfte die rheinland-pfälzischen Kräfte beim Einsatz anlässlich von Musikfestivals wie „Rock am Ring“, „New Horizons“ oder „Nature One“, bei Veranstaltungen wie „Saar-Pedal“ und bei Wein- und Stadtfesten im grenznahen Bereich.

Raumordnung

Rheinland-Pfalz und die Région Grand Est arbeiten anlassbezogen bilateral im Rahmen der grenzüberschreitenden Abstimmung ihrer jeweiligen Landesentwicklungs- / und regionalen Raumordnungspläne zusammen. Im Berichtszeitraum betraf dies „Le Schéma Régional d'Aménagement et de Développement Durable du Territoire“ (SRADDET).

Das SRADDET ist ein regionaler Entwicklungsplan (vergleichbar mit einem Landesentwicklungsplan bzw. -programm), den die neu gegründete Région Grand Est nunmehr erstmals für ihr gesamtes Territorium aufstellt bzw. aufstellen muss. In den einschlägigen Unterlagen ist er wie folgt übersetzt: „Regionaler Leitplan für Raumentwicklung, Nachhaltigkeit und Gleichstellung der Gebiete“. Der SRADDET soll, so heißt es, einen verbindlichen Charakter haben, dem Subsidiaritätsprinzip entsprechen und ist nicht als Ersatz für die SCoT's („Pläne zur territorialen Kohärenz“: in etwa vergleichbar mit deutschen regionalen Raumordnungsplänen / Regionalplänen bzw. eher regionalen) gedacht. Diese müssen nach Inkrafttreten des SRADDET jedoch überarbeitet und ggf. angepasst werden. Wie genau die Verbindlichkeit vor Ort wirkt bzw. ob man das SRADDET in etwa mit den deutschen Landesentwicklungsprogrammen / -plänen vergleichen kann, ist nicht abschließend geklärt.

Die Aufstellung des SRADDET ergibt sich aus der französischen Gebiets- / Territorialreform (NOTRe-Gesetz vom 7. August 2015 zur territorialen Neuordnung der Republik). Demnach wurde zum 1. Januar 2016 u. a. die Anzahl der französischen Regionen nahezu halbiert und die Regionen haben die Kompetenzen für die Bereiche Wirtschaftsförderung / Wirtschaftsentwicklung sowie Raumordnung neu übertragen bekommen. Weitere Regelungen betrafen u. a. die Departments sowie die Metropolregionen. Parallel gibt es für die Région Grand Est per Gesetz auch die Verpflichtung, einen sogenannten „Regionalen Leitplan für Wirtschaftsentwicklung, Innovation und Internationalisierung (SRDEII) zu erarbeiten.

Am 20. November 2017 fand in Straßburg ein grenzüberschreitender Workshop zu den Themen Raumordnung / Raumentwicklung, Verkehr und Mobilität, Umwelt und Energie statt.

Eine offizielle Stellungnahme von Rheinland-Pfalz wird erst im Rahmen des förmlichen Anhörungsverfahrens zum Planentwurf des SRADDET erfolgen.

Rettungsdienst

Seit 2009 gibt es eine Vereinbarung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rettungsdienst in der Grenzregion Elsass und Rheinland-Pfalz. Mit Abschluss der Vereinbarung wurde die rechtliche Grundlage für den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rettungsdienste im jeweils anderen Land geschaffen. So können die rheinland- pfälzischen Leitstellendisponenten für den Rettungsdienst gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen im Elsass die optimale Vorgehensweise bei

einem medizinischen Notfall in Grenznähe abstimmen und bei Bedarf auf die Einsatzkräfte des jeweiligen Nachbarlandes zurückgreifen. Ebenso sind in der Vereinbarung Fragen der Haftung, der Kostenübernahme oder des geeigneten Zielkrankenhauses geregelt.

Es wurde außerdem eine Zusatzvereinbarung zu den finanziellen Modalitäten unterzeichnet, die u. a. auch die Tarife für die Einsätze im jeweiligen Nachbarland regelt.

Umwelt und Forsten

„Naturschutz gegen Rechtsextremismus – Neues Denken am ehemaligen Westwall“ in Kooperation mit dem deutsch-französischen FÖJ

Die Landeszentrale für Umweltaufklärung und das Freiwillige Ökologische Jahr Rheinland-Pfalz (FÖJ) laden junge Leute zusammen mit dem deutsch-französischen FÖJ zu diesem jährlich stattfindenden grenzüberschreitenden Seminar ein. Der gewünschte grenzüberschreitende Charakter war von Anfang an mitgedacht und konnte in die Praxis umgesetzt werden. Partner ist das grenzüberschreitende FÖJ mit französischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Dabei geht es vor allem darum, den Kern rechtsextremistischer Argumente zu erkennen, zu analysieren und Gegenargumente zu finden. Und um die Frage zu stellen: Wie erfolgreich können Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten mit ihren Umwelt- und Naturschutzargumenten sein? Sind ihre Modelle für unseren zukünftigen Lebensstil tatsächlich überzeugend? Könnten der zukünftige Ressourcenmangel und die zu erwartenden Verteilungskonflikte dazu führen, dass autoritäre Konzepte wieder mehr Zustimmung erfahren? Und wie können wir das verhindern?

Kooperationspartner sind neben den oben genannten auch die BUND-Jugend Rheinland-Pfalz und die Naturschutzjugend. Die maximale Teilnehmerzahl liegt bei etwa 40 Jugendlichen. Die Bewerbung läuft vornehmlich über das FÖJ und die Jugendumweltverbände.

Der Ort für die viertägige Veranstaltung ist immer eine Lokalität in der Nähe des ehemaligen Westwalls. Der Westwall war für die Nationalsozialisten nicht nur eine militärische Befestigungslinie, sondern auch ein Ideen- und Versuchsraum. Aus vielen Gründen ein guter Platz, um heute Gegenkonzepte gegen den Rechtsextremismus zu denken. Diese Themen werden fachlich fundiert dargestellt, miteinander vernetzt und methodisch-didaktisch mit den Jugendlichen interaktiv aufgearbeitet.

Wasgauer Gespräche

Jedes zweite Jahr finden die Wasgauer Gespräche statt. Veranstaltungsort ist das Biosphärenhaus in Fischbach bei Dahn. Der Titel der Veranstaltung für das Jahr 2017 lautete „Luchse und Wölfe kehren zurück in den Pfälzerwald und die Nordvogesen“. Die Veranstaltung ist jeweils zweisprachig. 2017 waren etwa 150 Teilnehmende dabei. Partner der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz auf französischer Seite war der „Parc Naturel Régional des Vosges du Nord“ in La Petite Pierre.

Grenzüberschreitendes Naturwaldreservat Adelsberg-Lutzelhardt

Im Grenzbereich der Forstämter Wasgau und Nordelsass ist seit 1999 das 400 Hektar große deutsch-französischen Naturwaldreservat Adelsberg-Lutzelhardt eingerichtet, das gleichzeitig einen Teil der Kernzone des deutsch-französischen Biosphärenreservates darstellt. Die wissenschaftlichen Untersuchungen werden kontinuierlich fortgeführt. Innerhalb von drei Jahren wurden insgesamt 445 Käferarten gefangen und bestimmt. Davon waren 276 Totholzkäfer, 69 Indikatorarten für ökologisch wertvolle Waldlebensräume, sieben Urwald-Reliktarten und eine Art prioritär nach der FFH-Richtlinie. Des Weiteren konnten 16 Fledermausarten für das Naturwaldreservat nachgewiesen werden.

Inzwischen hat die fortgesetzte Kooperation mit den französischen Partnern ermöglicht, dass die Artuntersuchungen durch den jeweiligen deutschen oder französischen Spezialisten stets auf der gesamten Fläche des Naturwaldreservates durchgeführt werden.

Über die Ergebnisse wurde bei der jährlich im Wechsel zwischen Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft (FAWF) und Office national des Forêts (ONF) stattfindenden Komiteesitzung berichtet, zu der alle maßgeblichen Akteure eingeladen sind, wie z. B. Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen, der Politik, der Wissenschaft, der Forstämter und des Naturschutzes.

Aus einer dieser Komiteesitzungen hat sich eine Projektkooperation zwischen der Universität Metz und der FAWF zum Thema „Alteichen im Bitcher Land und Umgebung“ ergeben, indem Untersuchungsergebnisse aus dem Naturwaldreservat in dieses neue Projekt einfließen.

Im Jahr 2017 jährte sich die Anerkennung des Pfälzerwaldes als Biosphärenreservat zum 25. Mal. Dieser Jahrestag wurde in mehreren Veranstaltungen gefeiert, begleitet auch durch Interviews im Rundfunk und Fernsehen (SWR), wobei auf die Bedeutung des Biosphärenreservats Pfälzerwald als einem wichtigen Lebensraum für heimische Tier- und Pflanzenarten wie auch auf Forschungsergebnisse der FAWF, insbesondere in Naturwaldreservaten, hingewiesen wurde, die einen wesentlichen Beitrag für die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen in Wäldern auf deutscher wie französischer Seite leisten.

Im gesamten Naturwaldreservat werden jährlich jeweils zwei Jagden grenzüberschreitend mit Jägern aus beiden Ländern organisiert.

Deutsch-französischer Arbeitskreis Biodiversität

Der im grenzüberschreitenden Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen gebildete deutsch-französische Arbeitskreis Biodiversität wird seitens Landesforsten Rheinland-Pfalz personell mitgetragen. Die Leitung des Arbeitskreises oblag im Berichtszeitraum Herrn Hans-Peter Ehrhart, Leiter der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft (FAWF); als Geschäftsführer fungierte Dr. Ulrich Matthes vom Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen bei der FAWF. Des Weiteren ist Landesforsten mit Dr. Thomas Sprengel, Referent für Waldnaturschutz, vertreten. Der Arbeitskreis tagte im Berichtszeitraum jährlich zwei Mal. Im Oktober 2017 wurden darüber hinaus vom Arbeitskreis zusammen mit der Landeszentrale für Umweltbildung die sog. Wasgauer Gespräche zum Thema „Luchse und Wölfe kehren zurück in den Pfälzerwald und in die Nordvogesen“ mit Referentinnen und Referenten von beidseits der Grenze mit guter Teilnehmerresonanz veranstaltet.

Deutsch-französischer ökologischer Jugendfreiwilligendienst (DFÖJ)

Der deutsch-französische ökologische Jugendfreiwilligendienst ist ein Kooperationsprojekt zwischen den deutschen und französischen Jugendministerien, dem deutsch-französischen Jugendwerk (DFJW) und den jeweiligen Koordinationsstellen FÖJ-KUR Rheinland-Pfalz in Mainz (zentrale Stelle des FÖJ Trägerverbundes von BUND, NABU und GNOR), der Association Volontariat Ecologique Franco-Allemand (VEFA) in Dijon und der Association Collectivité, Interculturalité, Formation, Échange, Engagement (CIFÉE) in Montpellier. Der Austausch besteht seit dem Jahr 2005. Inzwischen nutzen 40 deutsche Teilnehmende je Programmjahr das Angebot (davon zwölf in Burgund, fünf im Oberrheingebiet und 23 in anderen Regionen Frankreichs). Die

Anzahl der französischen Teilnehmenden, die ihren deutsch-französischen ökologischen Freiwilligendienst in Rheinland-Pfalz absolvieren, beträgt etwa 30 Personen. Das FÖJ Rheinland-Pfalz ist seit 2008 in das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem deutsch-französischen Jugendwerk geförderte Projekt „Deutsch-Französischer Freiwilligendienst“ eingebunden. Ziel ist es, Deutschen und Franzosen in gleichem Maße eine Teilnahme am FÖJ in dem jeweiligen anderen Land zu ermöglichen, was sehr erfolgreich gelungen ist.

Bachelorarbeit zum Thema Jagdstreckendynamik beim Schwarzwild

Ein Studierender der Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg hat im Jahr 2017 seine Bachelorarbeit mit dem Titel „Regionale Jagdstreckendynamik beim Schwarzwild und ihre Einflussfaktoren im Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen“ angefertigt. Als Zweitbetreuer fungierte Dr. Ulf Hohmann von der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft, Trippstadt. Die Generierung von Datenmaterial aus dem französischen Teil des grenzüberschreitenden Biosphärenreservates erfolgte in Zusammenarbeit mit den Jagdbehörden des Départements Bas Rhin.

2. Luxemburg

Polizei und Sicherheit

Kooperationen des Landeskriminalamts

Eine enge Kooperation verbindet die Verhandlungsgruppen und die Mobilien Einsatzkommandos (MEK) aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Luxemburg. Sie arbeiten in Arbeitsgruppen zusammen und bilden sich in gemeinsamen Seminaren und Übungen weiter. Luxemburgische Kräfte nehmen teil an den verschiedenen Modulen der Grundausbildung der Verhandlungsgruppe in Rheinland-Pfalz. So werden nicht nur Ressourcen wirtschaftlicher genutzt, die gemeinsamen Maßnahmen fördern auch einen vergleichbaren Leistungsstand, der die länderübergreifende Zusammenarbeit erleichtert.

Gute Tradition sind inzwischen auch Begegnungen der Leitungen des Landeskriminalamtes und der Direction Générale de la Police Grand-Ducale und des Service de Police Judiciaire und wechselseitige Hospitationen auf Arbeitsebene. So besuchten im September und November 2016 Angehörige des Service de Police Judiciaire und eine Beauftragte für Qualitätsmanagement das LKA zum Erfahrungsaustausch.

Kooperationen der Bereitschaftspolizei, jetzt Abteilung Bereitschaftspolizei und Abteilung Spezialeinheiten der Polizeipräsidiums Einsatz, Logistik, Technik

Das Sachgebiet Diensthundewesen in der Abteilung Bereitschaftspolizei setzte in Rheinland-Pfalz die gemeinsame Fortbildung von luxemburgischen und rheinland-pfälzischen Diensthundeführerinnen und -führern fort. Sie dient auch dem Erfahrungsaustausch und verstärkt die Partnerschaft auch im Einsatzbereich. Es ist üblich, sich durch den Einsatz von Spezialhunden im Bedarfsfall zu unterstützen.

Auch die Abteilung Spezialeinheiten führte die gemeinsamen Weiterbildungen mit luxemburgischen Spezialeinheiten und den Austausch über Ausbildungskonzepte und Einsatzerfahrungen fort.

Am 24. Juni 2017 unterstützte die Polizeihubschrauberstaffel den Journée de la Police der großherzoglichen Polizei in Walferdange.

Kooperationen der Wasserschutzpolizei, jetzt Abteilung Wasserschutzpolizei der Polizeipräsidiums Einsatz, Logistik, Technik

Die Wasserschutzpolizeistation Trier, die Wasserschutzpolizei des Saarlandes und die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung Trier arbeiten mit der Regionaldirektion Ost der Police Grand-Ducale und dem Service de la Navigation de Ministre des Transports zusammen. Das umfasst auch die alltägliche Wahrnehmung schifffahrtspolizeilicher Maßnahmen im gemeinschaftlichen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebiet (Kondominium). Die Wasserschutzpolizei unterstützt die luxemburgische Polizei zudem bei Einsätzen anlässlich großer Ereignisse.

Kooperationen der Hochschule der Polizei

Die Zusammenarbeit der Hochschule der Polizei mit der École de Police in Luxemburg umfasst Besuche und Hospitationen von Studierenden bei der Polizei des Nachbarlandes – so in Rheinland-Pfalz bei den Polizeiinspektionen Saarburg, Schweich und Trier – und die Teilnahme luxemburgischer Nachwuchskräfte an den Internationalen Projektwochen sowie das gemeinsame Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Luxemburgische und rheinland-pfälzische Studierende besuchen gemeinsam die KZ-Gedenkstätte Hinzert. Dazu kommt der Erfahrungsaustausch der Lehrkräfte.

Angehörige der luxemburgischen Spezialeinheit nehmen an Fahr- und Sicherheitstrainings der Hochschule der Polizei auf der Fahrtechnikanlage in Wüschheim teil, Fachleute in verschiedenen Bereichen der Bildungsarbeit und der polizeilichen Praxis treffen sich zum Erfahrungsaustausch.

Kooperationen der Flächenpolizeipräsidien

Die Formen der Zusammenarbeit im Polizeipräsidium Trier sind vielfältig und umfassen:

- Die „Freisener Gespräche“: Seit 2008 treffen sich halbjährlich Vertretungen der Police Grand-Ducale, des Landespolizeipräsidiums Saarland, der Bundespolizeidirektion Koblenz sowie des Landeskriminalamts Rheinland-Pfalz unter der Leitung des Polizeipräsidiums zu Arbeitsgesprächen – benannt nach dem Ort des ersten Arbeitstreffens – zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit, zum Lageüberblick und der Entwicklung gemeinsamer Vorgehensweisen, zur Absprache von Hospitationen und zur Koordinierung grenzüberschreitender Verkehrskontrollen, wech-

selseitiger Einsatzunterstützungen oder gemeinsam geplanter Einsätze anlässlich von Stadtfesten und anderen Großveranstaltungen;

- Regelmäßige Treffen der Führungskräfte als Forum der Diskussion und Reflexion in polizeilichen Angelegenheiten;
- Gemeinsame regelmäßige Arbeitstreffen zum Austausch von Informationen und Erfahrungen, so z. B. am 10. Mai 2017 in Grevenmacher zum Thema der Bekämpfung der Eigentumskriminalität in der Großregion;
- Regelmäßigen Personalaustausch und Hospitationen zwischen verschiedenen Organisationseinheiten innerhalb des Präsidiums und entsprechenden luxemburgischen Dienststellen, z. B. zwischen der Kriminaldirektion Trier und dem Service de Recherche et d'Enquête Criminelle in Grevenmacher;
- Wechselseitige Teilnahme an Trainingsmaßnahmen sowie gemeinsame und abgestimmte Trainingsmaßnahmen der Diensthundestaffel Trier und Unité de Garde et de Réserve Mobile (UGRM), Groupe Canin, im Jahr 2017 für Diensthundeführerinnen und -führer und für Sprengstoffspürhunde – im Bedarfsfall unterstützen rheinland-pfälzische Diensthundeführerinnen und -führer mit ihren Tieren die Polizei des Großherzogtums;
- Unmittelbare wechselseitige Information zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, Erstellung grenzüberschreitender Lagebilder und Abstimmung grenzüberschreitender Ermittlungsmaßnahmen;
- Gemeinsame deutsch-luxemburgische – und je nach Lage auch mit belgischen und französischen Kräften und Kräften der Bundespolizei durchgeführte – Verkehrskontrollen, um die Verkehrssicherheit in der Region zu erhöhen, seien es allgemeine Verkehrskontrollen im Grenzbereich, Kontrollen des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs einschließlich Gefahrgut-Transporten oder Kontrollmaßnahmen zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität und gegen Drogen im Straßenverkehr;
- Wechselseitige Unterstützung durch Fuß-, Fahrrad- oder Krad-Streifen oder durch Drogenkontrollen oder Verkehrsmaßnahmen bei großen Ereignissen mit grenzüberschreitender Bedeutung, wie z. B. anlässlich des Techno-Festivals „E-Lake“ in Echternach.

Im Polizeipräsidium Mainz informierte sich am 24. Oktober 2016 eine Delegation der großherzoglichen Polizei über die rheinland-pfälzischen Erfahrungen mit BodyCams.

Weitere Kooperationen

Um sich persönlich kennen zu lernen und um sich über aktuelle polizeirelevante Entwicklungen auszutauschen und sich über die zukünftige Zusammenarbeit zu verständigen, trafen am 7. November 2017 in Trier der Leiter der Abteilung Polizei im Ministerium des Innern, der Inspekteur der Polizei des Landes sowie eine Vertretung der Abteilung Polizei im saarländischen Innenministerium mit dem Generaldirektor der großherzoglichen Polizei Luxemburgs zusammen.

Raumordnung

Entwicklungskonzept Oberes Moseltal

Ausgangspunkt und Zielsetzung des Prozesses ist die Herausforderung, bestehende Entwicklungsdynamiken im Raum der Obermosel mit dem Erhalt der Kulturlandschaft in den Einklang zu bringen. Dies war Anlass, sich im Rahmen des „grenzüberschreitenden Entwicklungskonzepts Oberes Moseltal (EOM)“ intensiver mit der zukünftigen Entwicklung dieses grenzüberschreitenden Talraums auseinanderzusetzen. Die Hauptstudie zum EOM wurde 2016 von den Landesplanungen Luxemburg, Rheinland-Pfalz und Saarland auf den Weg gebracht. Ziel ist, die grenzüberschreitenden funktionalen Verflechtungen zu stärken, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den lokalen Akteuren das Zusammenspiel der Teilräume zu fördern und Potenziale durch eine kohärente Entwicklung besser zu nutzen. Die beteiligten Akteure verständigten sich dabei auf die Abgrenzung eines Planungs- und eines weiter gefassten Betrachtungsraums, der sich zunächst auf Luxemburg und Deutschland konzentriert. Die Einbeziehung des französischen Teilraums ist in einem weiteren Schritt ange-dacht.

Bestandteil des Prozesses war zunächst eine Raumanalyse und Leitbildentwicklung. Aufbauend auf dem nunmehr vorliegenden Leitbild soll in einem nächsten Schritt Entwicklungsstrategien und Handlungsempfehlungen für den Raum der Obermosel erarbeitet werden.

Die Umsetzungsstrategie für das EOM zielt auch auf eine Einbettung in die Raumordnungspläne der Länder bzw. Regionen ab. Über Schlüsselprojekte sollen Leitbild und Leitvorstellungen auf Länder- bis zur Gemeindeebene beispielhaft umgesetzt

werden. Die weitere Operationalisierung des Leitbildes erfolgt über bottom-up-Prozesse wie z. B. LEADER-Prozesse oder andere bestehende lokale Initiativen in enger Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort auf kommunaler Ebene. Mittelfristiges Ziel ist es, Kooperations- und Abstimmungsprozesse im Oberen Moseltal zu verbessern und gemeinsame Entwicklungsprojekte anzuregen. Insbesondere das grenzübergreifende Lokale Integrierte Ländliche Entwicklungskonzept LILE der LAG Miselerland (Luxemburg) und der LAG Moselfranken (Rheinland-Pfalz) bietet hier erste Anknüpfungspunkte.

Weitere Informationen unter:

<https://amenagement-territoire.public.lu/fr/grande-region-affaires-transfrontalieres/GR.html>

Arbeitsmarkt / Berufsbildung

Im Berichtszeitraum haben Rheinland-Pfalz und Luxemburg den Entwurf einer Vereinbarung über grenzüberschreitende Berufsbildung erarbeitet und abgestimmt. Diese bilaterale Initiative soll zur Umsetzung der übergeordneten Rahmenvereinbarung über grenzüberschreitende Berufsbildung in der Großregion aus dem Jahr 2014 beitragen. Partner der Vereinbarung sind neben den zuständigen Ministerien u. a. auch die öffentlichen Arbeitsverwaltungen und die zuständigen Kammern aus beiden Ländern.

Ziel der Vereinbarung ist es, die berufliche Mobilität zwischen Rheinland-Pfalz und Luxemburg weiter zu fördern, indem die Aufnahme einer Ausbildung oder die Teilnahme an einer beruflichen Weiterbildungsmaßnahme im jeweils anderen Land erleichtert wird.

Forsten

Kooperation der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft mit der Forst- und Naturverwaltung Luxemburg

Die rheinland-pfälzische Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft (FAWF) kooperiert seit 2004 mit der luxemburgischen Forst- und Naturverwaltung bei Maßnahmen zur Erhaltung seltener Baumarten in Luxemburg. Sie unterstützt die luxemburgische Forst- und Naturverwaltung bei genetischen Untersuchungen und bei der Anlage von Samengärten zur Erhaltung forstlicher Genressourcen. In den Jahren 2016 und 2017 wurden für die Nachzucht der Baumart Spitzahorn Propflinge

produziert. Sämtliche im luxemburgischen Forstamt Grevenmacher bereits angelegten Samenplantagen wurden von den Fachleuten der FAWF bereist, um für alle Flächen Handlungsempfehlungen zu erstellen. Zur Gewährleistung eines Wissenstransfers wurden für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der luxemburgischen Partnerverwaltung Seminare und Workshops zu den Themen Baumschnitt, Pfropfung und Forstsaatgut durchgeführt. Das Thema Baumschnitt soll die sukzessive eigenständige Bewirtschaftung der Samenplantagen in Luxemburg ermöglichen. Analoges gilt für das Thema Pfropfung, um bei Ausfall einzelner Individuen auf den Samenplantagen selbst Ersatzpflanzen zu generieren.

Im Mai 2017 war eine Delegation der luxemburgischen Forst- und Naturverwaltung an der FAWF zu Gast, um sich zum Themenkomplex „Anpassung des Waldes an den Klimawandel“ über Projektergebnisse und Erfahrungen auszutauschen.

Im Rahmen der Beratung und Information in Waldschutzfragen hat eine Vertreterin des luxemburgischen Partners an der jährlichen Waldschutz-Dienstbesprechung von Landesforsten teilgenommen.

3. Belgien

Polizei und Sicherheit

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Polizeipräsidium Trier

Gemeinsame Dienstbesprechungen, Erfahrungsaustausche und verfahrensbezogene Absprachen, gemeinsame Verkehrskontrollen oder die wechselseitige Unterstützung bei Einsätzen anlässlich großer Veranstaltungen sind zwischen rheinland-pfälzischen Dienststellen und der belgischen Polizeizone Eifel inzwischen selbstverständlicher Alltag. So unterstützten rheinland-pfälzische Kräfte z. B. vom 24. bis zum 27. August 2017.

Regelmäßig führen die Polizeiinspektion Prüm und die belgische Polizei Verkehrskontrollen beiderseits der Grenze durch oder unterstützen einander. Entlang der Grenze unterstützen rheinland-pfälzische Polizeikräfte anlässlich des Formel 1 Grand-Prix auf dem Circuit de Spa-Francorchamps in Stavelot / Wallonien die belgischen Kolleginnen und Kollegen bei Verkehrsmaßnahmen, Kontrollen und Streifen.

Studentinnen und Studenten der Hochschule der Polizei, die ein Praktikum bei der Polizeiinspektion Prüm ableisten, lernen hier auch die Zusammenarbeit mit der belgischen lokalen Polizei kennen und besuchen die Polizeizone Eifel in St. Vith.

„Aachener Erklärung“ zur grenzüberschreitenden Bekämpfung der Eigentums-kriminalität

Am 31. Oktober 2016 unterzeichneten die Innenminister des Bundes, der Länder Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz sowie Belgiens und der Niederlande die „Aachener Erklärung“ zur grenzüberschreitenden Bekämpfung der Eigentums-kriminalität. Sie ist eine hochrangige Willensaussage: Wir geben gemeinsam dem grenzüberschreitenden polizeilichen Vorgehen neue Impulse. Vorgesehen sind vielfältige Maßnahmen, begleitet durch eine hochrangige Steuergruppe auf ministerieller Ebene und die Kooperation der Leitungen der Landeskriminalämter.

Erste gemeinsame Aktion waren Fahndungs- und Kontrolltage im Grenzbereich Ende November, Anfang Dezember 2016. Ziel war es, die sichtbare Präsenz im öffentlichen Raum zu steigern sowie den Fahndungs- und Kontrolldruck auf mobile Täter zu erhöhen. Die Polizei des Landes beteiligte sich zeitweilig an diesen Maßnahmen. Am 5. Mai 2017 trafen sich Angehörige der Landeskriminalämter Nordrhein-

Westfalens und Rheinland-Pfalz mit Vertretungen der belgischen und niederländischen Polizei, um sich zu Modellen der Prävention und Strategien zur Bekämpfung der Wohnungseinbruchsdiebstähle auszutauschen. Für den 8. November 2017 lud das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz die Ansprechpartner der Landeskriminalämter und kriminalpolizeilichen Zentralstellen ein, um über die weitere Umsetzung der Aachener Erklärung zu sprechen.

Rettungsdienst

Seit Juni 2009 gibt es das Abkommen über dringende medizinische Hilfe / Rettungsdienst zwischen dem Königreich Belgien und dem Land Rheinland-Pfalz. Die Vereinbarung umfasst sowohl den grenzüberschreitenden Einsatz von Rettungswagen wie auch den Einsatz von Notärzten im jeweils anderen Land. Auf Grundlage der Vereinbarung können die Leitstellendisponentinnen und -disponenten der Integrierten Leitstelle Trier und der Leitstelle Liège die optimale Vorgehensweise bei Notfällen im Grenzgebiet abstimmen und bei Bedarf auf die Einsatzkräfte des jeweiligen Nachbarlandes zurückgreifen.

Ergänzend wird in der Vereinbarung festgehalten, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der dringenden medizinischen Hilfe zur Verbesserung der Einsatzschnelligkeit beitragen kann und dass die erbrachten Hilfeleistungen in erster Linie den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten angemessen sein sollen und nicht durch Landesgrenzen und unterschiedliche Organisationsweisen der dringenden medizinischen Hilfe beschränkt werden dürfen.

Arbeitsmarkt / Berufsbildung

Im Februar 2016 haben Rheinland-Pfalz und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens eine Vereinbarung über grenzüberschreitende Berufsbildung unterzeichnet. Diese bilaterale Initiative soll zur Umsetzung der übergeordneten Rahmenvereinbarung über grenzüberschreitende Berufsbildung in der Großregion aus dem Jahr 2014 beitragen.

Ziel der Vereinbarung ist es, pragmatische Lösungen für Probleme, die im Einzelfall im grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt entstehen, zu unterstützen, die Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung in der jeweils anderen Region zu erleichtern und gemeinsame berufliche Weiterbildungen zu entwickeln.

Sowohl in der Deutschsprachigen Gemeinschaft als auch in der Eifel nehmen die Holzwirtschaft sowie die Holzverarbeitung einen großen Stellenwert ein. So sieht die Vereinbarung zum Beispiel die Einführung einer Bi-Diplomierung im Tischlerhandwerk vor. Dadurch sollen „Doppelprüfungen“ vermieden und die volle Anerkennung der Gesellenprüfung im jeweiligen Nachbarland gewährleistet werden.

Weiterhin wurde der Aufbau einer gemeinsamen Weiterbildungsreihe „Holz und Design“ vereinbart. Ein gemeinsames Holzdesignzentrum in unterschiedlichen Niveaustufen soll ein transnationales Zusatzangebot für beide Teilregionen bieten. Dazu gehören z. B. Informationstage und Expertenvorträge zum Werkstoff Holz.

Weitere Schwerpunkte sind u. a. die Intensivierung der Zusammenarbeit der öffentlichen Arbeitsverwaltungen und die Verbesserung der praktischen Zusammenarbeit bei der Überwindung von Hindernissen für die berufliche Mobilität von Grenzgängerinnen und Grenzgängern.

Partner der Vereinbarung sind das Land Rheinland-Pfalz und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit und das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, die Handwerkskammer Trier, das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittelständischen Unternehmen (IAWM), das Zentrum für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand St. Vith (ZAWM), die Industrie- und Handelskammer Trier sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz.

Umwelt und Forsten

Grenzüberschreitender Naturparkplan Naturpark Nordeifel

Für den grenzüberschreitenden Naturpark Nordeifel (Hohes Venn-Eifel) wird ein gemeinsamer Naturparkplan für die Teilbereiche Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Belgien erarbeitet. Das Projekt soll über Interreg (Euregio Maas-Rhein) gefördert werden. Ein entsprechender Projektantrag wurde im Jahr 2017 eingereicht und bestätigt. Antragssteller sind die drei Teilbereiche des Naturparks. Es ist derzeit davon auszugehen, dass der Antrag positiv beschieden wird.

Der Naturparkplan soll einen grenzüberschreitenden Strategieplan darstellen, der Mittel und Wege zur Zusammenarbeit aufweist. Der Plan soll als Grundlage für zukünftige gemeinsame Naturpark-Projekte herangezogen werden. Handlungsfelder

sind dabei Maßnahmen zur Sicherung der biologischen Vielfalt, touristische Maßnahmen, Maßnahmen zur Regionalentwicklung und Umweltbildung etc.

Neben einer Gebietsanalyse, die ebenfalls eine Stärken-Schwächen-Analyse enthält, soll ein Maßnahmenkatalog erstellt werden. Dieser soll in Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren und der Bevölkerung erarbeitet werden. Ein geplantes Naturpark-Symposium ist dafür ein geeignetes Mittel.

Mit dem Naturparkplan kann auch eine Strategie zur gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit aufgebaut werden.

Eifelexpeditionen

Der Naturpark Nordeifel gibt seit vielen Jahren einen grenzüberschreitenden Veranstaltungskalender heraus. Für diesen Kalender wurde in den vergangenen Jahren ein neues Konzept und Design erarbeitet, das ab dem Jahr 2018 umgesetzt wird. Es sind nun keine Veranstaltungen externer Stellen mehr enthalten, sondern ausschließlich naturparkeigene Angebote. Die naturparkeigenen Veranstaltungen sind dafür deutlich umfangreicher beschrieben.

Hochschulwesen

Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz pflegte im Berichtszeitraum im ERASMUS-Programm Austauschbeziehungen mit folgenden Universitäten: Universität Antwerpen, Haute Ecole de Bruxelles, Université Libre de Bruxelles, Université Saint Louis – Bruxelles, Haut Ecole Léonard de Vinci (Bruxelles), Universiteit Gent, Katholieke Universiteit Leuven, Université de Liège, Université Catholique de Louvain, Université de Mons, Institut Supérieur de Musique et de Pédagogie IMEP (Namur).

Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Europa steht nach innen wie nach außen aktuell vor großen Herausforderungen. In einer immer komplexeren Welt werden auch die Fragen immer herausfordernder und die Antworten schwieriger.

In den Grenzregionen ist Europa für die Menschen konkret erfahrbar und sichtbar. Die über Jahre gewachsenen Beziehungen und Verflechtungen sind Potenziale, die entscheidend für aktuelle und künftige gemeinsame Vorhaben sind. Zentrale Herausforderungen wie beispielsweise der Fachkräftemangel, der Klimaschutz und die Energiewende verlangen nach gemeinsamen Antworten.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Großregion, am Oberrhein und in der Euregio Maas-Rhein hat für die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz einen konkreten Mehrwert und ist innerhalb Europas vorbildlich. Für die Landesregierung ist die weitere Entwicklung der engen und vertrauensvollen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn auch in den nächsten Jahren ein zentrales Anliegen.

Für die Grenzräume mit rheinland-pfälzischer Beteiligung stellt der aktuell diskutierte Vorschlag eines neuen grenzüberschreitenden Rechtsinstruments eine große gestalterische Zukunftschance dar. In Folge der „Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament – Stärkung von Wachstum und Zusammenhalt in den EU-Grenzregionen“ nimmt die EU-Kommission die Bedeutung der EU-Grenzregionen weiter in den Blick und fördert den Abbau von grenzübergreifenden Hindernissen. Sie hat einen Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext vorgelegt (COM(2018) 373 final): European Cross Border Mechanism, kurz ECBM.

Der Mechanismus soll helfen, rechtliche Hindernisse und Hürden im Zusammenhang mit Unterschieden in den Verwaltungskulturen und den nationalen Rechtsrahmen zu überwinden, was bisher nicht im Rahmen der bestehenden Instrumente möglich war.

Mit dem vorgeschlagenen Instrument sollen die Mitgliedstaaten die Möglichkeit erhalten, administrative und rechtliche Hürden im Grenzraum bei der Realisierung von Projekten (vorrangig Infrastrukturmaßnahmen und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse) zu überwinden. Hierfür können sich die beteiligten Mitgliedstaaten darauf verständigen, entweder die nationalen Rechtsgrundlagen

eines Mitgliedstaates einheitlich für die Dauer des gemeinsamen Projektes anzuwenden oder die nationalen Vorschriften für die Realisierung des Projektes entsprechend anzupassen und zu ändern.

Die Initiative der EU-Kommission ist politisch zu begrüßen, da sie den Grenzregionen ein weiteres Instrumentarium zur Überwindung von Grenzhemmnissen sowie zur Umsetzung grenzüberschreitender Vorhaben an die Hand gibt.

Im Rahmen der Gremienarbeit will sich das Land weiterhin verstärkt für eine bürgernahe Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einsetzen. Dazu gehört, die Zusammenarbeit zwischen kommunaler, regionaler und Landesebene zu stärken und gemeinsame Schwerpunkte voranzubringen. Auch die Vernetzung von Akteuren aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft steht im Mittelpunkt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Rheinland-Pfalz. Von großer Bedeutung ist die Kooperation mit der parlamentarischen Ebene, dem Interregionalen Parlamentarier-Rat und dem Oberrheinrat.

Die Landesregierung möchte weiterhin den Austausch zwischen den Kooperationsräumen in der Großregion und am Oberrhein fördern. Ziel ist, Erfahrungen zu teilen, Synergien zu nutzen und gemeinsame Initiativen auf den Weg zu bringen. So konnte im aktuellen Berichtszeitraum das in der Großregion erfolgreiche Format des Netzwerks „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ den Aufbau einer vergleichbaren Struktur am Oberrhein befruchten.

Weiterhin unterstützt Rheinland-Pfalz Akteure vor Ort beim Aufbau von Netzwerken oder auch bei der Anbahnung und Entwicklung von Kooperationsprojekten. Unabdingbar ist hierfür die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Staatskanzlei mit den Fachministerien und den Akteuren vor Ort.

Mit der Vernetzung von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ist die Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO) ein in Europa einzigartiger Kooperationsraum. Der Landesregierung ist es ein Anliegen, die Region als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum weiter positiv zu positionieren und bringt ihre Ideen und Vorstellungen aktiv in die Arbeit der TMO ein. Im Fokus steht ab dem Jahr 2018 die Aktualisierung der TMO-Strategie als gemeinsamer Handlungsrahmen für die kommenden Jahre bis 2030.

Im Jahr 2018 geht die einjährige Präsidentschaft der Deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz von Frankreich auf das Land Rheinland-Pfalz über. Der Beauftragte der Ministerpräsidentin für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Werner Schreiner, wird die Funktion als Präsident der Oberrheinkonferenz übernehmen und auch die deutsche Delegation in der Oberrheinkonferenz leiten.

Die Präsidentschaft wird neben der Weiterführung etablierter Themen und Projekte insbesondere folgende Schwerpunkte bearbeiten: Das Europäische Jahr des Kulturerbes, Projekte im Bereich der grenzüberschreitenden Mobilität am Oberrhein, im Bereich der Bildung, Umwelt- und Klimaschutz sowie im grenzüberschreitendem Arbeitsmarkt, der Wirtschaft und Gesundheit. Vor allem das Thema grenzüberschreitende Mobilität, welches eine wichtige Voraussetzung für das Kennenlernen der Nachbarregionen durch sehr gut organisierte grenzüberschreitende Verkehrsangebote ist, liegt dem Beauftragten der Ministerpräsidentin besonders nahe. Ein weiterer Schwerpunkt werden Jugend und Sport sein. Kinder und Jugendliche am Oberrhein haben schon im frühen Alter die Chance, ihre Nachbarregionen und somit andere Sprachen und Kulturen kennenzulernen. Die Arbeitsgruppe „Sport“ kann eine Plattform für grenzüberschreitende Begegnungen von Sportlerinnen und Sportlern sein, denn Sport bringt bekanntlich Menschen zusammen und das auch über Grenzen hinweg. Durch gemeinsame Sportveranstaltungen und Trainings sowie gemeinsame Fortbildungen können sich Jugendliche aus verschiedenen Regionen kennenlernen. Die Arbeitsgruppe „Jugend“ dient als Bindeglied und hilft, grenzüberschreitende Kontakte zu knüpfen, aber auch Projekte zu organisieren und zu unterstützen.

Das Präsidium der Oberrheinkonferenz wird am 4. Mai 2018 in Edenkoben tagen, sowie am 28. September 2018 in Bad Bergzabern. Das 44. Plenum der Oberrheinkonferenz findet am 7. Dezember 2018 in Annweiler statt.

Weitere wichtige Veranstaltungen der rheinland-pfälzischen Präsidentschaft sind eine trinationale Verkehrskonferenz am 22. Oktober 2018 in Kandel, ein trinationaler Frauenkongress am 8. November 2018 in Straßburg und eine Veranstaltung zur Vorstellung der oberrheinischen Kooperation am 15. November 2018 in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung Berlin.

